

MEMORIAL

**Journal Officiel
du Grand-Duché de
Luxembourg**

**MEMORIAL**

**Amtsblatt
des Großherzogtums
Luxemburg**

RECUEIL DES SOCIÉTÉS ET ASSOCIATIONS

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

C — N° 892**1^{er} septembre 2003****SOMMAIRE**

Actual Sign Luxembourg S.A., Grevenmacher . . .	42805	Fidam, Sicav, Luxembourg	42816
Alger Sicav, Luxembourg	42813	Finonzo S.A., Luxembourg	42810
Artic Holding S.A., Luxembourg	42803	Hendrik Holding S.A., Luxembourg	42805
Artra S.A., Luxembourg	42794	International Cosmetics S.A., Luxembourg	42804
Artra S.A., Luxembourg	42795	International Cosmetics S.A., Luxembourg	42804
Artra S.A., Luxembourg	42795	International Safety Hard Alloy Corporation S.A. Holding, Luxembourg	42803
Artra S.A., Luxembourg	42795	Leather International S.A., Luxembourg	42806
Benelux-Management S.A., Luxembourg	42804	Lindinger Holding S.A., Ehnen	42798
Bepofico S.A., Luxembourg	42815	Lowe European Properties, S.à r.l., Luxembourg	42796
Berenberg Euro Strategie Aktien Fonds IV	42784	Lund Holding S.A., Luxembourg	42805
BTM Lux Management S.A., Luxembourg	42799	Nomina S.A., Luxembourg	42815
BTM Lux Management S.A., Luxembourg	42803	P.A.M.E.L.A. S.A., Participations Multinationales dans les Pays de l'Est et Latino-Américains, Lu- xembourg	42809
CD 2000, GmbH, Wiltz	42811	Polymont International S.A., Luxembourg	42815
Clover Holding S.A., Luxembourg	42805	Rainbow Investments S.A., Luxembourg	42806
Corso Computer & Software, G.m.b.H., Greven- macher	42810	Reliant International Corporation S.A., Luxem- bourg	42814
Credit Suisse Equity Fund (Lux)	42776	(Le) San S.C., Luxembourg	42806
Credit Suisse Portfolio Fund Management Com- pany S.A.H., Luxembourg	42799	Scatlux S.A., Luxembourg	42810
DB Flexible Management	42778	Société Financière L.Dapt S.A., Luxembourg	42816
DWS Rendite 2010	42770	Société Midi S.A., Luxembourg	42805
Erste Europäische Pfandbrief- und Kommunal- kreditbank A.G.	42813	Starbuild Holding S.A., Luxembourg	42811
Erste Europäische Pfandbrief- und Kommunal- kreditbank A.G.	42813	Sun Pac B.V., S.à r.l., Luxembourg	42812
Eugénie Patri Sébastien (EPS) S.C.A., Luxem- bourg	42769	Teodora S.A., Luxembourg	42811
		Vereinigung der Apostolischen Gemeinden Im Grossherzogtum Luxemburg, A.s.b.l., Dudelange	42810

EUGENIE PATRI SEBASTIEN (EPS), Société en commandite par actions.

Siège social: L-1471 Luxembourg, 398, route d'Esch.
R. C. Luxembourg B 94.049.

Le bilan pour la période du 25 avril 2003 au 31 mai 2003, enregistré le 1^{er} août 2003, réf. LSO-AH00081, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 28 juillet 2003.

Signature.

(046189.3//10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

DWS RENDITE 2010, Fonds Commun de Placement.

Mit Wirkung vom 1. September 2003 gelten für den Investmentfonds DWS RENDITE 2010 folgende Bestimmungen:

Verwaltungsreglement - Allgemeiner Teil

Die vertraglichen Rechte und Pflichten der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und der Anteilhaber hinsichtlich des Sondervermögens bestimmen sich nach dem folgenden Verwaltungsreglement.

Art. 1. Der Fonds.

1. Der Fonds ist ein rechtlich unselbständiges Sondervermögen (fonds commun de placement), das aus Wertpapieren und sonstigen Vermögenswerten («Fondsvermögen») besteht und für gemeinschaftliche Rechnung der Inhaber von Anteilen («Anteilhaber») unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung verwaltet wird. Die Anteilhaber sind am Fondsvermögen in Höhe ihrer Anteile beteiligt.

2. Die gegenseitigen vertraglichen Rechte und Pflichten der Anteilhaber und der Verwaltungsgesellschaft sowie der Depotbank sind in diesem Verwaltungsreglement geregelt, dessen gültige Fassung sowie Änderungen desselben im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations», dem Amtsblatt des Grossherzogtums Luxemburg (im folgenden «Mémorial» genannt) veröffentlicht und beim Handelsregister des Bezirksgerichts Luxemburg hinterlegt sind. Durch den Kauf eines Anteils erkennt der Anteilhaber das Verwaltungsreglement sowie alle genehmigten und veröffentlichten Änderungen desselben an.

Art. 2. Die Verwaltungsgesellschaft.

1. Verwaltungsgesellschaft des Fonds ist die DWS INVESTMENT S.A., eine Aktiengesellschaft mit Sitz in Luxemburg nach Luxemburger Recht. Sie wurde am 15. April 1987 gegründet. Die Verwaltungsgesellschaft wird durch ihren Verwaltungsrat vertreten. Der Verwaltungsrat kann eines oder mehrere seiner Mitglieder und/oder Angestellte der Verwaltungsgesellschaft mit der täglichen Geschäftsführung betrauen.

2. Die Verwaltungsgesellschaft verwaltet den Fonds im eigenen Namen, aber ausschliesslich im Interesse und für gemeinschaftliche Rechnung der Anteilhaber. Die Verwaltungsbefugnis erstreckt sich insbesondere auf Kauf, Verkauf, Zeichnung, Umtausch und Annahme von Wertpapieren und anderen Vermögenswerten sowie auf die Ausübung aller Rechte, welche unmittelbar oder mittelbar mit dem Fondsvermögen zusammenhängen.

3. Die Verwaltungsgesellschaft kann unter eigener Verantwortung und auf eigene Kosten Anlageberater sowie einen beratenden Anlageausschuss hinzuziehen. In der Regel wird für den Fonds ein beratender Anlageausschuss gebildet.

4. Die Verwaltungsgesellschaft kann unter eigener Verantwortung und Kontrolle und auf eigene Kosten einen Fondsmanager hinzuziehen. Insofern wird eine entsprechende Anpassung der Verkaufsunterlagen erfolgen.

Art. 3. Die Depotbank.

1. Depotbank des Fonds ist die DEUTSCHE BANK LUXEMBOURG S.A. Sie ist eine Aktiengesellschaft nach Luxemburger Recht und betreibt Bankgeschäfte. Die Funktion der Depotbank richtet sich nach dem Gesetz und diesem Verwaltungsreglement. Sie handelt im Interesse der Anteilhaber.

2. Die Depotbank sowie die Verwaltungsgesellschaft sind berechtigt, die Depotbankbestellung jederzeit schriftlich mit einer Frist von drei Monaten zu kündigen. Eine solche Kündigung wird wirksam, wenn die Verwaltungsgesellschaft mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde eine andere Bank zur Depotbank bestellt und diese die Pflichten und Funktionen als Depotbank übernimmt; bis dahin wird die bisherige Depotbank zum Schutz der Interessen der Anteilhaber ihren Pflichten und Funktionen als Depotbank vollumfänglich nachkommen.

3. Alle Wertpapiere und anderen Vermögenswerte des Fonds werden von der Depotbank in gesperrten Konten und Depots verwahrt, über die nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Verwaltungsreglements verfügt werden darf. Die Depotbank kann unter ihrer Verantwortung und mit Einverständnis der Verwaltungsgesellschaft andere Banken mit der Verwahrung von Wertpapieren des Fonds beauftragen.

4. Die Depotbank zahlt der Verwaltungsgesellschaft aus den gesperrten Konten des Fonds nur das in diesem Verwaltungsreglement festgesetzte Entgelt. Sie entnimmt die ihr nach dem Verwaltungsreglement zustehende Depotbankvergütung den gesperrten Konten nur nach Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft. Die im Verwaltungsreglement aufgeführten sonstigen zu Lasten des Fonds zu zahlenden Kosten bleiben hiervon unberührt.

5. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Depotbank berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen:

- a) Ansprüche der Anteilhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder eine frühere Depotbank geltend zu machen;
- b) gegen Vollstreckungsmassnahmen Dritter Widerspruch zu erheben und vorzugehen, wenn in das Fondsvermögen wegen eines Anspruchs vollstreckt wird, für den das Fondsvermögen nicht haftet.

Art. 4. Allgemeine Richtlinien für die Anlagepolitik.

1. Risikostreuung.

a) Das Fondsvermögen wird grundsätzlich in Wertpapieren angelegt, die an einer Börse oder an einem anderen geregelten Markt, der anerkannt und für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäss ist, gehandelt werden.

b) Höchstens 10% des Netto-Fondsvermögens dürfen in Wertpapieren ein und desselben Emittenten angelegt werden. Der Gesamtwert der Wertpapiere von Emittenten, in deren Wertpapieren mehr als 5% des Netto-Fondsvermögens investiert sind, ist auf maximal 40% des Netto-Fondsvermögens begrenzt.

c) Der unter b) genannte Prozentsatz von 10% erhöht sich auf 35% und der ebendort genannte Prozentsatz von 40% entfällt für Wertpapiere, die von den folgenden Emittenten ausgegeben oder garantiert werden:

- Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD);
- Mitgliedstaaten der EU und ihre Gebietskörperschaften;
- internationale Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen mindestens ein EU-Mitgliedstaat angehört.

d) Der unter b) genannte Prozentsatz erhöht sich von 10% auf 25% bzw. von 40% auf 80% für Schuldverschreibungen, die von Kreditinstituten, die in einem EU-Mitgliedstaat ansässig sind, ausgegeben werden, sofern:

- diese Kreditinstitute einer besonderen öffentlichen Aufsicht zum Schutz der Inhaber solcher Schuldverschreibungen unterliegen,
- der Gegenwert solcher Schuldverschreibungen in Vermögenswerten angelegt werden muss, die während der gesamten Laufzeit dieser Schuldverschreibungen die sich daraus ergebenden Verbindlichkeiten ausreichend decken und
- die erwähnten Vermögenswerte beim Ausfall des Emittenten vorrangig zur Rückzahlung von Kapital und Zinsen bestimmt sind.

e) Die Anlagegrenzen unter b) bis d) dürfen nicht kumuliert werden. Hieraus ergibt sich, dass Anlagen in Wertpapieren ein und desselben Emittenten grundsätzlich 35% des Netto-Fondsvermögens nicht überschreiten dürfen.

f) Die Verwaltungsgesellschaft wird für einzelne oder für die Gesamtheit ihrer Fonds stimmberechtigte Aktien insoweit nicht erwerben, als ein solcher Erwerb ihr einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftspolitik des Emittenten gestattet.

Sie darf für den Fonds höchstens 10% der von einem Emittenten ausgegebenen stimmrechtslosen Aktien, Schuldverschreibungen oder Anteile eines Investmentfonds erwerben.

Für die erwähnten Schuldverschreibungen und Fondsanteile bleibt die erwähnte Anlagegrenze insoweit ausser Betracht, als das Gesamtemissionsvolumen bzw. die Zahl der Fondsanteile zum Zeitpunkt des Erwerbs nicht ermittelt werden können. Die Anlagegrenze ist auch auf solche Schuldverschreibungen nicht anzuwenden, die von Mitgliedstaaten der EU und deren Gebietskörperschaften und Staaten ausserhalb der EU begeben oder garantiert oder von internationalen Organisationen, denen mindestens ein EU-Mitgliedstaat angehört, begeben werden.

g) Die Verwaltungsgesellschaft kann in Abweichung der Vorschriften aus b) bis e) ermächtigt werden, unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung bis zu 100% in Wertpapieren verschiedener Emissionen anzulegen, die von einem EU-Mitgliedstaat, dessen Gebietskörperschaften, von einem anderen OECD-Mitgliedstaat oder von internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen wenigstens ein EU-Mitgliedstaat angehört, begeben oder garantiert werden, sofern der Fonds Wertpapiere hält, die im Rahmen von mindestens sechs verschiedenen Emissionen begeben worden sind, wobei Wertpapiere aus ein und derselben Emission 30% des Netto-Fondsvermögens nicht überschreiten dürfen.

2. Nicht notierte Wertpapiere.

Bis zu 10% des Netto-Fondsvermögens können in Wertpapieren angelegt werden, die weder an einer Börse noch an anderen geregelten Märkten i.S.v. Absatz 1. a) gehandelt werden.

3. Verbriefte Rechte.

Höchstens 10% des Netto-Fondsvermögens dürfen in verbrieften Rechten angelegt werden, die ihren Merkmalen nach Wertpapieren gleichgestellt werden können, die übertragbar und veräusserbar sind und deren Wert an jedem Bewertungstag genau bestimmt werden kann. Die Anlage in verbrieften Rechten ist in die Anlagegrenze des Absatzes 2 miteinzubeziehen.

4. Investmentfonds.

Bis zu 5% des Netto-Fondsvermögens können in andere Investmentfonds investiert werden, sofern diese die Merkmale für Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren des offenen Typs (OGAW) im Sinne der EG-Richtlinie 85/611 EWG vom 20. Dezember 1985 aufweisen. Anteile an OGAW, die von der Verwaltungsgesellschaft selbst oder einer anderen Gesellschaft, die mit der Verwaltungsgesellschaft durch gemeinsame Verwaltung, direkte oder indirekte wesentliche Teilhaberschaft oder Kontrolle verbunden ist, verwaltet werden, können nur erworben werden, sofern die OGAW ihre Anlagepolitik auf spezifische wirtschaftliche oder geographische Bereiche konzentrieren. Die Verwaltungsgesellschaft wird keine Kosten für Anlagen berechnen, die in derart verbundenen OGAW erfolgen.

5. Neuemissionen.

Das Fondsvermögen kann Neuemissionen enthalten, sofern diese:

a) in den Emissionsbedingungen die Verpflichtung enthalten, die Zulassung zum Handel an einer Börse oder einem anderen geregelten Markt zu beantragen, der offen, dem Publikum zugänglich und dessen Funktionsweise ordnungsgemäss ist, und

b) spätestens ein Jahr nach Emission an einem der unter a) erwähnten Märkte zugelassen werden.

Sofern die Zulassung an einem der unter a) genannten Märkte nicht binnen Jahresfrist erfolgt, sind Neuemissionen als nicht notierte Wertpapiere gemäss Absatz 2 anzusehen und in die dort erwähnte Anlagegrenze einzubeziehen.

6. Optionen.

a) Die Verwaltungsgesellschaft kann unter Beachtung der in diesem Artikel erwähnten Anlagebeschränkungen für den Fonds Call-Optionen und Put-Optionen auf Wertpapiere, Börsenindizes, Finanzterminkontrakte und sonstige Finanzinstrumente kaufen und verkaufen, sofern diese Optionen an Börsen oder anderen geregelten Märkten, die anerkannt und für das Publikum offen sind und deren Funktionsweise ordnungsgemäss ist, gehandelt werden oder sofern Bewertbarkeit und Liquidität gegeben sind und der Vertragspartner eine erstklassige Finanzinstitution ist.

Kauf und Verkauf von Optionen sind mit besonderen Risiken verbunden:

- Der Kaufpreis einer erworbenen Call- oder Put-Option kann verlorengehen.
- Wenn eine Call-Option verkauft wird, besteht die Gefahr, dass der Fonds nicht mehr an einer besonders starken Wertsteigerung des Wertpapiers teilnimmt.
- Beim Verkauf von Put-Optionen besteht die Gefahr, dass der Fonds zur Abnahme von Wertpapieren zum Ausübungspreis verpflichtet ist, obwohl der Marktwert dieser Wertpapiere deutlich niedriger ist.
- Durch die Hebelwirkung von Optionen kann der Wert des Fondsvermögens stärker beeinflusst werden, als dies beim unmittelbaren Erwerb von Wertpapieren der Fall ist.

b) Die Summe der Prämien für den Erwerb der unter a) genannten Optionen darf 15% des Fondsvermögens nicht übersteigen, soweit die Optionen noch valutieren.

c) Für den Fonds können Call-Optionen auf Wertpapiere verkauft werden, sofern die Summe der Ausübungspreise solcher Optionen im Zeitpunkt des Verkaufs 25% des Netto-Fondsvermögens nicht übersteigt. Diese Anlagegrenze gilt nicht, soweit verkaufte Call-Optionen durch Wertpapiere unterlegt oder durch andere Instrumente abgesichert sind. Im übrigen muss der Fonds jederzeit in der Lage sein, die Deckung von Positionen aus dem Verkauf ungedeckter Call-Optionen sicherzustellen.

d) Verkauft die Verwaltungsgesellschaft für den Fonds Put-Optionen, so muss der Fonds während der gesamten Laufzeit der Optionen über ausreichende Mittel verfügen, um den Verpflichtungen aus dem Optionsgeschäft nachkommen zu können.

7. Finanzterminkontrakte.

a) Die Verwaltungsgesellschaft kann für den Fonds Finanzterminkontrakte als Zinsterminkontrakte sowie als Kontrakte auf Aktienindizes kaufen und verkaufen, soweit diese Finanzterminkontrakte an hierfür vorgesehenen Börsen oder anderen geregelten Märkten, die anerkannt, für das Publikum offen sind und deren Funktionsweise ordnungsgemäss ist, gehandelt werden.

b) Durch den Handel mit Finanzterminkontrakten kann die Verwaltungsgesellschaft bestehende Aktien- und Rentenpositionen gegen Kursverluste absichern. Mit dem gleichen Ziel kann die Verwaltungsgesellschaft für den Fonds Call-Optionen auf Finanzinstrumente verkaufen oder Put-Optionen auf Finanzinstrumente kaufen.

Der Fonds kann Finanzterminkontrakte zu anderen als zu Absicherungszwecken kaufen und verkaufen. Dies ist mit erheblichen Chancen, aber auch Risiken verbunden, weil jeweils nur ein Bruchteil der jeweiligen Kontraktgrösse (Einschuss) sofort geleistet werden muss. Kursausschläge in die eine oder andere Richtung können zu erheblichen Gewinnen oder Verlusten führen.

c) Die Gesamtheit der Verpflichtungen aus Finanzterminkontrakten und Optionsgeschäften, die der Absicherung von Vermögenswerten dienen, darf grundsätzlich den Gesamtwert der abgesicherten Werte nicht übersteigen.

d) Die Gesamtheit der Verpflichtungen aus Finanzterminkontrakten und Optionsgeschäften, die nicht der Absicherung von Vermögenswerten dienen, darf das Netto-Fondsvermögen zu keiner Zeit übersteigen. Hierbei bleiben Verkäufe von Call-Optionen ausser Betracht, die durch angemessene Werte im Fondsvermögen unterlegt sind.

8. Wertpapierleihe und Pensionsgeschäfte.

a) Im Rahmen eines standardisierten Wertpapierleihsystems können bis zu 50% der im Fonds befindlichen Wertpapiere auf höchstens 30 Tage ausgeliehen werden. Voraussetzung ist, dass dieses Wertpapierleihsystem durch einen anerkannten Abrechnungsorganismus oder durch eine auf solche Geschäfte spezialisierte Finanzeinrichtung erster Ordnung organisiert ist.

Die Wertpapierleihe kann mehr als 50% des Wertpapierbestands erfassen, sofern dem Fonds das Recht eingeräumt ist, den Wertpapierleihvertrag jederzeit zu kündigen und die verliehenen Wertpapiere zurückzuverlangen.

Der Fonds muss im Rahmen der Wertpapierleihe grundsätzlich eine Garantie erhalten, deren Gegenwert zur Zeit des Vertragsabschlusses mindestens dem Gesamtwert der verliehenen Wertpapiere entspricht. Diese Garantie kann in flüssigen Mitteln bestehen oder in Wertpapieren, die durch Mitgliedstaaten der OECD, deren Gebietskörperschaften oder internationalen Organisationen begeben oder garantiert und zu Gunsten des Fonds während der Laufzeit des Wertpapierleihvertrags gesperrt werden.

b) Der Fonds kann von Zeit zu Zeit Wertpapiere in Form von Pensionsgeschäften kaufen oder verkaufen. Dabei muss der Vertragspartner eines solchen Geschäfts eine Finanzeinrichtung erster Ordnung und auf solche Geschäfte spezialisiert sein. Während der Laufzeit eines Wertpapierpensionsgeschäfts kann der Fonds die gegenständlichen Wertpapiere nicht veräussern. Der Umfang der Wertpapierpensionsgeschäfte wird stets auf einem Niveau gehalten, das dem Fonds ermöglicht, jederzeit seinen Verpflichtungen aus solchen Geschäften nachzukommen.

9. Devisensicherung.

Zur Absicherung von Devisenrisiken kann der Fonds Devisenterminkontrakte verkaufen sowie Call-Optionen auf Devisen verkaufen und Put-Optionen auf Devisen kaufen. Die beschriebenen Operationen dürfen nur auf einem anerkannten und für das Publikum offenen Markt durchgeführt werden, dessen Funktionsweise ordnungsgemäss ist.

Der Fonds kann zu Absicherungszwecken ausserdem auch Devisen auf Termin verkaufen bzw. umtauschen im Rahmen freihändiger Geschäfte, die mit Finanzeinrichtungen erster Ordnung abgeschlossen werden, die auf diese Geschäfte spezialisiert sind.

Devisensicherungsgeschäfte setzen eine unmittelbare Verbindung zu den abgesicherten Werten voraus. Sie dürfen daher grundsätzlich die in der gesicherten Währung gehaltenen Werte weder im Hinblick auf das Volumen noch bezüglich der Restlaufzeit überschreiten.

10. Flüssige Mittel.

Der Fonds darf flüssige Mittel halten. Diese sollen grundsätzlich akzessorischen Charakter besitzen.

11. Weitere Anlagerichtlinien.

a) Die Verwaltungsgesellschaft kann sich für den Fonds solcher Techniken und Instrumente bedienen, die Wertpapiere zum Gegenstand haben, sofern die Verwendung solcher Techniken und Instrumente im Hinblick auf die ordentliche Verwaltung des Fondsvermögens geschieht. Dies gilt insbesondere für Tauschgeschäfte mit Zinssätzen, welche im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften zu Sicherungszwecken vorgenommen werden können. Solche Geschäfte sind ausschließlich mit erstklassigen Finanzinstitutionen zulässig, die auf diese Art von Geschäften spezialisiert sind.

b) Wertpapierleerverkäufe sind nicht zulässig.

c) Das Fondsvermögen darf nicht zur festen Übernahme von Wertpapieren benutzt werden.

d) Das Fondsvermögen darf nicht in Immobilien, Edelmetallen, Edelmetallkontrakten, Waren oder Warenkontrakten angelegt werden.

e) Die Verwaltungsgesellschaft kann mit Einverständnis der Depotbank weitere Anlagebeschränkungen vornehmen, um den Bedingungen in jenen Ländern zu entsprechen, wo Anteile vertrieben werden bzw. vertrieben werden sollen.

12. Kredite und Belastungsverbote.

a) Das Fondsvermögen darf nur insoweit zur Sicherung verpfändet, übereignet bzw. abgetreten oder sonst belastet werden, als dies an einer Börse oder einem geregelten Markt oder aufgrund verbindlicher Auflagen gefordert wird.

b) Kredite dürfen bis zu einer Obergrenze von 10% des Netto-Fondsvermögens aufgenommen werden, sofern diese Kreditaufnahme nur für kurze Zeit erfolgt.

c) Im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Zeichnung nicht voll einbezahlter Wertpapiere können Verbindlichkeiten zu Lasten des Fondsvermögens übernommen werden, die jedoch zusammen mit den Kreditverbindlichkeiten gem. Buchst. b) 10% des Netto-Fondsvermögens nicht überschreiten dürfen.

d) Zu Lasten des Fondsvermögens dürfen weder Kredite gewährt noch für Dritte Bürgschaftsverpflichtungen eingegangen werden.

Art. 5. Fondsanteile. Fondsanteile werden durch Anteilzertifikate ggf. mit zugehörigen Ertragsscheinen verbrieft, die auf den Inhaber lauten, sofern im Besonderen Teil keine andere Bestimmung getroffen wurde.

Alle Fondsanteile haben gleiche Rechte.

Ausgabe und Rücknahme der Anteile sowie die Auszahlung von Ausschüttungen erfolgen bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank sowie über jede Zahlstelle.

Art. 6. Beschränkungen der Ausgabe von Anteilen. Die Verwaltungsgesellschaft kann jederzeit aus eigenem Ermessen einen Zeichnungsantrag zurückweisen oder die Ausgabe von Anteilen zeitweilig beschränken, aussetzen oder endgültig einstellen oder Anteile gegen Zahlung des Rücknahmepreises zurückkaufen, wenn dies im Interesse der Anteilinhaber, im öffentlichen Interesse, zum Schutz des Fonds oder der Anteilinhaber erforderlich erscheint.

In diesem Fall wird die Depotbank auf nicht bereits ausgeführte Zeichnungsanträge eingehende Zahlungen unverzüglich zurückzahlen.

Art. 7. Anteilwertberechnung.

1. Der Wert eines Anteils lautet auf die für den Fonds festgelegte Währung («Fondswährung»). Er wird für den Fonds unter Aufsicht der Depotbank von der Verwaltungsgesellschaft an jedem Bankarbeitstag in Luxemburg und Frankfurt am Main (im folgenden «Bewertungstag» genannt) berechnet, sofern im Besonderen Teil keine andere Bestimmung getroffen wurde. Die Berechnung erfolgt durch Teilung des Netto-Fondsvermögens durch die Zahl der am Bewertungstag im Umlauf befindlichen Anteile des Fonds. Das Netto-Fondsvermögen wird nach folgenden Grundsätzen berechnet:

a) Wertpapiere, die an einer Börse notiert sind, werden zum letzten verfügbaren bezahlten Kurs bewertet.

b) Wertpapiere, die nicht an einer Börse notiert sind, die aber an einem anderen organisierten Wertpapiermarkt gehandelt werden, werden zu einem Kurs bewertet, der nicht geringer als der Geldkurs und nicht höher als der Briefkurs zur Zeit der Bewertung sein darf und den die Verwaltungsgesellschaft für den bestmöglichen Kurs hält, zu dem die Wertpapiere verkauft werden können.

c) Falls solche Kurse nicht marktgerecht sind oder falls für andere als die unter Buchstaben a) und b) genannten Wertpapiere keine Kurse festgelegt werden, werden diese Wertpapiere ebenso wie alle anderen Vermögenswerte zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben und allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfaren Bewertungsregeln festlegt.

d) Die flüssigen Mittel werden zu deren Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet.

e) Festgelder können zum Renditekurs bewertet werden, sofern ein entsprechender Vertrag zwischen der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank geschlossen wurde, gemäss dem die Festgelder jederzeit kündbar sind und der Renditekurs dem Realisierungswert entspricht.

f) Alle nicht auf die Fondswährung lautenden Vermögenswerte werden zum letzten Devisenmittelkurs in die Fondswährung umgerechnet.

2. Für den Fonds wird ein Ertragsausgleichskonto geführt.

3. Die Verwaltungsgesellschaft kann für umfangreiche Rücknahmeanträge, die nicht aus den liquiden Mitteln und zulässigen Kreditaufnahmen des Fonds befriedigt werden können, den Anteilwert auf der Basis der Kurse des Bewertungs-

tags bestimmen, an dem sie für den Fonds die erforderlichen Wertpapierverkäufe vornimmt; dies gilt dann auch für gleichzeitig eingereichte Zeichnungsanträge für den Fonds.

Art. 8. Einstellung der Berechnung des Anteilwerts. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, die Berechnung des Anteilwerts zeitweilig einzustellen, wenn und solange Umstände vorliegen, die diese Einstellung erforderlich machen, und wenn die Einstellung unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilinhaber gerechtfertigt ist, insbesondere:

1. während der Zeit, in welcher eine Börse oder ein anderer geregelter Markt, wo ein wesentlicher Teil der Wertpapiere des Fonds gehandelt wird, geschlossen ist (ausser an gewöhnlichen Wochenenden oder Feiertagen) oder der Handel an dieser Börse bzw. an dem entsprechenden geregelten Markt ausgesetzt oder eingeschränkt wurde;

2. in Notlagen, wenn die Verwaltungsgesellschaft über Fondsanlagen nicht verfügen kann oder es ihr unmöglich ist, den Gegenwert der Anlagekäufe oder -verkäufe frei zu transferieren oder die Berechnung des Anteilwerts ordnungsgemäss durchzuführen.

Anleger, die ihre Anteile zum Rückkauf angeboten haben, werden von einer Einstellung der Anteilwertberechnung umgehend benachrichtigt und nach Wiederaufnahme der Anteilwertberechnung unverzüglich davon in Kenntnis gesetzt.

Art. 9. Rücknahme von Anteilen.

1. Die Anteilinhaber sind berechtigt, jederzeit die Rücknahme ihrer Anteile zu verlangen. Diese Rücknahme erfolgt nur an einem Bewertungstag gemäss Artikel 7 und wird zum Rücknahmepreis gemäss Artikel 18 getätigt. Die Zahlung des Rücknahmepreises erfolgt unverzüglich nach dem entsprechenden Bewertungstag.

2. Die Verwaltungsgesellschaft ist nach vorheriger Genehmigung durch die Depotbank berechtigt, erhebliche Rücknahmen erst zu tätigen, nachdem entsprechende Vermögenswerte des Fonds ohne Verzögerung verkauft wurden.

3. Die Depotbank ist nur insoweit zur Zahlung verpflichtet, als keine gesetzlichen Bestimmungen, z.B. devisa-rechtliche Vorschriften oder andere von der Depotbank nicht beeinflussbare Umstände die Überweisung des Rücknahmepreises in das Land des Antragstellers verbieten.

Art. 10. Abschlussprüfung. Die Jahresabschlüsse des Fonds werden von einem Wirtschaftsprüfer kontrolliert, der von der Verwaltungsgesellschaft ernannt wird.

Art. 11. Verwendung der Erträge. Der Verwaltungsrat bestimmt, ob und in welcher Höhe eine Ausschüttung für den Fonds erfolgt. Zur Ausschüttung können die ordentlichen Nettoerträge sowie realisierte Kapitalgewinne kommen. Ferner können die nicht realisierten Werterhöhungen sowie Kapitalgewinne aus den Vorjahren zur Ausschüttung gelangen. Ausschüttungen werden auf die am Ausschüttungstag ausgegebenen Anteile ausgezahlt. Ausschüttungen können ganz oder teilweise in Form von Gratisanteilen vorgenommen werden. Eventuell verbleibende Bruchteile können in bar ausgezahlt werden.

Erträge, die innerhalb der in Artikel 15 festgelegten Fristen nicht abgefordert wurden, verfallen zu Gunsten des Fonds.

Art. 12. Änderungen des Verwaltungsreglements.

1. Die Verwaltungsgesellschaft kann mit Zustimmung der Depotbank das Verwaltungsreglement jederzeit ganz oder teilweise ändern.

2. Änderungen des Verwaltungsreglements werden im Mémorial veröffentlicht und treten, sofern nichts anderes bestimmt ist, fünf Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Art. 13. Veröffentlichungen.

1. Ausgabe- und Rücknahmepreise können bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und jeder Zahlstelle erfragt werden. Darüber hinaus werden die Ausgabe- und Rücknahmepreise in jedem Vertriebsland in geeigneten Medien (z.B. Internet, elektronische Informationssysteme, Zeitungen, etc.) veröffentlicht.

2. Die Verwaltungsgesellschaft erstellt für den Fonds einen geprüften Jahresbericht sowie einen Halbjahresbericht entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen des Grossherzogtums Luxemburg.

3. Prospekt und Verwaltungsreglement sowie Jahres- und Halbjahresbericht des Fonds sind für die Anteilinhaber am Sitz der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und jeder Zahlstelle erhältlich. Der Depotbankvertrag sowie die Satzung der Verwaltungsgesellschaft können am Sitz der Verwaltungsgesellschaft und bei den Zahlstellen an ihrem jeweiligen Hauptsitz eingesehen werden.

Art. 14. Auflösung des Fonds.

1. Der Fonds kann jederzeit durch die Verwaltungsgesellschaft aufgelöst werden.

2. Eine Auflösung des Fonds erfolgt zwingend, falls die Verwaltungsgesellschaft aus irgendeinem Grunde aufgelöst wird, und wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen von der Verwaltungsgesellschaft im Mémorial und in mindestens drei überregionalen Tageszeitungen, von denen eine eine Luxemburger Zeitung ist, veröffentlicht.

3. Wenn ein Tatbestand eintritt, der zur Auflösung des Fonds führt, werden die Ausgabe und der Rückkauf von Anteilen eingestellt. Die Depotbank wird den Liquidationserlös, abzüglich der Liquidationskosten und Honorare, auf Anweisung der Verwaltungsgesellschaft oder ggf. der von derselben oder von der Depotbank im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde ernannten Liquidatoren unter die Anteilinhaber des Fonds nach deren Anspruch verteilen. Netto-Liquidationserlöse, die nicht zum Abschluss des Liquidationsverfahrens von Anteilhabern eingezogen worden sind, werden von der Depotbank nach Abschluss des Liquidationsverfahrens für Rechnung der berechtigten Anteilinhaber bei der Caisse des Consignations in Luxemburg hinterlegt, wo diese Beträge verfallen, wenn sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist dort angefordert werden.

4. Die Anteilinhaber, deren Erben bzw. Rechtsnachfolger können weder die Auflösung noch die Teilung des Fonds beantragen.

5. Der Fonds kann durch Beschluss des Verwaltungsrats in einen anderen Fonds eingebracht werden (Fusion). Dieser Beschluss wird entsprechend den Bestimmungen des vorstehenden Absatzes 2 veröffentlicht. Die Durchführung der Fusion vollzieht sich wie eine Auflösung des einzubringenden Fonds und eine gleichzeitige Übernahme sämtlicher Vermögensgegenstände durch den aufnehmenden Fonds. Abweichend zu der Fondsauflösung (Absatz 3) erhalten die Anleger des Fonds Anteile des aufnehmenden Fonds, deren Anzahl sich auf der Grundlage des Anteilwertverhältnisses der betroffenen Fonds zum Zeitpunkt der Einbringung errechnet und ggf. einen Spitzenausgleich. Die Anleger des Fonds haben vor der tatsächlichen Fusion die Möglichkeit, aus dem betreffenden Fonds durch die Rücknahme ihrer Anteile zum Rücknahmepreis auszuscheiden, innerhalb des Monats nach Veröffentlichung des Fusionsbeschlusses durch die Verwaltungsgesellschaft. Die Durchführung der Fusion wird vom Wirtschaftsprüfer des Fonds kontrolliert.

Art. 15. Verjährung und Vorlegungsfrist.

1. Forderungen der Anteilinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank können nach Ablauf von fünf Jahren nach Entstehung des Anspruchs nicht mehr gerichtlich geltend gemacht werden; davon unberührt bleibt die in Artikel 14 Absatz 3 enthaltene Regelung.

2. Die Vorlegungsfrist für Ertragsscheine beträgt fünf Jahre.

Art. 16. Anwendbares Recht, Gerichtsstand und Vertragssprache.

1. Das Verwaltungsreglement des Fonds unterliegt luxemburger Recht. Gleiches gilt für die Rechtsbeziehungen zwischen den Anteilinhabern und der Verwaltungsgesellschaft. Das Verwaltungsreglement ist bei dem Bezirksgericht in Luxemburg hinterlegt. Jeder Rechtsstreit zwischen Anteilinhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank unterliegt der Gerichtsbarkeit des zuständigen Gerichts im Gerichtsbezirk Luxemburg im Grossherzogtum Luxemburg. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank sind berechtigt, sich selbst und den Fonds der Gerichtsbarkeit und dem Recht jeden Vertriebslandes zu unterwerfen, soweit es sich um Ansprüche der Anleger handelt, die in dem betreffenden Land ansässig sind, und im Hinblick auf Angelegenheiten, die sich auf den Fonds beziehen.

2. Der deutsche Wortlaut dieses Verwaltungsreglements ist massgeblich. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank können im Hinblick auf Anteile des Fonds, die an Anleger in dem jeweiligen Land verkauft wurden, für sich selbst und den Fonds Übersetzungen in Sprachen solcher Länder als verbindlich erklären, in welchen solche Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind.

Besonderer Teil

Art. 17. Anlagepolitik. Ziel der Anlagepolitik ist die Erwirtschaftung einer Rendite in Euro. Das Fondsvermögen wird vorwiegend in Anleihen, Wandelanleihen und sonstigen festverzinslichen Wertpapieren oder Anleihen mit variablem Zinssatz angelegt, die an Börsen oder einem anderen geregelten Markt, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäss ist, in einem Staat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gehandelt werden, sowie in anderen zulässigen Anlagen.

Art. 18. Fondswährung, Ausgabe- und Rücknahmepreis.

1. Die Fondswährung ist der Euro.

2. Ausgabepreis ist der Anteilwert zuzüglich eines Ausgabeaufschlags von bis zu 2,5%. Er ist zahlbar unverzüglich nach dem entsprechenden Bewertungstag. Der Ausgabepreis kann sich um Gebühren oder andere Belastungen erhöhen, die in den jeweiligen Vertriebsländern anfallen.

3. Rücknahmepreis ist der Anteilwert.

Art. 19. Anteile. Die Fondsanteile werden in Globalzertifikaten verbrieft. Ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht nicht.

Art. 20. Kosten. Der Fonds zahlt der Verwaltungsgesellschaft eine Vergütung von 0,725% p.a. auf das Netto-Fondsvermögen auf Basis des am Bewertungstag ermittelten Netto-Inventarwerts. Aus dieser Vergütung werden insbesondere die Verwaltungsgesellschaft, die Administrationsstelle, das Fondsmanagement, der Vertrieb und die Depotbank bezahlt. Die Vergütung wird dem Fonds in der Regel am Monatsende entnommen. Neben der Vergütung können die folgenden Aufwendungen dem Fonds belastet werden:

- sämtliche Steuern, welche auf die Vermögenswerte des Fonds und den Fonds selbst erhoben werden (insbesondere die taxe d'abonnement), sowie im Zusammenhang mit den Kosten der Verwaltung und Verwahrung evtl. entstehende Steuern;
- im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräusserung von Vermögensgegenständen entstehende Kosten;
- ausserordentliche Kosten (z.B. Prozesskosten), die zur Wahrnehmung der Interessen der Anteilinhaber des Fonds anfallen; die Entscheidung zur Kostenübernahme trifft im einzelnen der Verwaltungsrat und ist im Jahresbericht gesondert auszuweisen.

Art. 21. Rechnungsjahr. Das Rechnungsjahr endet jeden Jahr am 31. Dezember, erstmals am 31. Dezember 2004. Ein erster geprüfter Rechenschaftsbericht wird zum 31. Dezember 2004 erstellt; der erste ungeprüfte Zwischenbericht erscheint zum 31. Dezember 2003, der erste Halbjahresbericht zum 30. Juni 2004.

Art. 22. Dauer des Fonds. Die Laufzeit des Fonds ist befristet. Der Fonds wird am 30. Dezember 2010 aufgelöst. Nach Ablauf der Laufzeit wird die Verwaltungsgesellschaft die Depotbank beauftragen, den Netto-Liquidationserlös an die Anteilinhaber zu verteilen.

Luxemburg, den 4. August 2003.

DWS INVESTMENT S.A.

Verwaltungsgesellschaft

Unterschriften

DEUTSCHE BANK LUXEMBOURG S.A.

Depotbank

Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 6 août 2003, réf. LSO-AH01360. – Reçu 34 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(046823.2//370) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 8 août 2003.

CREDIT SUISSE EQUITY FUND (LUX), Fonds Commun de Placement.

Änderungen der Vertragsbedingungen des Anlagefonds

Die oben erwähnte Verwaltungsgesellschaft hat mit Zustimmung der BROWN BROTHERS HARRIMAN (LUXEMBOURG) S.C.A, in ihrer Eigenschaft als Depotbank beschlossen, die Vertragsbedingungen des CREDIT SUISSE EQUITY FUND (LUX) wie folgt zu ändern:

- Es werden zwei neue Subfonds des CREDIT SUISSE EQUITY FUND (LUX) lanciert, der Credit Suisse Equity Fund (Lux) Greater China und der Credit Suisse Equity Fund (Lux) Asian Tigers. Deshalb werden die folgenden Zusätze, welche die neuen Subfonds beschreiben zu den Vertragsbedingungen des CREDIT SUISSE EQUITY FUND (LUX) hinzugefügt:

Credit Suisse Equity Fund (Lux) Greater China - zweiunddreissigster Zusatz zu den Vertragsbedingungen.

Innerhalb dieses Subfonds soll eine möglichst hohe Kapitalrendite in USD erzielt werden. Dabei müssen mindestens zwei Drittel des Nettofondsvermögens gemäss dem Prinzip der Risikoverteilung in Aktien und aktienähnlichen Wertpapieren (Gewinnanteilscheine, Dividendenberechtigungsscheine usw.), im Sinne des Artikels 40 (1) des Gesetzes vom 30. März 1988 bezüglich der Organismen für gemeinsame Anlagen, von Unternehmen investiert sein, die ihren Sitz in der Volksrepublik China, einschliesslich Hongkong und Macao, oder in Taiwan haben oder den überwiegenden Teil ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit dort ausüben.

Darüber hinaus kann der Subfonds in begrenztem Umfang (bis zu 30% des Nettofondsvermögens) weltweit in Aktien und aktienähnlichen Wertpapieren (Gewinnanteilscheine, Dividendenberechtigungsscheine usw.) investieren, die den obigen Anforderungen nicht genügen, sowie, weltweit und währungsunabhängig, auch Anlagen in Wandel- und Optionsanleihen und Optionsscheinen tätigen, vorausgesetzt, die damit verbundenen Rechte berechtigen zum Bezug von Aktien von Unternehmen, die ihren Sitz in der Volksrepublik China, einschliesslich Hongkong und Macao, oder in Taiwan haben oder den überwiegenden Teil ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit dort ausüben.

Angesichts der in diesen Märkten, insbesondere in der Volksrepublik China, herrschenden politischen und wirtschaftlichen Situation müssen sich Anleger darüber im Klaren sein, dass Anlagen in diesem Subfonds ein erhebliches Risiko mit sich bringen, welches die für das jeweilige Fondsvermögen erwirtschafteten Erlöse reduzieren könnte. Zeichnungen für diesen Subfonds sind deshalb nur für Investoren geeignet, die sich der Risiken im Zusammenhang mit dieser Anlageform vollständig bewusst sind und diese tragen können. Fondsanlagen in diesen Subfonds sollten nur auf lange Frist getätigt werden.

Anlagen in diesem Subfonds sind (unter anderem) den folgenden Risiken ausgesetzt: Weniger effiziente öffentliche Kontrolle, Verbuchungs- und Buchprüfungsmethoden und -standards, die den Anforderungen der westlichen Gesetzgebung nicht entsprechen, mögliche Einschränkungen bei der Rückführung des eingesetzten Kapitals, Gegenparteiisiko in Hinsicht auf einzelne Transaktionen, Marktvolatilität oder unzureichende Liquidität der Anlagen des Subfonds, Alle diese Faktoren können durch die in einzelnen ostasiatischen Märkten herrschenden Bedingungen verschärft werden. Weiterhin muss in Betracht gezogen werden, dass die Unternehmen unabhängig von ihrer Marktkapitalisierung (Micro, Small, Mid, Large Caps), ihrem Sektor oder ihrer geografischen Lage nach ausgewählt werden. Dies kann zu einer geografischen oder einer sektorspezifischen Konzentration führen.

Die Referenzwährung des Subfonds ist der USD.

Anteile des Credit Suisse Equity Fund (Lux) Greater China werden, wie im gültigen Verkaufsprospekt und in dem betreffenden Zusatz zu diesem Prospekt näher beschrieben, zu den nachfolgenden Bedingungen ausgegeben:

Anteil- klasse	Währung	Mindestbestand	Erstaus- gabepreis	Maximale Erstausgabegebühr	Verwaltungsgebühr (pro Jahr)	Anleger- betreuungsgebühr (pro Jahr)
«B»	USD	n/a	USD 10	5,00%	1,92%	n/a
«D»	USD	10 Anteile	USD 1.000	n/a	0,08%	n/a
«I»	USD	USD 3.000.000	USD 1.000	3,00%	1,00%	n/a
«T»	USD	USD 10.000	USD 1.000	n/a	1,92%	0,90%

- Fondsanteile der Klassen «B», «D», «I» und «T», die gegenwärtig vom Fonds aufgelegt werden, bestehen aus thesaurierenden Anteilen.

- Zertifizierte Inhaberanteile sind nur für die Klasse «B» erhältlich.

- Anteile der Klasse «D» können nur von solchen Anlegern erworben werden, die einen Vermögensverwaltungsvertrag mit einer Geschäftseinheit der Credit Suisse Asset Management abgeschlossen haben.

- Sind keine Angaben zum Erstausgabepreis gegeben, so können Fondsanteile zum Nettoinventarwert gezeichnet werden (siehe Abschnitt «Beteiligung am CREDIT SUISSE EQUITY FUND (LUX)» des Verkaufsprospektes.

Credit Suisse Equity Fund (Lux) Asian Tigers - dreiunddreissigster Zusatz zu den Vertragsbedingungen.

Innerhalb dieses Subfonds soll eine möglichst hohe Kapitalrendite in USD erzielt werden. Dabei müssen mindestens zwei Drittel des Nettofondsvermögens gemäss dem Prinzip der Risikoverteilung in Aktien und aktienähnlichen Wertpapieren (Gewinnanteilscheine, Dividendenberechtigungsscheine usw.), im Sinne des Artikels 40 (1) des Gesetzes vom 30. März 1988 bezüglich der Organismen für gemeinsame Anlagen, von Unternehmen investiert sein, die ihren Sitz im asiatischen Raum (exklusive Japan) haben oder den überwiegenden Teil ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit dort ausüben.

Darüber hinaus kann der Subfonds in begrenztem Umfang (bis zu 30% des Nettofondsvermögens) weltweit in Aktien und aktienähnlichen Wertpapieren (Gewinnanteilscheine, Dividendenberechtigungsscheine usw.) investieren, die den obigen Anforderungen nicht genügen, sowie, weltweit und währungsunabhängig, auch Anlagen in Wandel- und Optionsanleihen und Optionsscheinen tätigen, vorausgesetzt, die damit verbundenen Rechte berechtigen zum Bezug von Aktien von Unternehmen, die ihren Sitz im asiatischen Raum (exklusive Japan) haben oder den überwiegenden Teil ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit dort ausüben.

Angesichts der in diesen Märkten herrschenden politischen und wirtschaftlichen Situation müssen sich Anleger darüber im Klaren sein, dass Anlagen in diesem Subfonds ein erhebliches Risiko mit sich bringen, welches die für das jeweilige Fondsvermögen erwirtschafteten Erlöse reduzieren könnte. Zeichnungen für diesen Subfonds sind deshalb nur für Investoren geeignet, die sich der Risiken im Zusammenhang mit dieser Anlageform vollständig bewusst sind und diese tragen können. Fondsanlagen in diesen Subfonds sollten nur auf lange Frist getätigt werden.

Anlagen in diesem Subfonds sind (unter anderem) den folgenden Risiken ausgesetzt: Weniger effiziente öffentliche Kontrolle, Verbuchungs- und Buchprüfungsmethoden und -standards, die den Anforderungen der westlichen Gesetzgebung nicht entsprechen, mögliche Einschränkungen bei der Rückführung des eingesetzten Kapitals, Gegenparteirisiko in Hinsicht auf einzelne Transaktionen, Marktvolatilität oder unzureichende Liquidität der Anlagen des Subfonds. Alle diese Faktoren können durch die in einzelnen ostasiatischen Märkten herrschenden Bedingungen verschärft werden. Weiterhin muss in Betracht gezogen werden, dass die Unternehmen unabhängig von ihrer Marktkapitalisierung (Micro, Small, Mid, Large Caps), ihrem Sektor oder ihrer geografischen Lage nach ausgewählt werden. Dies kann zu einer geografischen oder einer sektorspezifischen Konzentration führen.

Die Referenzwährung des Subfonds ist der USD.

Anteile des Credit Suisse Equity Fund (Lux) Asian Tigers werden, wie im gültigen Verkaufsprospekt und in dem betreffenden Zusatz zu diesem Prospekt näher beschrieben, zu den nachfolgenden Bedingungen ausgegeben:

Anteil klasse	Währung	Mindestbestand	Erstaus- gabepreis	Maximale Erstausgabegebühr	Verwaltungsgebühr (pro Jahr)	Anleger- betreuungsgebühr (pro Jahr)
«B»	USD	n/a	USD 10	5,00%	1,92%	n/a
«D»	USD	10 Anteile	USD 1.000	n/a	0,08%	n/a
«I»	USD	USD 3.000.000	USD 1.000	3,00%	1,00%	n/a
«T»	USD	USD 10.000	USD 1.000	n/a	1,92%	0,90%

- Fondsanteile der Klassen «B», «D», «I» und «T», die gegenwärtig vom Fonds aufgelegt werden, bestehen aus thesaurierenden Anteilen.

- Zertifizierte Inhaberanteile sind nur für die Klasse «B» erhältlich.

- Anteile der Klasse «D» können nur von solchen Anlegern erworben werden, die einen Vermögensverwaltungsvertrag mit einer Geschäftseinheit der Credit Suisse Asset Management abgeschlossen haben.

- Sind keine Angaben zum Erstausgabepreis gegeben, so können Fondsanteile zum Nettoinventarwert gezeichnet werden (siehe Abschnitt «Beteiligung am CREDIT SUISSE EQUITY FUND (LUX)» des Verkaufsprospektes).

- Der siebenundzwanzigste, der einunddreissigste, der zweiunddreissigste, der dreiunddreissigste, der vierunddreissigste und der fünfunddreissigste Zusatz zu den Vertragsbedingungen werden ersatzlos gestrichen.

Die Nummerierung der nachfolgenden Zusätze werden entsprechend angepasst.

- In der Tabelle des vierzehnten Zusatzes zu den Vertragsbedingungen wird der Erstausgabepreis bei den Anteilen der Klasse «D» gestrichen.

- In der Tabelle des dreissigsten Zusatzes zu den Vertragsbedingungen werden die Erstausgabepreise bei den Anteilen der Klassen «A», «B», «H-CHF» und «H-USD» gestrichen.

- In der Tabelle des einunddreissigsten Zusatzes zu den Vertragsbedingungen wird der Erstausgabepreis bei den Anteilen der Klasse «B» gestrichen.

Die Änderungen der Vertragsbedingungen treten am Tage ihrer Veröffentlichung im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations» in Kraft.

Luxemburg, den 1. September 2003.

CREDIT SUISSE EQUITY FUND (Management Company)	BROWN BROTHERS HARRIMAN (LUXEMBOURG) S.C.A.
Signatures	

Enregistré à Luxembourg, le 21 août 2003, réf. LSO-AH04074. – Reçu 18 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(050434.2//115) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 août 2003.

DB FLEXIBLE MANAGEMENT, Fonds Commun de Placement.

Mit Wirkung vom 1. September 2003 gelten für den Investmentfonds DB FLEXIBLE MANAGEMENT folgende Bestimmungen:

Verwaltungsreglement - Allgemeiner Teil

Die vertraglichen Rechte und Pflichten der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und der Anteilinhaber hinsichtlich des Sondervermögens bestimmen sich nach dem folgenden Verwaltungsreglement.

Art. 1. Der Fonds.

1. Der Fonds ist ein rechtlich unselbständiges Sondervermögen (fonds commun de placement), das aus Wertpapieren und sonstigen Vermögenswerten («Fondsvermögen») besteht und für gemeinschaftliche Rechnung der Inhaber von Anteilen («Anteilinhaber») unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung verwaltet wird. Die Anteilinhaber sind am Fondsvermögen in Höhe ihrer Anteile beteiligt.

2. Die gegenseitigen vertraglichen Rechte und Pflichten der Anteilinhaber und der Verwaltungsgesellschaft sowie der Depotbank sind in diesem Verwaltungsreglement geregelt, dessen gültige Fassung sowie Änderungen desselben im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations», dem Amtsblatt des Grossherzogtums Luxemburg, («Mémorial») veröffentlicht und beim Handelsregister des Bezirksgerichts Luxemburg hinterlegt sind. Durch den Kauf eines Anteils erkennt der Anteilinhaber das Verwaltungsreglement sowie alle genehmigten und veröffentlichten Änderungen desselben an.

Art. 2. Die Verwaltungsgesellschaft.

1. Verwaltungsgesellschaft des Fonds ist die DWS INVESTMENT S.A., eine Aktiengesellschaft mit Sitz in Luxemburg nach Luxemburger Recht. Sie wurde am 15. April 1987 gegründet. Die Verwaltungsgesellschaft wird durch ihren Verwaltungsrat vertreten. Der Verwaltungsrat kann eines oder mehrere seiner Mitglieder und/oder Angestellte der Verwaltungsgesellschaft mit der täglichen Geschäftsführung betrauen.

2. Die Verwaltungsgesellschaft verwaltet den Fonds im eigenen Namen, aber ausschliesslich im Interesse und für gemeinschaftliche Rechnung der Anteilinhaber. Die Verwaltungsbefugnis erstreckt sich insbesondere auf Kauf, Verkauf, Zeichnung, Umtausch und Annahme von Wertpapieren und anderen Vermögenswerten sowie auf die Ausübung aller Rechte, welche unmittelbar oder mittelbar mit dem Fondsvermögen zusammenhängen.

3. Die Verwaltungsgesellschaft kann unter eigener Verantwortung und auf eigene Kosten Anlageberater sowie einen beratenden Anlageausschuss hinzuziehen. In der Regel wird für den Fonds ein beratender Anlageausschuss gebildet.

4. Die Verwaltungsgesellschaft kann unter eigener Verantwortung und Kontrolle und auf eigene Kosten einen Fondsmanager hinzuziehen.

Art. 3. Die Depotbank.

1. Depotbank des Fonds ist die DEUTSCHE BANK LUXEMBOURG S.A. Sie ist eine Aktiengesellschaft nach Luxemburger Recht und betreibt Bankgeschäfte. Die Funktion der Depotbank richtet sich nach dem Gesetz und diesem Verwaltungsreglement. Sie handelt im Interesse der Anteilinhaber.

2. Die Depotbank sowie die Verwaltungsgesellschaft sind berechtigt, die Depotbankbestellung jederzeit schriftlich mit einer Frist von drei Monaten zu kündigen. Eine solche Kündigung wird wirksam, wenn die Verwaltungsgesellschaft mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde eine andere Bank zur Depotbank bestellt und diese die Pflichten und Funktionen als Depotbank übernimmt; bis dahin wird die bisherige Depotbank zum Schutz der Interessen der Anteilinhaber ihren Pflichten und Funktionen als Depotbank vollumfänglich nachkommen.

3. Alle Wertpapiere und anderen Vermögenswerte des Fonds werden von der Depotbank in gesperrten Konten und Depots verwahrt, über die nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Verwaltungsreglements verfügt werden darf. Die Depotbank kann unter ihrer Verantwortung und mit Einverständnis der Verwaltungsgesellschaft andere Banken mit der Verwahrung von Wertpapieren des Fonds beauftragen.

4. Die Depotbank zahlt der Verwaltungsgesellschaft aus den gesperrten Konten des Fonds nur das in diesem Verwaltungsreglement festgesetzte Entgelt. Die im Verwaltungsreglement aufgeführten sonstigen zu Lasten des Fonds zu zahlenden Kosten bleiben hiervon unberührt.

5. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Depotbank berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen:

- a) Ansprüche der Anteilinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder eine frühere Depotbank geltend zu machen;
- b) gegen Vollstreckungsmassnahmen Dritter Widerspruch zu erheben und vorzugehen, wenn in das Fondsvermögen wegen eines Anspruchs vollstreckt wird, für den das Fondsvermögen nicht haftet.

Art. 4. Allgemeine Richtlinien für die Anlagepolitik.

1. Risikostreuung.

a) Das Fondsvermögen wird grundsätzlich in Wertpapieren angelegt, die an einer Börse oder an einem anderen geregelten Markt, der anerkannt und für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäss ist, gehandelt werden.

b) Höchstens 10% des Netto-Fondsvermögens dürfen in Wertpapieren ein und desselben Emittenten angelegt werden. Der Gesamtwert der Wertpapiere von Emittenten, in deren Wertpapieren mehr als 5% des Netto-Fondsvermögens investiert sind, ist auf maximal 40% des Netto-Fondsvermögens begrenzt.

c) Der unter b) genannte Prozentsatz von 10% erhöht sich auf 35% und der ebendort genannte Prozentsatz von 40% entfällt für Wertpapiere, die von den folgenden Emittenten ausgegeben oder garantiert werden:

- Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD);
- Mitgliedstaaten der EU und ihre Gebietskörperschaften;
- internationale Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen mindestens ein EU-Mitgliedstaat angehört.

d) Der unter b) genannte Prozentsatz erhöht sich von 10% auf 25% bzw. von 40% auf 80% für Schuldverschreibungen, die von Kreditinstituten, die in einem EU-Mitgliedstaat ansässig sind, ausgegeben werden, sofern

- diese Kreditinstitute einer besonderen öffentlichen Aufsicht zum Schutz der Inhaber solcher Schuldverschreibungen unterliegen,
- der Gegenwert solcher Schuldverschreibungen in Vermögenswerten angelegt werden muss, die während der gesamten Laufzeit dieser Schuldverschreibungen die sich daraus ergebenden Verbindlichkeiten ausreichend decken und
- die erwähnten Vermögenswerte beim Ausfall des Emittenten vorrangig zur Rückzahlung von Kapital und Zinsen bestimmt sind.

e) Die Anlagegrenzen unter b) bis d) dürfen nicht kumuliert werden. Hieraus ergibt sich, dass Anlagen in Wertpapieren ein und desselben Emittenten grundsätzlich 35% des Netto-Fondsvermögens nicht überschreiten dürfen.

f) Die Verwaltungsgesellschaft wird für einzelne oder für die Gesamtheit ihrer Fonds stimmberechtigte Aktien insoweit nicht erwerben, als ein solcher Erwerb ihr einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftspolitik des Emittenten gestattet.

Sie darf für den Fonds höchstens 10% der von einem Emittenten ausgegebenen stimmrechtslosen Aktien, Schuldverschreibungen oder Anteile eines Investmentfonds erwerben.

Für die erwähnten Schuldverschreibungen und Fondsanteile bleibt die erwähnte Anlagegrenze insoweit ausser Betracht, als das Gesamtemissionsvolumen bzw. die Zahl der Fondsanteile zum Zeitpunkt des Erwerbs nicht ermittelt werden können. Die Anlagegrenze ist auch auf solche Schuldverschreibungen nicht anzuwenden, die von Mitgliedstaaten der EU und deren Gebietskörperschaften und Staaten ausserhalb der EU begeben oder garantiert oder von internationalen Organisationen, denen mindestens ein EU-Mitgliedstaat angehört, begeben werden.

g) Die Verwaltungsgesellschaft kann in Abweichung der Vorschriften aus b) bis e) ermächtigt werden, unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung bis zu 100% in Wertpapieren verschiedener Emissionen anzulegen, die von einem EU Mitgliedstaat, dessen Gebietskörperschaften, von einem anderen OECD-Mitgliedstaat oder von internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen wenigstens ein EU-Mitgliedstaat angehört, begeben oder garantiert werden, sofern der Fonds Wertpapiere hält, die im Rahmen von mindestens sechs verschiedenen Emissionen begeben worden sind, wobei Wertpapiere aus ein und derselben Emission 30% des Netto-Fondsvermögens nicht überschreiten dürfen.

2. Nicht notierte Wertpapiere.

Bis zu 10% des Netto-Fondsvermögens können in Wertpapieren angelegt werden, die weder an einer Börse noch an anderen geregelten Märkten i.S.v. Absatz 1 a) gehandelt werden.

3. Verbriefte Rechte.

Höchstens 10% des Netto-Fondsvermögens dürfen in verbrieften Rechten angelegt werden, die ihren Merkmalen nach Wertpapieren gleichgestellt werden können, die übertragbar und veräusserbar sind und deren Wert an jedem Bewertungstag genau bestimmt werden kann. Die Anlage in verbrieften Rechten ist in die Anlagegrenze des Absatzes 2 miteinzubeziehen.

4. Investmentfonds.

Bis zu 5% des Netto-Fondsvermögens können in anderen Investmentfonds investiert werden, sofern diese die Merkmale für Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren des offenen Typs (OGAW) im Sinne der EG-Richtlinie 85/611 EWG vom 20. Dezember 1985 aufweisen.

Anteile an OGAW, die von der Verwaltungsgesellschaft selbst oder einer anderen Gesellschaft, die mit der Verwaltungsgesellschaft durch gemeinsame Verwaltung, direkte oder indirekte wesentliche Teilhaberschaft oder Kontrolle verbunden ist, verwaltet werden, können nur erworben werden, sofern die OGAW ihre Anlagepolitik auf spezifische wirtschaftliche oder geographische Bereiche konzentrieren. Die Verwaltungsgesellschaft wird keine Kosten für Anlagen berechnen, die in derart verbundenen OGAW erfolgen.

5. Neuemissionen.

Das Fondsvermögen kann Neuemissionen enthalten, sofern diese:

a) in den Emissionsbedingungen die Verpflichtung enthalten, die Zulassung zum Handel an einer Börse oder einem anderen geregelten Markt zu beantragen, der offen, dem Publikum zugänglich und dessen Funktionsweise ordnungsgemäss ist, und

b) spätestens ein Jahr nach Emission an einem der unter a) erwähnten Märkte zugelassen werden.

Sofern die Zulassung an einem der unter a) genannten Märkte nicht binnen Jahresfrist erfolgt, sind Neuemissionen als nicht notierte Wertpapiere gemäss Absatz 2 anzusehen und in die dort erwähnte Anlagegrenze einzubeziehen.

6. Optionen.

a) Die Verwaltungsgesellschaft kann unter Beachtung der in diesem Artikel erwähnten Anlagebeschränkungen für den Fonds Call-Optionen und Put-Optionen auf Wertpapiere, Börsenindizes, Finanzterminkontrakte und sonstige Finanzinstrumente kaufen und verkaufen, sofern diese Optionen an Börsen oder anderen geregelten Märkten, die anerkannt und für das Publikum offen sind und deren Funktionsweise ordnungsgemäss ist, gehandelt werden oder sofern Bewertbarkeit und Liquidität gegeben sind und der Vertragspartner eine erstklassige Finanzinstitution ist.

Kauf und Verkauf von Optionen sind mit besonderen Risiken verbunden:

- Der Kaufpreis einer erworbenen Call- oder Put-Option kann verlorengehen.
- Wenn eine Call-Option verkauft wird, besteht die Gefahr, dass der Fonds nicht mehr an einer besonders starken Wertsteigerung des Wertpapiers teilnimmt.
- Beim Verkauf von Put-Optionen besteht die Gefahr, dass der Fonds zur Abnahme von Wertpapieren zum Ausübungspreis verpflichtet ist, obwohl der Marktwert dieser Wertpapiere deutlich niedriger ist.
- Durch die Hebelwirkung von Optionen kann der Wert des Fondsvermögens stärker beeinflusst werden, als dies beim unmittelbaren Erwerb von Wertpapieren der Fall ist.

b) Die Summe der Prämien für den Erwerb der unter a) genannten Optionen darf 25% des Fondsvermögens nicht übersteigen, soweit die Optionen noch valutieren.

c) Für den Fonds können Call-Optionen auf Wertpapiere verkauft werden, sofern die Summe der Ausübungspreise solcher Optionen im Zeitpunkt des Verkaufs 25% des Netto-Fondsvermögens nicht übersteigt. Diese Anlagegrenze gilt nicht, soweit verkaufte Call-Optionen durch Wertpapiere unterlegt oder durch andere Instrumente abgesichert sind. Im übrigen muss der Fonds jederzeit in der Lage sein, die Deckung von Positionen aus dem Verkauf ungedeckter Call-Optionen sicherzustellen.

d) Verkauft die Verwaltungsgesellschaft für den Fonds Put-Optionen, so muss der Fonds während der gesamten Laufzeit der Optionen über ausreichende Mittel verfügen, um den Verpflichtungen aus dem Optionsgeschäft nachkommen zu können.

7. Finanzterminkontrakte.

a) Die Verwaltungsgesellschaft kann für den Fonds Finanzterminkontrakte als Zinsterminkontrakte sowie als Kontrakte auf Aktienindizes kaufen und verkaufen, soweit diese Finanzterminkontrakte an hierfür vorgesehenen Börsen oder anderen geregelten Märkten, die anerkannt, für das Publikum offen sind und deren Funktionsweise ordnungsgemäss ist, gehandelt werden.

b) Durch den Handel mit Finanzterminkontrakten kann die Verwaltungsgesellschaft bestehende Aktien- und Rentenpositionen gegen Kursverluste absichern. Mit dem gleichen Ziel kann die Verwaltungsgesellschaft für den Fonds Call-Optionen auf Finanzinstrumente verkaufen oder Put-Optionen auf Finanzinstrumente kaufen.

Der Fonds kann Finanzterminkontrakte zu anderen als zu Absicherungszwecken kaufen und verkaufen. Dies ist mit erheblichen Chancen, aber auch Risiken verbunden, weil jeweils nur ein Bruchteil der jeweiligen Kontraktgrösse (Einschuss) sofort geleistet werden muss. Kursausschläge in die eine oder andere Richtung können zu erheblichen Gewinnen oder Verlusten führen.

c) Die Gesamtheit der Verpflichtungen aus Finanzterminkontrakten und Optionsgeschäften, die der Absicherung von Vermögenswerten dienen, darf grundsätzlich den Gesamtwert der abgesicherten Werte nicht übersteigen.

d) Die Gesamtheit der Verpflichtungen aus Finanzterminkontrakten und Optionsgeschäften, die nicht der Absicherung von Vermögenswerten dienen, darf das Netto-Fondsvermögen zu keiner Zeit übersteigen. Hierbei bleiben Verkäufe von Call-Optionen ausser Betracht, die durch angemessene Werte im Fondsvermögen unterlegt sind.

8. Wertpapierleihe und Pensionsgeschäfte.

a) Im Rahmen eines standardisierten Wertpapierleihsystems können bis zu 50% der im Fonds befindlichen Wertpapiere auf höchstens 30 Tage ausgeliehen werden. Voraussetzung ist, dass dieses Wertpapierleihsystem durch einen anerkannten Abrechnungsorganismus oder durch eine auf solche Geschäfte spezialisierte Finanzeinrichtung erster Ordnung organisiert ist.

Die Wertpapierleihe kann mehr als 50% des Wertpapierbestands erfassen, sofern dem Fonds das Recht eingeräumt ist, den Wertpapierleihvertrag jederzeit zu kündigen und die verliehenen Wertpapiere zurückzuverlangen.

Der Fonds muss im Rahmen der Wertpapierleihe grundsätzlich eine Garantie erhalten, deren Gegenwert zur Zeit des Vertragsabschlusses mindestens dem Gesamtwert der verliehenen Wertpapiere entspricht. Diese Garantie kann in flüssigen Mitteln bestehen oder in Wertpapieren, die durch Mitgliedstaaten der OECD, deren Gebietskörperschaften oder internationalen Organisationen begeben oder garantiert und zu Gunsten des Fonds während der Laufzeit des Wertpapierleihvertrages gesperrt werden.

b) Der Fonds kann von Zeit zu Zeit Wertpapiere in Form von Pensionsgeschäften kaufen oder verkaufen. Dabei muss der Vertragspartner eines solchen Geschäfts eine Finanzeinrichtung erster Ordnung und auf solche Geschäfte spezialisiert sein. Während der Laufzeit eines Wertpapierpensionsgeschäfts kann der Fonds die gegenständlichen Wertpapiere nicht veräussern. Der Umfang der Wertpapierpensionsgeschäfte wird stets auf einem Niveau gehalten, das dem Fonds ermöglicht, jederzeit seinen Verpflichtungen aus solchen Geschäften nachzukommen.

9. Devisensicherung.

Zur Absicherung von Devisenrisiken kann der Fonds Devisenterminkontrakte verkaufen sowie Call-Optionen auf Devisen verkaufen und Put-Optionen auf Devisen kaufen. Die beschriebenen Operationen dürfen nur auf einem anerkannten und für das Publikum offenen Markt durchgeführt werden, dessen Funktionsweise ordnungsgemäss ist.

Der Fonds kann zu Absicherungszwecken ausserdem auch Devisen auf Termin verkaufen bzw. umtauschen im Rahmen freihändiger Geschäfte, die mit Finanzeinrichtungen erster Ordnung abgeschlossen werden, die auf diese Geschäfte spezialisiert sind.

Devisensicherungsgeschäfte setzen eine unmittelbare Verbindung zu den abgesicherten Werten voraus. Sie dürfen daher grundsätzlich die in der gesicherten Währung gehaltenen Werte weder im Hinblick auf das Volumen noch bezüglich der Restlaufzeit überschreiten.

10. Flüssige Mittel.

Der Fonds darf flüssige Mittel halten. Diese sollen grundsätzlich akzessorischen Charakter besitzen.

11. Weitere Anlagerichtlinien.

a) Die Verwaltungsgesellschaft kann sich für den Fonds solcher Techniken und Instrumente bedienen, die Wertpapiere zum Gegenstand haben, sofern die Verwendung solcher Techniken und Instrumente im Hinblick auf die ordentliche Verwaltung des Fondsvermögens geschieht. Dies gilt insbesondere für Tauschgeschäfte mit Zinssätzen, welche im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften zu Sicherungszwecken vorgenommen werden können. Solche Geschäfte sind ausschliesslich mit erstklassigen Finanzinstitutionen zulässig, die auf diese Art von Geschäften spezialisiert sind.

b) Wertpapierleerverkäufe sind nicht zulässig.

c) Das Fondsvermögen darf nicht zur festen Übernahme von Wertpapieren benutzt werden.

d) Das Fondsvermögen darf nicht in Immobilien, Edelmetallen, Edelmetallkontrakten, Waren oder Warenkontrakten angelegt werden.

e) Die Verwaltungsgesellschaft kann mit Einverständnis der Depotbank weitere Anlagebeschränkungen vornehmen, um den Bedingungen in jenen Ländern zu entsprechen, wo Anteile vertrieben werden bzw. vertrieben werden sollen.

12. Kredite und Belastungsverbote.

a) Das Fondsvermögen darf nur insoweit zur Sicherung verpfändet, übereignet bzw. abgetreten oder sonst belastet werden, als dies an einer Börse oder einem geregelten Markt oder aufgrund verbindlicher Auflagen gefordert wird.

b) Kredite dürfen bis zu einer Obergrenze von 10% des Netto-Fondsvermögens aufgenommen werden, sofern diese Kreditaufnahme nur für kurze Zeit erfolgt.

c) Im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Zeichnung nicht voll einbezahlter Wertpapiere können Verbindlichkeiten zu Lasten des Fondsvermögens übernommen werden, die jedoch zusammen mit den Kreditverbindlichkeiten gem. Buchst. b) 10% des Netto-Fondsvermögens nicht überschreiten dürfen.

d) Zu Lasten des Fondsvermögens dürfen weder Kredite gewährt noch für Dritte Bürgschaftsverpflichtungen eingegangen werden.

Art. 5. Fondsanteile. Fondsanteile werden durch Anteilzertifikate ggf. mit zugehörigen Ertragsscheinen verbrieft, die auf den Inhaber lauten, sofern im Besonderen Teil keine andere Bestimmung getroffen wurde.

Alle Fondsanteile haben gleiche Rechte.

Ausgabe und Rücknahme der Anteile sowie die Auszahlung von Ausschüttungen erfolgen bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank sowie über jede Zahlstelle.

Art. 6. Beschränkungen der Ausgabe von Anteilen. Die Verwaltungsgesellschaft kann jederzeit aus eigenem Ermessen einen Zeichnungsantrag zurückweisen oder die Ausgabe von Anteilen zeitweilig beschränken, aussetzen oder endgültig einstellen oder Anteile gegen Zahlung des Rücknahmepreises zurückkaufen, wenn dies im Interesse der Anteilinhaber, im öffentlichen Interesse, zum Schutz des Fonds oder der Anteilinhaber erforderlich erscheint.

In diesem Fall wird die Depotbank auf nicht bereits ausgeführte Zeichnungsanträge eingehende Zahlungen unverzüglich zurückzahlen.

Art. 7. Anteilwertberechnung.

1. Der Wert eines Anteils lautet auf die für den Fonds festgelegte Währung («Fondswährung»). Er wird für den Fonds unter Aufsicht der Depotbank von der Verwaltungsgesellschaft an jedem Bankarbeitstag in Luxemburg und Frankfurt am Main (im folgenden «Bewertungstag» genannt) berechnet, sofern im Besonderen Teil keine andere Bestimmung getroffen wurde.

Die Berechnung erfolgt durch Teilung des Netto-Fondsvermögens durch die Zahl der am Bewertungstag im Umlauf befindlichen Anteile des Fonds. Das Netto-Fondsvermögen wird nach folgenden Grundsätzen berechnet:

a) Wertpapiere, die an einer Börse notiert sind, werden zum letzten verfügbaren bezahlten Kurs bewertet.

b) Wertpapiere, die nicht an einer Börse notiert sind, die aber an einem anderen organisierten Wertpapiermarkt gehandelt werden, werden zu einem Kurs bewertet, der nicht geringer als der Geldkurs und nicht höher als der Briefkurs zur Zeit der Bewertung sein darf und den die Verwaltungsgesellschaft für den bestmöglichen Kurs hält, zu dem die Wertpapiere verkauft werden können.

c) Falls solche Kurse nicht marktgerecht sind oder falls für andere als die unter Buchstaben a) und b) genannten Wertpapiere keine Kurse festgelegt werden, werden diese Wertpapiere ebenso wie alle anderen Vermögenswerte zum je weiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben und allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfaren Bewertungsregeln festlegt.

d) Die flüssigen Mittel werden zu deren Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet.

e) Festgelder können zum Renditekurs bewertet werden, sofern ein entsprechender Vertrag zwischen der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank geschlossen wurde, gemäss dem die Festgelder jederzeit kündbar sind und der Renditekurs dem Realisierungswert entspricht.

f) Alle nicht auf die Fondswährung lautenden Vermögenswerte werden zum letzten Devisenmittelkurs in die Fondswährung umgerechnet.

2. Für den Fonds wird ein Ertragsausgleichskonto geführt.

3. Die Verwaltungsgesellschaft kann für umfangreiche Rücknahmeanträge, die nicht aus den liquiden Mitteln und zulässigen Kreditaufnahmen des Fonds befriedigt werden können, den Anteilwert auf der Basis der Kurse des Bewertungstags bestimmen, an dem sie für den Fonds die erforderlichen Wertpapierverkäufe vornimmt; dies gilt dann auch für gleichzeitig eingereichte Zeichnungsanträge für den Fonds.

Art. 8. Einstellung der Berechnung des Anteilwerts. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, die Berechnung des Anteilwerts zeitweilig einzustellen, wenn und solange Umstände vorliegen, die diese Einstellung erforderlich machen, und wenn die Einstellung unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilinhaber gerechtfertigt ist, insbesondere:

1. während der Zeit, in welcher eine Börse oder ein anderer geregelter Markt, wo ein wesentlicher Teil der Wertpapiere des Fonds gehandelt wird, geschlossen ist (ausser an gewöhnlichen Wochenenden oder Feiertagen) oder der Handel an dieser Börse bzw. an dem entsprechenden geregelten Markt ausgesetzt oder eingeschränkt wurde;

2. in Notlagen, wenn die Verwaltungsgesellschaft über Fondsanlagen nicht verfügen kann oder es ihr unmöglich ist, den Gegenwert der Anlagekäufe oder -verkäufe frei zu transferieren oder die Berechnung des Anteilwerts ordnungsgemäss durchzuführen.

Anleger, die ihre Anteile zum Rückkauf angeboten haben, werden von einer Einstellung der Anteilwertberechnung umgehend benachrichtigt und nach Wiederaufnahme der Anteilwertberechnung unverzüglich davon in Kenntnis gesetzt.

Art. 9. Rücknahme von Anteilen.

1. Die Anteilinhaber sind berechtigt, jederzeit die Rücknahme ihrer Anteile zu verlangen. Diese Rücknahme erfolgt nur an einem Bewertungstag gemäss Artikel 7 und wird zum Rücknahmepreis gemäss Artikel 18 getätigt. Die Zahlung des Rücknahmepreises erfolgt unverzüglich nach dem entsprechenden Bewertungstag.

2. Die Verwaltungsgesellschaft ist nach vorheriger Genehmigung durch die Depotbank berechtigt, erhebliche Rücknahmen erst zu tätigen, nachdem entsprechende Vermögenswerte des Fonds ohne Verzögerung verkauft wurden.

3. Die Depotbank ist nur insoweit zur Zahlung verpflichtet, als keine gesetzlichen Bestimmungen, z.B. devisenrechtliche Vorschriften oder andere von der Depotbank nicht beeinflussbare Umstände, die Überweisung des Rücknahmepreises in das Land des Antragstellers verbieten.

Art. 10. Abschlussprüfung. Die Jahresabschlüsse des Fonds werden von einem Wirtschaftsprüfer kontrolliert, der von der Verwaltungsgesellschaft ernannt wird.

Art. 11. Verwendung der Erträge. Der Verwaltungsrat bestimmt, ob und in welcher Höhe eine Ausschüttung für den Fonds erfolgt. Zur Ausschüttung können die ordentlichen Nettoerträge sowie realisierte Kapitalgewinne kommen. Ferner können die nicht realisierten Werterhöhungen sowie Kapitalgewinne aus den Vorjahren zur Ausschüttung gelangen. Ausschüttungen werden auf die am Ausschüttungstag ausgegebenen Anteile ausgezahlt. Ausschüttungen können ganz oder teilweise in Form von Gratisanteilen vorgenommen werden. Eventuell verbleibende Bruchteile können in bar ausgezahlt werden. Erträge, die innerhalb der in Artikel 15 festgelegten Fristen nicht abgefordert wurden, verfallen zu Gunsten des Fonds.

Art. 12. Änderungen des Verwaltungsreglements.

1. Die Verwaltungsgesellschaft kann mit Zustimmung der Depotbank das Verwaltungsreglement jederzeit ganz oder teilweise ändern.

2. Änderungen des Verwaltungsreglements werden im Mémorial veröffentlicht und treten, sofern nichts anderes bestimmt ist, fünf Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Art. 13. Veröffentlichungen.

1. Ausgabe- und Rücknahmepreise können bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und jeder Zahlstelle erfragt werden. Darüber hinaus werden die Ausgabe- und Rücknahmepreise in jedem Vertriebsland in geeigneten Medien (z.B. Internet, elektronische Informationssysteme, Zeitungen, etc.) veröffentlicht.

2. Die Verwaltungsgesellschaft erstellt für den Fonds einen geprüften Jahresbericht sowie einen Halbjahresbericht entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen des Grossherzogtums Luxemburg.

3. Prospekt und Verwaltungsreglement sowie Jahres- und Halbjahresbericht des Fonds sind für die Anteilinhaber am Sitz der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und jeder Zahlstelle erhältlich. Der Depotbankvertrag sowie die Satzung der Verwaltungsgesellschaft können am Sitz der Verwaltungsgesellschaft und bei den Zahlstellen an ihrem jeweiligen Hauptsitz eingesehen werden.

Art. 14. Auflösung des Fonds.

1. Der Fonds kann jederzeit durch die Verwaltungsgesellschaft aufgelöst werden.

2. Eine Auflösung des Fonds erfolgt in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen zwingend, unter anderem falls die Verwaltungsgesellschaft aus irgendeinem Grunde aufgelöst wird, und wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen von der Verwaltungsgesellschaft im Mémorial und in mindestens drei überregionalen Tageszeitungen, von denen eine eine Luxemburger Zeitung ist, veröffentlicht.

3. Wenn ein Tatbestand eintritt, der zur Auflösung des Fonds führt, werden die Ausgabe und der Rückkauf von Anteilen eingestellt. Die Depotbank wird den Liquidationserlös, abzüglich der Liquidationskosten und Honorare, auf Anweisung der Verwaltungsgesellschaft oder ggf. der von derselben oder von der Depotbank im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde ernannten Liquidatoren unter den Anteilinhabern des Fonds nach deren Anspruch verteilen. Netto-Liquidationserlöse, die nicht zum Abschluss des Liquidationsverfahrens von Anteilinhabern eingezogen worden sind, werden von der Depotbank nach Abschluss des Liquidationsverfahrens für Rechnung der berechtigten Anteilinhaber bei

der Caisse des Consignations in Luxemburg hinterlegt, wo diese Beträge verfallen, wenn sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist dort angefordert werden.

4. Die Anteilinhaber, deren Erben bzw. Rechtsnachfolger können weder die Auflösung noch die Teilung des Fonds beantragen.

5. Der Fonds kann durch Beschluss des Verwaltungsrates in einen anderen Fonds eingebracht werden (Fusion). Dieser Beschluss wird entsprechend den Bestimmungen des vorstehenden Absatzes 2 veröffentlicht. Die Durchführung der Fusion vollzieht sich wie eine Auflösung des einzubringenden Fonds und eine gleichzeitige Übernahme sämtlicher Vermögensgegenstände durch den aufnehmenden Fonds. Abweichend zu der Fondsauflösung (Absatz 3) erhalten die Anleger des Fonds Anteile des aufnehmenden Fonds, deren Anzahl sich auf der Grundlage des Anteilwertverhältnisses der betroffenen Fonds zum Zeitpunkt der Einbringung errechnet und ggf. einen Spitzenausgleich. Die Anleger des Fonds haben vor der tatsächlichen Fusion die Möglichkeit, aus dem betreffenden Fonds durch die Rücknahme ihrer Anteile zum Rücknahmepreis auszuscheiden, innerhalb des Monats nach Veröffentlichung des Fusionsbeschlusses durch die Verwaltungsgesellschaft. Die Durchführung der Fusion wird von Wirtschaftsprüfern des Fonds kontrolliert.

Art. 15. Verjährung und Vorlegungsfrist.

1. Forderungen der Anteilinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank können nach Ablauf von fünf Jahren nach Entstehung des Anspruchs nicht mehr gerichtlich geltend gemacht werden; davon unberührt bleibt die in Artikel 14 Absatz 3 enthaltene Regelung.

2. Die Vorlegungsfrist für Ertragsscheine beträgt fünf Jahre.

Art. 16. Anwendbares Recht, Gerichtsstand und Vertragssprache.

1. Das Verwaltungsreglement des Fonds unterliegt luxemburger Recht. Gleiches gilt für die Rechtsbeziehungen zwischen den Anteilinhabern und der Verwaltungsgesellschaft. Das Verwaltungsreglement ist bei dem Bezirksgericht in Luxemburg hinterlegt. Jeder Rechtsstreit zwischen Anteilinhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank unterliegt der Gerichtsbarkeit des zuständigen Gerichts im Gerichtsbezirk Luxemburg im Grossherzogtum Luxemburg. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank sind berechtigt, sich selbst und den Fonds der Gerichtsbarkeit und dem Recht jeden Vertriebslandes zu unterwerfen, soweit es sich um Ansprüche der Anleger handelt, die in dem betreffenden Land ansässig sind, und im Hinblick auf Angelegenheiten, die sich auf den Fonds beziehen.

2. Der deutsche Wortlaut dieses Verwaltungsreglements ist massgeblich. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank können im Hinblick auf Anteile des Fonds, die an Anleger in dem jeweiligen Land verkauft wurden, für sich selbst und den Fonds Übersetzungen in Sprachen solcher Länder als verbindlich erklären, in welchen solche Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind.

Besonderer Teil

Art. 17. Anlagepolitik. Ziel der Anlagepolitik ist die Ausrichtung zum Absolute Return.

Der Fonds wird in Aktien, fest- bzw. variabel verzinslichen Wertpapieren, Wandelanleihen und Genussscheinen investieren. Dabei wird der Fonds flexibel je nach Marktlage jeweils von 0% bis zu 100% in Aktien und/oder fest- bzw. variabel verzinslichen Wertpapieren, Wandelanleihen und Genussscheinen angelegt.

Der Fonds wird insbesondere, in Übereinstimmung mit den in Artikel 4 Absatz 6 c) und d) und Absatz 7 c) und d) genannten Anlagegrenzen, die Möglichkeit nutzen, Optionen und Finanzterminkontrakte zur Optimierung des Anlageziels einzusetzen. Bezüglich der Chancen und Risiken solcher Geschäfte wird auf Artikel 4 Absatz 6 und 7 des Verwaltungsreglements hingewiesen.

Dabei orientiert sich -nicht ausschliesslich- die Aktienausswahl am Dow Jones Euro STOXX 50 Return Index. Bei einer Laufzeit von über sechs Monaten wird vorwiegend in Staatsanleihen, bei Laufzeiten unter sechs Monaten wird in auf Euro lautenden bzw. gegen diese Währung gesicherte erstklassige Anleihen, Wandelanleihen oder sonstige verzinsliche Wertpapiere angelegt, die an Börsen oder an einem anderen geregelten Markt, der anerkannt ist, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäss ist, in einem Mitgliedstaat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gehandelt werden und mit einem Rating, das AAA und AA S&P entspricht, bewertet sind.

Das Fondsvermögen kann darüber hinaus in allen anderen zulässigen Vermögenswerten angelegt werden.

Art. 18. Fondswährung, Ausgabe- und Rücknahmepreis.

1. Die Fondswährung ist der Euro.

2. Ausgabepreis ist der Anteilwert zuzüglich eines Ausgabeaufschlags von bis zu 2,5%. Er ist zahlbar unverzüglich nach dem entsprechenden Bewertungstag. Der Ausgabepreis kann sich um Gebühren oder andere Belastungen erhöhen, die in den jeweiligen Vertriebsländern anfallen.

3. Rücknahmepreis ist der Anteilwert.

Art. 19. Anteile. Die Fondsanteile werden in Globalzertifikaten verbrieft. Ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht nicht.

Art. 20. Kosten. Der Fonds zahlt der Verwaltungsgesellschaft eine Vergütung von 1,6% p.a. auf das Netto-Fondsvermögen auf Basis des am Bewertungstag ermittelten Netto-Inventarwerts. Aus dieser Vergütung werden insbesondere die Verwaltungsgesellschaft, die Administrationsstelle, das Fondsmanagement, der Vertrieb und die Depotbank bezahlt. Die Vergütung wird dem Fonds in der Regel am Monatsende entnommen. Neben der Vergütung können die folgenden Aufwendungen dem Fonds belastet werden:

- sämtliche Steuern, welche auf die Vermögenswerte des Fonds und den Fonds selbst erhoben werden (insbesondere die taxe d'abonnement), sowie im Zusammenhang mit den Kosten der Verwaltung und Verwahrung evtl. entstehende Steuern;
- im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräusserung von Vermögensgegenständen entstehende Kosten;
- ausserordentliche Kosten (z.B. Prozesskosten), die zur Wahrnehmung der Interessen der Anteilinhaber des Fonds anfallen; die Entscheidung zur Kostenübernahme trifft im einzelnen der Verwaltungsrat und ist im Jahresbericht gesondert auszuweisen.

Art. 21. Rechnungsjahr.

Das Rechnungsjahr endet jedes Jahr am 31. Dezember, erstmals am 31. Dezember 2003. Ein erster geprüfter Rechenschaftsbericht wird zum 31. Dezember 2003 erstellt.

Art. 22. Dauer des Fonds. Die Laufzeit des Fonds ist unbefristet.

Luxemburg, den 6. August 2003.

DWS INVESTMENT S.A.

Verwaltungsgesellschaft

Unterschriften

DEUTSCHE BANK LUXEMBOURG S.A.

Depotbank

Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 14 août 2003, réf. LSO-AH02757. – Reçu 36 euros.

Le Releveur (signé): D. Hartmann.

(049122.2//381) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 août 2003.

BERENBERG EURO STRATEGIE AKTIEN FONDS IV, Fonds Commun de Placement.

VERWALTUNGSREGLEMENT

Fassung August 2003

A0rt. 1. Der Fonds.

(1) Der BERENBERG EURO STRATEGIE AKTIEN FONDS IV (der «Fonds») wurde gemäss dem ersten Teil des Luxemburger Gesetzes vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen einschliesslich nachfolgender Änderungen und Ergänzungen (das «Gesetz vom 30. März 1988») als Investmentfonds (fonds commun de placement) durch die BERENBERG LUX INVEST S.A. («die Verwaltungsgesellschaft») gegründet und unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung verwaltet.

Bei dem Fonds handelt es sich um ein rechtlich unselbständiges Gemeinschaftsvermögen aller Anteilinhaber. Das Sondervermögen wird von der Verwaltungsgesellschaft im eigenen Namen, jedoch für Rechnung der Anteilinhaber (nachstehend «Anteilinhaber» genannt) verwaltet.

(2) Die Verwaltungsgesellschaft kann gemäss Artikel 8 dieses Verwaltungsreglements Anteile in Form von Anteilbestätigungen oder in Form von auf den Inhaber lautenden Anteilzertifikaten (beide nachstehend auch «Anteilscheine» genannt) ausgeben, die einen oder mehrere Anteile des Anteilinhabers an dem Fonds verbriefen.

(3) Die Anteilinhaber sind am Vermögen des Fonds in Höhe ihrer Anteile beteiligt.

(4) Die Verwaltungsgesellschaft legt die Anlagepolitik des Fonds fest, wobei das Fondsvermögen von dem Vermögen der Verwaltungsgesellschaft getrennt verwaltet wird.

(5) Die gegenseitigen vertraglichen Rechte und Pflichten der Anteilinhaber, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank sind in diesem Verwaltungsreglement geregelt, das von der Verwaltungsgesellschaft mit Zustimmung der Depotbank erstellt wurde und dessen gültige Fassung sowie Änderungen desselben gemäss Artikel 18 des Verwaltungsreglements im Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, dem Amtsblatt des Grossherzogtums Luxemburg («Mémorial»), veröffentlicht sind.

(6) Durch den Erwerb eines Anteils erkennt der Anteilinhaber das Verwaltungsreglement sowie alle ordnungsgemäss genehmigten und veröffentlichten Änderungen desselben ausdrücklich an.

Art. 2 Die Verwaltungsgesellschaft.

(1) Verwaltungsgesellschaft des Fonds ist die BERENBERG LUX INVEST S.A., eine Aktiengesellschaft nach Luxemburger Recht mit Sitz in Luxemburg. Die Verwaltungsgesellschaft wird durch den Verwaltungsrat vertreten. Der Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft kann eines oder mehrere seiner Mitglieder und/oder Angestellte mit der täglichen Ausführung der Anlagepolitik betrauen.

Die Verwaltungsgesellschaft handelt unabhängig von der Depotbank und ausschliesslich im Interesse und für gemeinschaftliche Rechnung der Anteilinhaber. Sie ist berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen Ansprüche der Anteilinhaber gegen die Depotbank geltend zu machen. Dies schliesst die Geltendmachung dieser Ansprüche durch die Anteilinhaber nicht aus.

(2) Die Verwaltungsgesellschaft verwaltet das Fondsvermögen - vorbehaltlich der Anlagebeschränkungen in Artikel 6 des Verwaltungsreglements - im eigenen Namen, jedoch ausschliesslich im Interesse und für gemeinschaftliche Rechnung der Anteilinhaber. Die Verwaltungsbefugnis erstreckt sich auf die Ausübung aller Rechte, welche unmittelbar oder mittelbar mit den Vermögenswerten des Fonds zusammenhängen. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, entsprechend den im Verwaltungsreglement und im Verkaufsprospekt aufgeführten Bestimmungen das Vermögen des Fonds anzulegen und sonst alle Geschäfte zu tätigen, welche mittelbar oder unmittelbar mit Verwaltung der Vermögenswerte zusammenhängen.

(3) Die Verwaltungsgesellschaft legt die Anlagepolitik des Fonds unter Berücksichtigung der gesetzlichen und vertraglichen Anlagebeschränkungen fest. Der Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft kann unter eigener Verantwortung und Aufsicht, eines oder mehrere seiner Mitglieder sowie sonstige natürliche oder juristische Personen mit der Ausführung der täglichen Anlagepolitik betrauen. Sie kann unter eigener Verantwortung und auf eigene Kosten Anlageberater hinzuziehen, insbesondere sich durch einen Anlageausschuss beraten lassen.

Art. 3. Die Depotbank.

(1) Die Verwaltungsgesellschaft hat die DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG, S.A. zur Depotbank für die Vermögenswerte des Fonds ernannt. Die Funktion der Depotbank bestimmt sich nach den gesetzlichen Bestimmungen und den Regelungen dieses Verwaltungsreglements. Dabei handelt die Depotbank unabhängig von der Verwaltungsgesellschaft und ausschliesslich im Interesse der Anteilhaber.

Die DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG, S.A. ist eine Aktiengesellschaft nach dem Recht des Grossherzogtums Luxemburg und wurde am 8. März 1856 gegründet. Ihr eingetragener Sitz ist in L-2953 Luxemburg, 69, route d'Esch.

(2) Die Depotbank und die Verwaltungsgesellschaft sind berechtigt, die Depotbankbestellung jederzeit unter Berücksichtigung einer Kündigungsfrist von drei Monaten zum Monatsende unter schriftlicher Mitteilung an die andere Partei zu kündigen.

Im Falle einer Kündigung der Depotbankbestellung durch die Depotbank ist die Verwaltungsgesellschaft verpflichtet, innerhalb von zwei Monaten mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde eine andere Bank zur Depotbank zu bestellen, andernfalls die Kündigung der Depotbankbestellung notwendigerweise die Auflösung des Fonds zur Folge hat; bis dahin wird die bisherige Depotbank zum Schutz der Interessen der Anteilhaber ihren Pflichten als Depotbank vollumfänglich nachkommen.

Eine Kündigung der Depotbankbestellung durch die Verwaltungsgesellschaft hat notwendigerweise die Auflösung des Fonds gemäss Artikel 16 des Verwaltungsreglements zur Folge, sofern die Verwaltungsgesellschaft nicht zuvor eine andere Bank mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde zur Depotbank bestellt hat, welche die gesetzlichen Funktionen der vorherigen Depotbank übernimmt.

(3) Alle gesetzlich zulässigen Vermögenswerte, welche das Vermögen des Fonds darstellen, werden von der Depotbank für die Anteilhaber in gesperrten Konten oder Depots verwahrt, über die nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Verwaltungsreglements verfügt werden darf.

Die Anlage von Mitteln des Fondsvermögens in Bankguthaben bei anderen Kreditinstituten sowie Verfügungen über diese Bankguthaben bedürfen der Zustimmung der Depotbank. Sie darf einer solchen Anlage oder Verfügung nur zustimmen, wenn diese mit den gesetzlichen Bestimmungen und dem Verwaltungsreglement vereinbar ist. Die Depotbank ist verpflichtet, den Bestand der bei anderen Kreditinstituten unterhaltenen Bankguthaben zu überwachen.

Die Depotbank kann unter ihrer Verantwortung und mit dem Einverständnis der Verwaltungsgesellschaft andere Banken im Ausland und/oder Wertpapiersammelstellen mit der Verwahrung von Wertpapieren und sonstigen Vermögenswerten des Fonds beauftragen, sofern diese Wertpapiere oder sonstigen Vermögenswerte an einer ausländischen Börse oder an einem anderen im Ausland befindlichen organisierten Markt, der von staatlich anerkannten Stellen geregelt und überwacht wird, regelmässig stattfindet und für das Publikum unmittelbar oder mittelbar zugänglich ist, notiert oder gehandelt werden oder nur im Ausland lieferbar sind.

(4) Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben handelt die Depotbank unabhängig von der Verwaltungsgesellschaft und ausschliesslich im Interesse der Anteilhaber. Sie wird jedoch den Weisungen der Verwaltungsgesellschaft Folge leisten - vorausgesetzt, diese stehen in Übereinstimmung mit dem Verwaltungsreglement, dem Verkaufsprospekt und dem geltenden Recht. Sie wird entsprechend den Weisungen insbesondere:

- Anteile des Fonds auf die Zeichner gemäss Artikel 9 des Verwaltungsreglements übertragen;
- aus den gesperrten Konten den Kaufpreis für Wertpapiere, Optionen und sonstige gesetzlich zulässige Vermögenswerte zahlen, die für den Fonds erworben bzw. getätigt worden sind;
- aus den gesperrten Konten die notwendigen Einschüsse beim Abschluss von Terminkontrakten leisten;
- Wertpapiere sowie sonstige gesetzlich zulässige Vermögenswerte und Optionen, die für den Fonds verkauft worden sind, gegen Zahlung des Verkaufspreises ausliefern bzw. übertragen und Wertpapiere im Rahmen von Wertpapierleihgeschäften liefern;
- den Rücknahmepreis gemäss Artikel 10 des Verwaltungsreglements gegen Empfang der entsprechenden Anteile auszahlen.

(5) Ferner wird die Depotbank dafür sorgen, dass:

(a) alle Vermögenswerte des Fonds unverzüglich auf den gesperrten Konten bzw. Depots eingehen, insbesondere der Kaufpreis aus dem Verkauf von Vermögenswerten, anfallende Erträge und von Dritten zu zahlende Optionsprämien und Entgelte für Wertpapierleihgeschäfte sowie eingehende Zahlungen des Ausgabepreises abzüglich der Verkaufsprovision und jeglicher eventueller Ausgabesteuern unverzüglich auf den gesperrten Konten des Fonds verbucht werden;

(b) der Verkauf, die Ausgabe, die Rücknahme, die Auszahlung und die Entwertung der Anteile, die für Rechnung des Fonds vorgenommen werden, den gesetzlichen Vorschriften und dem Verwaltungsreglement gemäss erfolgt;

(c) die Berechnung des Inventarwertes den gesetzlichen Vorschriften und dem Verwaltungsreglement gemäss erfolgt;

(d) bei allen Geschäften, die sich auf das Fondsvermögen beziehen, der Gegenwert innerhalb der üblichen Fristen bei ihr eingeht;

(e) die Erträge aus dem Fondsvermögen gemäss dem Verwaltungsreglement verwendet werden;

(f) börsennotierte Wertpapiere höchstens zum Tageskurs gekauft und mindestens zum Tageskurs verkauft werden, wenn dies in Ausübung eines einem Dritten eingeräumten Wertpapieroptionsrechts geschieht;

(g) nicht an einer Börse notierte Wertpapiere, verbriefte Rechte und Optionen höchstens zu einem Preis erworben werden, der unter Berücksichtigung der Bewertungsregeln nach Artikel 11 des Verwaltungsreglements angemessen ist, und die Gegenleistung im Falle der Veräusserung dieser Vermögenswerte den zuletzt ermittelten Wert nicht oder nur unwesentlich unterschreitet;

(h) die gesetzlichen und vertraglichen Beschränkungen bezüglich des Kaufs und Verkaufs von Optionen und Finanzinstrumenten eingehalten werden.

(6) Auf Weisung der Verwaltungsgesellschaft entnimmt die Depotbank den gesperrten Konten des Fonds nur die im Verwaltungsreglement festgesetzte Vergütung für die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank, sowie die in Artikel 14 aufgeführten sonstigen zu Lasten des Fondsvermögens zu zahlenden Kosten und Gebühren.

(7) Soweit gesetzlich zulässig, ist die Depotbank berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen.

(a) Ansprüche der Anteilinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder eine frühere Depotbank geltend zu machen;

(b) gegen Vollstreckungsmassnahmen von Dritten Widerspruch zu erheben und vorzugehen, wenn wegen eines Anspruchs vollstreckt wird, für den das Fondsvermögen nicht haftet.

Die vorstehend unter (a) aufgeführte Regelung schliesst die Geltendmachung von Ansprüchen gegen die Verwaltungsgesellschaft durch die Anteilinhaber nicht aus.

Art. 4. Die Register- und Transferstelle. Die Verwaltungsgesellschaft hat FIRST EUROPEAN TRANSFER AGENT, S.A. mit eingetragenem Sitz in L-1445 Strassen, 5, rue Thomas Edison, zur Register- und Transferstelle des Fonds bestellt. Der Vertrag ist auf unbestimmte Zeit abgeschlossen ist und von beiden Vertragsparteien unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Monatsende gekündigt werden kann.

FIRST EUROPEAN TRANSFER AGENT, S.A. ist ein von der DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG, S.A. beherrschtes Unternehmen, das am 30. März 1994 als Aktiengesellschaft auf unbestimmte Zeit im Grossherzogtum Luxemburg mit Aktienkapital von LUF 50 Millionen gegründet wurde.

Art. 5 Anlagepolitik.

(1) Hauptziel der Anlagepolitik des Fonds ist die Erwirtschaftung einer angemessenen Rendite mittels Investitionen in Unternehmen, welche eine aussichtsreiche Wachstumsrate bei angemessener Ertragskraft, solider Finanzstruktur und erfolgreichem Management aufweisen.

(2) Das Fondsvermögen muss überwiegend bestehen aus voll eingezahlten Aktien und/oder Genusscheinen bzw. festverzinslichen Wertpapieren, die in einem Staat ausserhalb des Europäischen Wirtschaftsraums an einer Börse zum amtlichen Handel zugelassen oder in einem Staat des Europäischen Wirtschaftsraums in einen organisierten Markt, der von staatlich anerkannten Stellen geregelt und überwacht wird, regelmässig stattfindet und für das Publikum unmittelbar oder mittelbar zugänglich ist, einbezogen sind.

Zu diesem Zweck ist beabsichtigt, das Fondsvermögen unter Einhaltung der in diesem Verwaltungsreglement niedergelegten Richtlinien und Beschränkungen der Anlagepolitik nach dem Grundsatz der Risikostreuung in Aktien und/oder Genusscheinen, festverzinslichen Wertpapieren, zu einem geringen Teil in Wandel- und Optionsanleihen mit Optionscheinen auf Wertpapiere, in Optionsscheinen auf Wertpapiere sowie in sonstigen zulässigen Vermögenswerten anzulegen. Daneben kann der Fonds flüssige Mittel halten.

(3) Im Hinblick auf eine ordentliche Verwaltung des Fondsvermögens sowie zur Deckung von Währungsrisiken und unter Berücksichtigung der in Artikeln 6 und 7 dieses Verwaltungsreglements enthaltenen Beschränkungen darf der Fonds im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und Einschränkungen Techniken und Instrumente, die Wertpapiere zum Gegenstand haben oder die zur Deckung von Währungs- und Zinsrisiken dienen einsetzen. Der Handel mit Techniken und Instrumenten ist im Vergleich zu den traditionellen Anlagemöglichkeiten weitaus höheren Risiken ausgesetzt.

(4) Die Vermögenswerte des Fondsvermögens werden überwiegend auf Währungen des europäischen Währungsraumes lauten.

Art. 6 Anlagebeschränkungen und Risikostreuung.

(1) Die Verwaltungsgesellschaft darf Wertpapiere erwerben, wenn:

(1.1) sie in einem Staat ausserhalb des Europäischen Wirtschaftsraums zum amtlichen Handel zugelassen oder in einem Staat des Europäischen Wirtschaftsraums in einen organisierten Markt einbezogen sind, der von staatlich anerkannten Stellen geregelt und überwacht wird, regelmässig stattfindet und für das Publikum unmittelbar oder mittelbar zugänglich ist («organisierter Markt»);

(1.2) sie an einer der im Anhang I und II zum Verkaufsprospekt aufgeführten Börsen zum amtlichen Handel zugelassen sind

(1.3) ihre Zulassung an einer der genannten Börsen zum amtlichen Handel oder ihre Einbeziehung in einen organisierten Markt nach den Ausgabebedingungen beantragt ist und die Zulassung oder Einbeziehung innerhalb eines Jahres nach ihrer Ausgabe erfolgt.

(2) Die Verwaltungsgesellschaft darf für den Fonds:

(2.1) bis zu 10% des Netto-Fondsvermögens in anderen Wertpapieren als solchen, die unter Punkt (1) oben aufgezählt sind, anlegen;

(2.2) bis zu 10% des Netto-Fondsvermögens in verbrieften Rechten anlegen, welche ihren Merkmalen nach (insbesondere durch ihre Übertragbarkeit, Veräusserbarkeit und periodische Bewertbarkeit) Wertpapieren gleichgestellt werden können;

In den unter (2.1) und (2.2) oben genannten Werten dürfen jedoch zusammen höchstens 10% des Netto-Fondsvermögens angelegt werden.

(2.3) sich nach Massgabe der Anlagebeschränkungen der Techniken und Instrumente bedienen, die Wertpapiere zum Gegenstand haben, sofern der Einsatz dieser Techniken und Instrumente im Hinblick auf eine ordentliche Verwaltung des Fondsvermögens geschieht;

(2.4) neben den Wertpapieren und sonstigen gesetzlich zulässigen Vermögenswerten flüssige Mittel zu einem Anteil von 49% des Netto-Fondsvermögens in einer normal frei konvertiblen Währung halten oder als Festgelder bei Banken anlegen. Regelmässig gehandelte Geldmarktpapiere mit einer Restlaufzeit von bis zu 12 Monaten werden zu diesem Zweck als flüssige Mittel angesehen;

(2.5) im Rahmen der Verwaltung des Fondsvermögens Techniken und Instrumente zur Deckung von Währungsrisiken nutzen;

(2.6) bis zu 5% des Netto-Fondsvermögens in Anteilen anderer OGAW im Sinne der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaft vom 20. Dezember 1985 (85/611/EWG) investieren; Anteile an OGAW, die von der Verwaltungsgesellschaft selbst oder von einer anderen Gesellschaft verwaltet werden, die mit der Verwaltungsgesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, können nur erworben werden, sofern die OGAW ihre Anlagepolitik auf spezifische wirtschaftliche oder geographische Bereiche konzentrieren. Die Verwaltungsgesellschaft wird keine Kosten für Anlagen berechnen, die in derart verbundenen OGAW erfolgen.

(3) Dagegen darf die Verwaltungsgesellschaft nicht:

(3.1) in Wertpapieren ein- und desselben Emittenten über die nachfolgenden Grenzen des Netto-Fondsvermögens hinaus anlegen:

(a) 10% des Netto-Fondsvermögens in Wertpapieren ein- und desselben Emittenten, wobei der Gesamtwert der Wertpapiere von Emittenten, in deren Wertpapieren jeweils mehr als 5% des Wertes des Netto-Fondsvermögens angelegt sind, 40% des Wertes des Netto-Fondsvermögens nicht übersteigen darf;

(b) die unter (a) angegebene Grenze von 10% wird auf 25% angehoben werden bezüglich der Schuldverschreibungen, die von einem Kreditinstitut ausgegeben werden, welches seinen Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union (ein «EU-Mitgliedstaat») hat und einer gesetzlichen, die Schuldverschreibungsinhaber besonders schützende öffentliche Aufsicht unterliegt. Insbesondere müssen die aus dieser Emission stammenden Beträge entsprechend dem Gesetz in Vermögenswerten angelegt werden, die während der gesamten Laufzeit der Wertpapiere die sich daraus ergebenden Verpflichtungen decken und die im Konkursfall des Emittenten vorrangig zur Rückzahlung des Kapitals und zur Zahlung der aufgelaufenen Zinsen verwendet werden. Jedoch darf der Gesamtwert der Schuldverschreibungen solcher Emittenten, in deren Schuldverschreibungen mehr als 5% des Netto-Fondsvermögens angelegt sind, 80% des Netto-Fondsvermögens nicht übersteigen;

(c) die unter (a) angegebene Grenze von 10% wird auf 35% angehoben werden, wenn die Wertpapiere von einem EU-Mitgliedstaat oder seinen Gebietskörperschaften, von einem anderen Mitgliedstaat der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (ein «OECD-Mitgliedstaat») oder von internationalen Organisationen öffentlich rechtlichen Charakters, denen mindestens ein EU-Mitgliedstaat angehört, begeben oder garantiert werden;

(d) die unter (b) und (c) genannten Wertpapiere werden für die Berechnung der unter (a) angegebenen 40%-Grenze nicht in Betracht gezogen;

(e) die unter (a), (b) und (c) vorgesehenen Grenzen dürfen nicht kumuliert werden, folglich dürfen die entsprechend (3.1) durchgeführten Anlagen in Wertpapieren ein und desselben Emittenten insgesamt 35% des Netto-Fondsvermögens des Fonds nicht überschreiten;

(f) die Verwaltungsgesellschaft kann ermächtigt werden, unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung bis zu 100% des Netto-Fondsvermögens in Wertpapieren verschiedener Emissionen anzulegen, die von einem Mitgliedstaat der EU, dessen Gebietskörperschaften, von einem anderen Mitgliedstaat der OECD oder von internationalen Organisationen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen wenigstens ein Mitgliedstaat der EU angehört, begeben oder garantiert werden, die im Rahmen von mindestens sechs verschiedenen Emissionen begeben worden sind, wobei Wertpapiere aus ein- und derselben Emission 30% des Netto-Fondsvermögens nicht überschreiten dürfen.

(3.2) Die Verwaltungsgesellschaft kann während eines Zeitraumes von sechs Monaten nach der Zulassung des Fonds von den unter (3.1)(a) bis (3.1)(d) vorgesehenen Grenzen unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung abweichen.

(3.3) Ferner darf die Verwaltungsgesellschaft für den Fonds nicht:

(a) Aktien erwerben, die mit einem Stimmrecht verbunden sind, das es der Verwaltungsgesellschaft ermöglicht, für den Fonds einen nennenswerten Einfluss auf die Geschäftsführung des Emittenten auszuüben;

(b) mehr als 10% der stimmrechtslosen Aktien ein- und desselben Emittenten erwerben;

(c) mehr als 10% der Schuldverschreibungen ein- und desselben Emittenten erwerben;

(d) mehr als 10% der Anteile eines Organismus für gemeinsame Anlagen («OGA») erwerben;

(e) Kredite gewähren oder für Dritte als Bürge eintreten;

(f) Kredite aufnehmen, es sei denn, für kurze Zeit und bis zur Höhe von 10% des Netto-Fondsvermögens;

(g) irgendwelche Vermögenswerte verpfänden oder belasten, zur Sicherung übereignen oder zur Sicherung abtreten, es sei denn im Rahmen von Kreditaufnahmen gemäss (f); usance-gemässe Einschüsse bei Options- und ähnlichen Geschäften bleiben hiervon unberührt;

(h) Waren oder Warenkontrakte erwerben oder verkaufen;

(i) Edelmetalle oder Edelmetallzertifikate erwerben;

(j) in Immobilien anlegen;

(k) Leerverkäufe von Wertpapieren tätigen.

(3.4) Die unter (3.3)(c) und (3.3)(d) vorgesehene Grenze braucht beim Erwerb nicht eingehalten zu werden, wenn sich der Bruttobetrag der Schuldverschreibungen oder der Nettobetrag der ausgegebenen Anteile zum Zeitpunkt des Erwerbs nicht berechnen lässt.

(3.5) Die unter (3.3)(a) bis (3.3)(d) angeführten Grenzen sind nicht anzuwenden auf:

(a) Wertpapiere, die von einem EU-Mitgliedstaat oder dessen Gebietskörperschaften begeben oder garantiert werden, die von einem anderen OECD-Mitgliedstaat begeben oder garantiert werden, oder die von internationalen Organisationen öffentlich-rechtlichen Charakters begeben werden, denen mindestens ein EU-Mitgliedstaat angehört;

(b) Aktien, welche die Verwaltungsgesellschaft für den Fonds an dem Kapital einer Gesellschaft eines Staates ausserhalb der EU besitzt, die ihr Vermögen im wesentlichen in Wertpapieren von Emittenten anlegt, die in diesem Staat ansässig sind, wenn eine derartige Beteiligung für den Fonds aufgrund der Rechtsvorschriften dieses Staates die einzige Möglichkeit darstellt, Anlagen in Wertpapieren von Emittenten dieses Staates zu tätigen. Die Ausnahmeregelung gilt jedoch nur unter der Voraussetzung, dass die Gesellschaft des Staates ausserhalb der EU in ihrer Anlagepolitik die in Artikel 6 Abs. (3.1)(a) bis (3.1)(f) und (3.3)(a) bis (3.3)(f) festgelegten Grenzen beachtet. Bei Überschreitungen der in Artikel 6 Abs. (3.1)(a) bis (3.1)(f) vorgesehenen Grenzen findet Artikel 46 des Gesetzes vom 30. März 1988 sinngemäss Anwendung.

(4) Die Verwaltungsgesellschaft kann geeignete Verfügungen treffen und mit Einverständnis der Depotbank Änderungen der Anlagebeschränkungen und anderer Teile des Verwaltungsreglements vornehmen sowie weitere Anlagebeschränkungen aufnehmen, die erforderlich sind, um den Bedingungen in jenen Ländern zu entsprechen, in denen Anteile vertrieben werden bzw. vertrieben werden sollen.

(5) Die in diesem Artikel genannten Beschränkungen beziehen sich auf den Zeitpunkt des Erwerbs der Wertpapiere. Werden die Prozentsätze nachträglich durch Kursentwicklungen oder aus anderen Gründen als durch Zukäufe überschritten, so wird die Verwaltungsgesellschaft unverzüglich unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilinhaber eine Rückführung in den vorgegebenen Rahmen anstreben.

Art. 7. Techniken und Instrumente. Die Verwaltungsgesellschaft darf sich nach Massgabe der Anlagebeschränkungen für den Fonds folgender Techniken und Instrumente bedienen, die Wertpapiere zum Gegenstand haben, sofern die Verwendung dieser Techniken und Instrumente im Hinblick auf eine ordentliche Verwaltung des Fondsvermögens geschieht.

(1) Optionsgeschäfte.

Eine Option ist das Recht, einen bestimmten Vermögenswert zu einem festgelegten Kurs oder Preis innerhalb eines festgelegten Zeitraums in der Zukunft zu kaufen oder zu verkaufen. Die Verwaltungsgesellschaft kann für den Fonds Kauf- oder Verkaufsoptionen auf Wertpapiere, Indices, Finanzterminkontrakte und sonstige Finanzinstrumente erwerben und verkaufen sowie Optionsscheine auf Indices erwerben, sofern diese Optionen oder Optionsscheine entweder auf einem geregelten Markt gehandelt werden, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäss ist («geregelter Markt») oder vorausgesetzt, dass in dem Falle, in dem solche Optionen freihändig gehandelt werden («over-the-counter» - oder «OTC-Optionen»), die entsprechende Vertragspartner des Fonds erstklassige auf derartige Geschäfte spezialisierte Finanzinstitute sind.

Die Verwaltungsgesellschaft muss für den Fonds folgende Richtlinien einhalten:

(a) Der Gesamtbetrag der beim Erwerb von Kauf- und Verkaufsoptionen gezahlten Optionsprämien oder beim Erwerb von Optionsscheinen auf Indices gezahlten Kaufpreis sowie der in Absatz (2.2) unten aufgeführten Optionsprämien auf Finanzinstrumente darf grundsätzlich 15% des Netto-Fondsvermögens nicht überschreiten.

(b) Die gesamten Verpflichtungen aus dem Verkauf von Kauf- und Verkaufsoptionen (mit Ausnahme des Verkaufs von Kaufoptionen, für die eine angemessene Deckung vorhanden ist) sowie die gesamten Verpflichtungen aus den in Absatz (2.2) unten aufgeführten Transaktionen dürfen zu keiner Zeit das Netto-Fondsvermögen überschreiten. In diesem Zusammenhang entsprechen die eingegangenen Verpflichtungen aus dem Verkauf von Kauf- und Verkaufsoptionen dem Gesamtbetrag der bei der Ausübung dieser Optionen geltenden Preise.

(c) Wenn die Verwaltungsgesellschaft für den Fonds Kaufoptionen verkauft, muss sie zum Zeitpunkt des Verkaufs die zugrundeliegenden Wertpapiere, gleichwertige Kaufoptionen oder andere Instrumente (z.B. Optionsscheine) als ausreichende Deckung im Bestand haben. Die Deckung für veräusserte Kaufoptionen kann während der Laufzeit der Option nicht veräussert werden, es sei denn, es ist eine gleichwertige Deckung in Form von Optionen oder anderen Instrumenten vorhanden, die demselben Zweck dienen.

(d) Wenn die Verwaltungsgesellschaft für den Fonds Verkaufsoptionen verkauft, muss sie während der gesamten Laufzeit der Optionen eine angemessene Deckung in der Form von ausreichenden Barmitteln bereithalten, um die Zahlung für die Wertpapiere, die dem Fonds von der Gegenpartei bei Ausübung der Optionen zu liefern sind, gewährleisten zu können.

(2) Finanztermingeschäfte.

Unter Finanztermingeschäften versteht man in diesem Zusammenhang den Handel mit Kontrakten auf den zukünftigen Wert von Wertpapieren, Indices, Zinsen, Devisen oder anderen Finanzinstrumenten. Die Verwaltungsgesellschaft kann für den Fonds Finanzterminkontrakte als Zinsterminkontrakte sowie als Kontrakte auf Indices kaufen und verkaufen, soweit diese Finanzterminkontrakte an hierfür vorgesehenen Börsen oder anderen geregelten Märkten gehandelt werden. Durch den Handel mit Finanzterminkontrakten kann die Verwaltungsgesellschaft bestehende Aktien- und Rentenpositionen gegen Kursverluste absichern. Die Verwaltungsgesellschaft kann Finanzterminkontrakte auf den zukünftigen Wert von Wertpapieren, Indices oder Zinsen auch zu anderen als zu Absicherungszwecken kaufen und verkaufen.

(2.1) Sicherungsgeschäfte («hedging»).

Unter «hedging» versteht man die Absicherung einer bekannten, in der Zukunft liegenden Verpflichtung.

(a) Als globale Absicherung gegen das Risiko ungünstiger Marktentwicklungen können für den Fonds Terminkontrakte auf Börsenindices verkauft werden. Zum gleichen Zweck können für den Fonds Kaufoptionen auf Börsenindices verkauft und Verkaufsoptionen auf Börsenindices gekauft werden. Das Ziel dieser Sicherungsgeschäfte gründet auf der Annahme, dass zwischen der Zusammensetzung des jeweils verwendeten Index und für den Fonds jeweils verwalteten Wertpapierbeständen ein hinreichender Zusammenhang besteht.

Die Gesamtverpflichtungen aus Terminkontrakten und Optionen auf Börsenindices dürfen den Börsenwert der Wertpapiere nicht überschreiten, die für den Fonds auf dem diesem Index entsprechenden Markt gehalten werden.

(b) Als globale Absicherung gegen Risiken aus Zinsschwankungen können für den Fonds Terminkontrakte auf Zinssätze verkauft werden. Mit dem gleichen Ziel können für den Fonds Kaufoptionen auf Zinssätze verkauft und Verkaufsoptionen auf Zinssätze gekauft werden. Darüber hinaus können im Rahmen freihändiger Geschäfte mit dem gleichen Zweck Zinstauschgeschäfte (Zins-Swaps) und Zinssicherungsvereinbarungen (forward rate agreements) getätigt werden, vorausgesetzt, dass derartige Geschäfte mit Finanzinstituten erstklassiger Bonität getätigt werden, die sich auf diese Art von Geschäften spezialisiert haben.

Die Gesamtverpflichtungen aus Finanzterminkontrakten, Optionskontrakten, forward rate agreements und Zins-Swaps dürfen den Gesamtwert der zu sichernden Vermögenswerte des Fonds in der Währung dieser Kontrakte nicht überschreiten.

(2.2) Anlagepositionen.

Anlagepositionen basieren auf den prognostizierten zukünftigen Entwicklungen auf den Finanzmärkten. In diesem Zusammenhang und mit Ausnahme von Optionskontrakten auf Wertpapiere (vgl. dazu Absatz (1)) sowie Devisenterminkontrakten können für den Fonds, zu Zwecken, die ausserhalb von Sicherungsgeschäften liegen, Termin- und Optionskontrakte auf alle Finanzinstrumente gekauft und verkauft werden, sofern die gesamten Verpflichtungen aus der Veräusserung von Kauf- und Verkaufsoptionen auf Wertpapiere und Börsenindices zu keiner Zeit das Netto-Fondsvermögen überschreiten.

Verkäufe von Kaufoptionen auf Wertpapiere, die für eine angemessene Deckung vorhanden ist, sind in die Berechnung der vorgesehenen Gesamtverpflichtungen nicht einbezogen.

In diesem Zusammenhang gilt für die Verpflichtungen aus Transaktionen, die nicht im Zusammenhang mit Optionen auf Wertpapiere stehen, folgende Definition:

(a) die Verpflichtungen aus Terminkontrakten entsprechen dem Liquidationswert der Nettoposition von Kontrakten im Zusammenhang mit identischen Finanzinstrumenten (nach Saldierung der Kauf- und Verkaufspositionen), und zwar ohne Berücksichtigung der jeweiligen Fälligkeitstermine, und

(b) die Verpflichtungen im Zusammenhang mit gekauften und verkauften Optionen entsprechen der Summe der bei Ausübung dieser Optionen geltenden Preise entsprechend der Netto-Verkaufsposition im Zusammenhang mit demselben zugrundeliegenden Vermögenswert, und zwar ohne Berücksichtigung der jeweiligen Fälligkeitstermine. Der Gesamtbetrag der beim Erwerb von Kauf- und Verkaufspositionen gemäss vorstehenden Richtlinien gezahlten Optionsprämien einschliesslich des Gesamtbetrages der für den Kauf von Kauf- und Verkaufsoptionen auf Wertpapiere nach Massgabe der Richtlinien unter Absatz (1) gezahlten Optionsprämien darf 15% des Netto-Fondsvermögens nicht überschreiten.

(3) Wertpapierleihe.

Im Rahmen eines standardisierten Wertpapierleihsystems können bis zu 50% der im Fondsvermögen befindlichen Wertpapiere auf höchstens 30 Tage verliehen werden. Voraussetzung ist, dass dieses Wertpapierleihsystem durch einen anerkannten Abrechnungsorganismus oder durch ein auf solche Geschäfte spezialisiertes Finanzinstitut erster Ordnung organisiert ist.

Die Wertpapierleihe kann mehr als 50% des Wertpapierbestandes erfassen, sofern dem Fonds das Recht eingeräumt ist, den Wertpapierleihvertrag jederzeit zu kündigen und die verliehenen Wertpapiere zurückzuverlangen.

Der Fonds muss im Rahmen der Wertpapierleihe grundsätzlich eine Garantie erhalten, deren Gegenwert zur Zeit des Vertragsabschlusses mindestens dem Gesamtwert der verliehenen Wertpapiere entspricht. Diese Garantie kann in flüssigen Mitteln bestehen oder in Wertpapieren, die durch Mitgliedstaaten der OECD, deren Gebietskörperschaften oder supranationalen Organismen begeben oder garantiert und zugunsten des Fonds während der Laufzeit des Wertpapierleihvertrages gesperrt werden.

Einer Garantie bedarf es nicht, sofern die Wertpapierleihe im Rahmen von Clearstream, Euroclear oder einem sonstigen anerkannten Abrechnungsorganismus stattfindet, der selbst zu Gunsten des Verleihers der verliehenen Wertpapiere mittels einer Garantie oder auf andere Weise Sicherheiten leistet.

(4) Pensionsgeschäfte.

Die Verwaltungsgesellschaft kann sich für den Fonds von Zeit zu Zeit an Pensionsgeschäften beteiligen, die in Käufen und Verkäufen von Wertpapieren bestehen, bei denen die Vereinbarungen dem Verkäufer das Recht oder die Pflicht einräumen, die verkauften Papiere vom Erwerber zu einem bestimmten Preis und innerhalb einer Frist zurückzukaufen, die zwischen den beiden Parteien bei Vertragsabschluss vereinbart wurden.

Der Fonds kann bei Pensionsgeschäften entweder als Käufer oder als Verkäufer auftreten. Eine Beteiligung an solchen Geschäften unterliegt jedoch folgenden Richtlinien:

(a) Wertpapiere dürfen im Rahmen eines Pensionsgeschäftes nur gekauft oder verkauft werden, wenn es sich bei der Gegenpartei um ein Finanzinstitut erstklassiger Bonität handelt, das sich auf diese Art von Geschäften spezialisiert hat.

(b) Während der Laufzeit eines Pensionsgeschäftes dürfen die vertragsgegenständlichen Wertpapiere vor Ausübung des Rechts auf den Rückkauf dieser Wertpapiere oder vor Ablauf der Rückkauffrist nicht veräussert werden.

Es muss zusätzlich sichergestellt werden, dass der Umfang der Verpflichtungen bei Pensionsgeschäften so gestaltet ist, dass die Verwaltungsgesellschaft für den Fonds ihre Verpflichtungen zur Rücknahme von Anteilen des Fonds jederzeit nachkommen kann.

(5) Absicherung von Währungsrisiken.

Um die gegenwärtigen und zukünftigen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Fonds gegen Währungsschwankungen abzusichern, kann die Verwaltungsgesellschaft Devisenterminkontrakte kaufen oder verkaufen, sofern diese Devisenterminkontrakte an einem geregelten Markt gehandelt werden. Darüber hinaus kann die Verwaltungsgesellschaft für den Fonds Währungsoptionen kaufen oder verkaufen, die entweder an einem geregelten Markt gehandelt werden oder als OTC-Optionen im Sinne von Absatz (1) dieses Artikels gelten, sofern im letzteren Falle die entsprechenden Vertragspartner des Fonds erstklassige, auf solche Geschäfte spezialisierte Finanzinstitute sind.

Mit dem gleichen Ziel kann die Verwaltungsgesellschaft im Rahmen von freihändigen Vereinbarungen mit Finanzinstituten erstklassiger Bonität, die sich auf diese Art von Geschäften spezialisiert haben, Devisen auf Termin kaufen bzw. verkaufen oder Devisen-Swap-Geschäfte tätigen.

Das mit den vorgenannten Geschäften angestrebte Ziel der Deckung setzt das Bestehen eines direkten Zusammenhangs zwischen der beabsichtigten Transaktion und den zu sichernden Vermögenswerten und Verbindlichkeiten voraus und impliziert, dass Transaktionen in einer bestimmten Währung den Gesamtwert dieser Vermögenswerte und Verbindlichkeiten prinzipiell nicht überschreiten und im Hinblick auf ihre Laufzeit den Zeitraum nicht überschreiten dürfen, für den die jeweiligen Vermögenswerte gehalten oder voraussichtlich erworben werden bzw. für den die jeweiligen Verbindlichkeiten eingegangen wurden oder voraussichtlich eingegangen werden.

Art. 8. Anteile am Fonds.

(1) Anteile am Fonds werden generell in zertifikatloser Form, belegt durch eine bei Ausgabe von Anteilen ausgestellte Anteilbestätigung, nach Zahlung des Ausgabepreises an die Depotbank ausgegeben. In diesem Fall werden die Anteile bis auf Tausendstel Anteile zugeteilt und in ein auf den Namen lautenden Registerdepot/Anteilsregister bei der Gesellschaft eingetragen.

Die Verwaltungsgesellschaft behält sich vor, bei verstärkter Nachfrage seitens der Anleger über die Depotbank auf den Inhaber lautende Anteilzertifikate über ganze Anteile ausstellen. Die anfallenden Kosten werden dabei dem Zeichner in Rechnung gestellt. Die Zertifikate der Inhaberanteile (Anteilzertifikate) werden in Stückelungen zu 1, 10, 100, 1.000 und 10.000 Anteilen geliefert. Im Falle mehrerer gemeinschaftlicher Anleger erfolgt die Lieferung an den im Zeichnungsantrag erstgenannten Anleger.

Für Anteile können auch Sammelurkunden ausgestellt werden. Im Verkaufsprospekt können für die Ausgabe von Anteilen zusätzliche Bestimmungen enthalten sein, bzw. die Lieferung von Anteilzertifikaten ausgeschlossen werden.

(2) Jedes Anteilzertifikat trägt die handschriftlichen oder vervielfältigten Unterschriften der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank, welche durch Faksimileunterschriften ersetzt werden können.

(3) Die Anteilzertifikate sind übertragbar. Mit der Übertragung eines Anteilzertifikats gehen die darin verbrieften Rechte über. Der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank gegenüber gilt in jedem Fall der Inhaber des Anteilzertifikates - ggf. mit den entsprechenden Coupons versehen - als der Berechtigte.

(4) Alle Anteile haben grundsätzlich gleiche Rechte.

Art. 9 Ausgabe von Anteilen.

(1) Jede natürliche oder juristische Person kann vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Artikels Anteile am Fonds bei der Verwaltungsgesellschaft, bei der Depotbank oder durch Vermittlung Dritter erwerben. Nach Ablauf der Erstausgabefrist werden die Anteile des Fonds an jedem Bewertungstag und zu dem hierzu entsprechenden Ausgabepreis zum Verkauf angeboten und ausgegeben.

(2) Zeichnungsanträge, welche bis spätestens 12.00 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Bewertungstag (wie in Artikel 11 (2) definiert) bei der Verwaltungsgesellschaft eingegangen sind, werden zum Ausgabepreis dieses Bewertungstages abgerechnet. Zeichnungsanträge, welche nach 12.00 Uhr (Luxemburger Zeit) bei der Verwaltungsgesellschaft eingehen, werden zum Ausgabepreis des nächsten Bewertungstages abgerechnet.

(3) Der Anteilszeichner hat als Preis einen Betrag (den «Ausgabepreis») zu zahlen, der dem Inventarwert pro Anteil gemäss Artikel 11 des Verwaltungsreglements des entsprechenden Bewertungstages, zuzüglich einer Verkaufsprovision zugunsten der Vertriebsstelle von bis zu 5% auf den Inventarwert pro Anteil entspricht. Der Ausgabepreis ist in Euro innerhalb von zwei Bankarbeitstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag zahlbar.

Der Ausgabepreis kann sich um Gebühren, Ausgabesteuern, Stempelgebühren oder andere Belastungen erhöhen, die in den jeweiligen Vertriebsländern anfallen.

(4) Die Anteile werden den Anlegern unverzüglich nach Eingang des Ausgabepreises bei der Depotbank im Auftrag der Verwaltungsgesellschaft von der Depotbank zugeteilt und durch die Übersendung von Anteilbestätigungen bzw. - auf besonderen Wunsch - durch die Ausstellung von Anteilzertifikaten gemäss Artikel 8 des Verwaltungsreglements in entsprechender Höhe übertragen. Die Anzahl der ausgegebenen Anteile ist grundsätzlich nicht beschränkt.

Im Falle gemeinsamer Anleger und sofern keine gegenteilige Weisung vorliegt, ist die Verwaltungsgesellschaft bzw. die Depotbank berechtigt, die Anteile dem im Zeichnungsantrag erstgenannten Antragsteller zuzuteilen.

(5) Die Verwaltungsgesellschaft kann die Zeichnung von Anteilen Bedingungen unterwerfen sowie Zeichnungsfristen und Mindestzeichnungsbeträge festlegen, die dann im Verkaufsprospekt angegeben werden.

(6) Die Verwaltungsgesellschaft kann ferner jederzeit nach eigenem Ermessen einen Zeichnungsantrag ganz oder teilweise zurückweisen oder die Ausgabe von Anteilen zeitweilig beschränken, aussetzen, limitieren oder endgültig einstellen.

len, soweit dies im Interesse der Gesamtheit der Anteilinhaber, zum Schutz der Verwaltungsgesellschaft, zum Schutz des Fonds oder im Interesse der Anlagepolitik erforderlich erscheint.

Zudem hat die Verwaltungsgesellschaft jederzeit das Recht Anteile, die unter Nichtbeachtung dieses Artikels erworben wurden oder sonst von Anteilhabern gehalten werden, welche vom Erwerb oder Besitz von Anteilen ausgeschlossen sind, über die Depotbank zurückzuzahlen.

(7) Die Verwaltungsgesellschaft wird auf nicht ausgeführte oder zurückgewiesene Zeichnungsanträge eingehende Zahlungen unverzüglich über die Depotbank zurückzahlen.

(8) In Übereinstimmung mit den anwendbaren Gesetzen ist die Verwaltungsgesellschaft jederzeit dazu berechtigt, als Gegenstück zur Einbringung von Vermögenssachwerten voll eingezahlte Anteile auszugeben, vorausgesetzt, diese Vermögenssachwerte entsprechen den Anlagebeschränkungen und Anlagepolitik des Fonds. Der Wert solcher Vermögenssachwerte wird durch den Wirtschaftsprüfer des Fonds anhand eines speziellen Prüfungsberichts und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen, die bei der Berechnung des Netto-Inventarwertes des Vermögens des Fonds angewandt werden, festgelegt.

Art. 10. Rücknahme von Anteilen.

(1) Nach Ablauf der Erstaussgabefrist kann jeder Anteilinhaber schriftlich, direkt oder über eine der Vertriebsstellen an die Gesellschaft, einen Antrag auf Rücknahme von Anteilen stellen.

Der Antrag muss zwingend Informationen enthalten über (a) die Identität und genaue Anschrift des Antragstellers und (b) die Kontoverbindung, zugunsten welcher der Rücknahmepreis zu überweisen ist. Wurden dem Anleger Anteilzertifikate ausgehändigt, müssen diese mitsamt vollständigem Couponbogen dem Antrag auf Rücknahme beigelegt sein. Ein somit ordnungsgemäss erteilter Antrag auf Rücknahme («Rücknahmeantrag») ist unwiderruflich, ausser im Falle und während einer Aussetzung und/oder Aufschiebung der Rücknahme von Anteilen.

(2) Rücknahmeanträge, welche bis spätestens 12.00 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Bewertungstag (wie in Artikel 11 des Verwaltungsreglements bestimmt) bei der Verwaltungsgesellschaft eingegangen sind, werden zum Rücknahmepreis dieses Bewertungstages abgerechnet. Rücknahmeanträge, welche nach 12.00 Uhr (Luxemburger Zeit) eingehen, werden zum Rücknahmepreis des nächsten Bewertungstages abgerechnet.

(3) Der Preis für jeden zur Rücknahme angebotenen Anteil («Rücknahmepreis») ist der gemäss Artikel 11 ermittelte Inventarwert je Anteil. Es wird keine Rücknahmegebühr erhoben.

(4) Die Zahlung des Rücknahmepreises erfolgt unter gewöhnlichen Umständen vorbehaltlich evtl. Prüfungen unverzüglich, spätestens jedoch zwei Bankarbeitstage in Luxemburg nach dem entsprechenden Bewertungstag gegen Übertragung der entsprechenden Anteile. Der Rücknahmepreis wird in Euro vergütet.

Im Falle gemeinsamer Anleger und sofern keine gegenteilige Weisung vorliegt, ist die Verwaltungsgesellschaft bzw. die Depotbank berechtigt, den Rücknahmepreis an den erstgenannten Antragsteller zu zahlen.

(5) Die Verwaltungsgesellschaft kann die Rücknahme von Anteilen Bedingungen unterwerfen sowie Rücknahmefristen und Mindestrücknahmebeträge festlegen, die dann im Verkaufsprospekt angegeben werden.

(6) Die Verwaltungsgesellschaft achtet darauf, dass das Fondsvermögen ausreichende Barguthaben umfasst, damit eine Rücknahme von Anteilen auf Antrag von Anteilhabern unter normalen Umständen unverzüglich erfolgen kann.

(7) Die Verwaltungsgesellschaft ist jedoch berechtigt, nach vorheriger Genehmigung durch die Depotbank, umfangreichen Rücknahmeanträge, die nicht aus den liquiden Mitteln und zulässigen Kreditaufnahmen getätigt werden können, erst zu tätigen, nachdem entsprechende Vermögenswerte des Fonds ohne Verzögerung verkauft wurden, wobei Rücknahmen zu dem Inventarwert je Anteil des Bewertungstages, an dem der Verkauf getätigt wurde, ausgeführt werden. In diesem Fall wird für gleichzeitig eingereichte Rücknahmeanträge derselbe Bewertungstag angewandt. Die betroffenen Anleger werden hierüber von der Verwaltungsgesellschaft umgehend in Kenntnis gesetzt.

(8) Die Depotbank ist nur insoweit zur Zahlung verpflichtet, als keine gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere devisenrechtliche Vorschriften oder andere von der Depotbank nicht beeinflussbare Umstände, wie z.B. Streiks, sie daran hindern, die Überweisung des Rücknahmepreises in das Land des Antragstellers vorzunehmen.

(9) Mit der Auszahlung des Rücknahmepreises erlischt der entsprechende Anteil.

Art. 11. Berechnung des Inventarwertes.

(1) Die Währung des Fonds (die «Fondswährung») ist der Euro.

(2) Der Wert jedes Anteils («Inventarwert» oder auch «Anteilwert») wird in der Fondswährung angegeben und unter Aufsicht der Depotbank von der Verwaltungsgesellschaft oder einem von ihr beauftragten Dritten einmal wöchentlich, jeweils Mittwochs, und zusätzlich zum Monatsultimo (zusammenfassend der «Bewertungstag») berechnet, vorausgesetzt, dass diese Tage sowohl in Luxemburg als auch in Frankfurt am Main Bankarbeitstage sind. Fällt ein Bewertungstag auf einen Tag, der entweder in Luxemburg oder in Frankfurt am Main kein Bankarbeitstag ist, so wird die Bewertung am vorhergehenden Tag, der an beiden Orten zugleich Bankarbeitstag ist, vorgenommen.

Die Berechnung des Inventarwertes erfolgt durch Teilung des Wertes des Netto-Fondsvermögens (Fondsvermögen abzüglich Verbindlichkeiten) durch die Zahl der am Bewertungstag im Umlauf befindliche Anteile.

(3) Das Netto-Fondsvermögen wird nach folgenden Grundsätzen berechnet:

(a) Wertpapiere, die an einer Börse amtlich notiert sind oder in einen organisierten Markt einbezogen sind, werden zum letzten verfügbaren bezahlten Kurs bewertet. Wenn ein Wertpapier an mehreren Börsen amtlich notiert ist, ist der letztverfügbare Kurs an jener Börse massgebend, die der Hauptmarkt für dieses Wertpapier ist.

(b) Die flüssigen Mittel werden zu ihrem Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet.

(c) Die auf Wertpapiere entfallenden anteiligen Zinsen werden mit einbezogen, soweit sie sich nicht im Kurswert ausdrücken.

(d) Alle auf eine andere Währung als Euro lautenden Vermögenswerte werden zum letzten verfügbaren Devisenmittelkurs in Euro umgerechnet.

(4) Falls aussergewöhnliche Umstände eintreten, welche die Bewertung gemäss den eben aufgeführten Kriterien unmöglich oder unsachgerecht werden lassen, ist die Verwaltungsgesellschaft ermächtigt, zeitweilig andere von ihr nach Treu und Glauben festgelegte, allgemein anerkannte und von Wirtschaftsprüfern nachprüfbar bewertungsregeln zu befolgen, um eine sachgerechte Bewertung des Fondsvermögens zu erreichen.

Art. 12. Aussetzung der Berechnung des Inventarwertes sowie der Ausgabe und Rücknahme von Anteilen.

(1) Die Verwaltungsgesellschaft ist ermächtigt, die Berechnung des Inventarwertes sowie die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen des Fonds zeitweilig einzustellen, wenn und solange Umstände vorliegen, die diese Einstellung erforderlich machen und wenn die Einstellung unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilhaber gerechtfertigt scheint, insbesondere:

(a) während der Zeit, in welcher eine Börse oder ein anderer organisierter, von staatlich anerkannten Stellen geregelt, überwacht, regelmässig stattfindet und für das Publikum unmittelbar oder mittelbar zugänglicher Markt, wo ein wesentlicher Teil der Vermögenswerte des Fonds notiert ist oder gehandelt wird, geschlossen ist (ausser an gewöhnlichen Wochenenden oder Feiertagen) oder der Handel an dieser Börse oder diesem Markt ausgesetzt oder eingeschränkt wurde;

(b) in Notlagen, wenn die Verwaltungsgesellschaft über Vermögenswerte des Fonds nicht verfügen kann, oder es für dieselbe unmöglich ist, den Gegenwert der Anlagekäufe oder -verkäufe frei zu transferieren oder die Berechnung des Inventarwertes ordnungsgemäss durchzuführen;

(c) im Fall einer Entscheidung der Verwaltungsgesellschaft, den Fonds aufzulösen, am Tag der Entscheidung der Verwaltungsgesellschaft.

(2) Die Verwaltungsgesellschaft wird die Aussetzung beziehungsweise Wiederaufnahme der Inventarwertberechnung beziehungsweise der Ausgabe und Rücknahme von Anteilen unverzüglich allen Anteilhabern mitteilen, die einen Zeichnungs- bzw. Rücknahmeantrag für Anteile am Fonds gestellt haben.

Der Verwaltungsrat kann zusätzlich entscheiden, eine entsprechende Mitteilung an die Anteilhaber in mindestens einer Tageszeitung in den Ländern zu veröffentlichen, in denen Anteile des Fonds zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind.

Art. 13. Verwendung der Erträge.

(1) Die Netto-Erträge des Fonds aus Dividenden, Zinsen und Kapitalgewinnen sowie Erlöse aus dem Verkauf von Subskriptionsrechten und sonstige Erträge nicht wiederkehrender Art können wahlweise kapitalisiert und im Fonds wiederangelegt werden oder an die Anteilhaber ausgeschüttet werden. Hierüber entscheidet die Verwaltungsgesellschaft. Der Verkaufsprospekt enthält zusätzliche Angaben über die jeweils von der Verwaltungsgesellschaft beschlossene Verwendung der Erträge des Fonds.

(2) Ausschüttungen erfolgen nur, soweit durch die Ausschüttung das Netto-Fondsvermögen nicht unter die Mindestgrenze von EUR 1.239.467,62 fällt.

(3) Ausschüttungen auf Inhabertzertifikate werden gegen Einreichung des aufgerufenen Coupons (sofern vorhanden) bezahlt. Wurden Anteilbestätigungen ausgestellt, erfolgt die Zahlung an die im Anteilsregister des Fonds eingetragenen Anleger.

Art. 14. Kosten des Fonds.

(1) Der Verwaltungsgesellschaft erhält für die Verwaltung des Fonds und seiner Vermögenswerte eine Vergütung («Verwaltungsgebühr»), die bis zu 1,00% des durchschnittlichen Nettovermögens des Fonds beträgt, an jedem Bewertungstag berechnet und vierteljährlich ausgezahlt wird. Aus der Verwaltungsgebühr zahlt die Verwaltungsgesellschaft die Vergütung des Anlageberaters.

(2) Der Depotbank steht für die Verwahrung der zum Fonds gehörenden Vermögenswerte eine Vergütung zu, wie sie von Zeit zu Zeit zwischen der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank ausgehandelt wird.

(3) Neben den Vergütungen gemäss Absätzen (1) und (2) oben können dem Fondsvermögen folgende Kosten belastet werden:

(a) Steuern und ähnliche Abgaben, die auf das Fondsvermögen, dessen Erträge und Aufwendungen zu Lasten des Fonds erhoben werden;

(b) bankübliche Spesen und andere Kosten für Transaktionen in Wertpapieren und sonstigen Vermögenswerten und Rechten des Fonds und für deren Verwahrung;

(c) Lizenzgebühren für die Verwendung geschützter Marken;

(d) Kosten für Rechtsberatung, die der Verwaltungsgesellschaft oder der Depotbank entstehen, wenn sie im Interesse der Anteilhaber handeln;

(e) Prüfungskosten und Honorare der Wirtschaftsprüfer des Fonds;

(f) Kosten der Vorbereitung und des Drucks von Anteilzertifikaten sowie Ertragsschein-Bogenerneuerungen, falls erforderlich;

(g) Aufwendungen der Korrespondenten der Depotbank im Ausland sowie deren Bearbeitungsgebühren;

(h) das Entgelt für die Zahlstellen, Repräsentanten und die Vertretung im Ausland;

(i) Kosten der Buchhaltung und der Berechnung des Inventarwertes sowie sonstiger unter die Zentralverwaltung fallender Aufgaben;

(j) Gebühren zur Anmeldung und zur Registrierung bei allen Registrierungsbehörden und Börsen (einschliesslich örtlicher Wertpapierhändlervereinigungen), die Kosten der Börsennotierung und der Veröffentlichung in Zeitungen;

(k) Kosten der Führung des Anteilregisters, Transaktionskosten der Ausgabe und Rücknahme von Anteilen;

(l) Kosten der Erstellung, der Vorbereitung, des Drucks, des Vertriebs, der Hinterlegung und Veröffentlichung der Verträge, periodischen Veröffentlichungen und sonstigen Berichten und Dokumenten, einschliesslich Kosten für gegebenenfalls notwendige Übersetzungen, die durch das Gesetz, durch Reglements oder den anwendbaren Gesetzen oder Verordnungen der Behörden der Vertriebsländer notwendig sind;

(m) ein angemessener Anteil an den Kosten für die Werbung und an solchen Kosten, welche direkt im Zusammenhang mit dem Anbieten und Verkauf von Anteilen anfallen;

(n) Kosten der für die Anteilinhaber bestimmten Veröffentlichungen.

(4) Sämtliche wiederkehrenden Kosten, Gebühren und Entgelte werden zuerst den Anlageerträgen, dann den realisierten Kapitalgewinnen und schliesslich dem Fondsvermögen angerechnet. Andere Kosten wie insbesondere die Gründungskosten, die auf ca. EUR 30.000,- geschätzt werden, können über eine Periode von höchstens fünf Jahren abgesetzt werden.

(5) Das Fondsvermögen haftet für alle vom Fonds zu tragenden Kosten.

Art. 15. Geschäftsjahr, Rechnungslegung und Revision.

(1) Das Geschäftsjahr des Fonds beginnt am 1. Januar eines jeden Jahres und endet am 31. Dezember des darauffolgenden Jahres. Das erste Geschäftsjahr beginnt mit der Auflegung des Fonds und endet am 31. Dezember 2003.

(2) Der Jahresabschluss des Fonds und dessen Bücher werden durch einen in Luxemburg zugelassenen Wirtschaftsprüfer kontrolliert, der von der Verwaltungsgesellschaft bestellt wird.

(3) Nach Abschluss eines jeden Rechnungsjahres wird die Verwaltungsgesellschaft den Anteilinhabern einen geprüften Jahresbericht zur Verfügung stellen, der Auskunft gibt über den Fonds, dessen Verwaltung und die erzielten Resultate. Nach Ende der ersten Hälfte eines jeden Rechnungsjahres stellt die Verwaltungsgesellschaft den Anteilinhabern ferner einen Zwischen- bzw. Halbjahresbericht zur Verfügung, der Auskunft gibt über den Fonds und dessen Verwaltung während des entsprechenden Halbjahres.

(a) Der geprüfte jährliche Rechenschaftsbericht wird spätestens vier Monate nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres entsprechend den Bestimmungen des Grossherzogtums Luxemburg veröffentlicht. Der erste geprüfte Jahres-/Rechenschaftsbericht wird zum 31. Dezember 2003 erstellt.

(b) Der ungeprüfte Zwischen- bzw. Halbjahresbericht wird zwei Monate nach Ende der ersten Hälfte des Geschäftsjahres veröffentlicht. Der erste ungeprüfte Zwischen-/Halbjahresbericht wird zum 30. Juni 2004 erstellt.

Die Berichte sind am Sitz der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und den Zahl- und Vertriebsstellen erhältlich.

Art. 16. Dauer des Fonds und Auflösung.

(1) Der Fonds wurde auf unbestimmte Zeit errichtet; er kann jedoch jederzeit durch die Verwaltungsgesellschaft nach deren freiem Ermessen aufgelöst werden.

(2) Im übrigen erfolgt eine Auflösung des Fonds zwingend:

(a) wenn der Depotbankvertrag gekündigt wird, ohne dass eine neue Depotbankbestellung innerhalb der gesetzlichen oder vertraglichen Frist erfolgt;

(b) wenn die Verwaltungsgesellschaft in Konkurs oder Liquidation geht oder aus irgendeinem Grund aufgelöst wird;

(c) in anderen, im Gesetz vom 30. März 1988 vorgesehenen Fällen.

(3) Die Auflösung des Fonds wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen von der Verwaltungsgesellschaft im Mémorial und in mindestens drei Tageszeitungen, welche eine angemessene Auflage erreichen, veröffentlicht. Eine dieser Tageszeitungen muss eine Luxemburger Zeitung sein.

(4) Wenn ein Tatbestand eintritt, der zur Auflösung des Fonds führt, werden die Ausgabe und die Rücknahme von Anteilen vom Tage der Entscheidung der Verwaltungsgesellschaft an eingestellt.

Die Depotbank löst den Fonds im besten Interesse der Anteilinhaber auf und wird den Liquidationserlös, abzüglich der Liquidationskosten und Honorare (der «Netto-Liquidationserlös»), auf Anweisung der Verwaltungsgesellschaft oder gegebenenfalls der von ihr oder der Depotbank im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde ernannten Liquidatoren unter die Anteilinhaber im Verhältnis ihrer jeweiligen Anteile verteilen.

Netto-Liquidationserlöse, die nicht zum Abschluss des Liquidationsverfahrens von Anteilinhabern nicht eingefordert worden sind, werden, soweit dann gesetzlich erforderlich, von der Depotbank für Rechnung der berechtigten Anteilinhaber bei der «Caisse des Consignations» in Luxemburg hinterlegt, wo diese Beträge verfallen, wenn sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist dort eingefordert werden.

(5) Die Verwaltungsgesellschaft hat in bestimmten Fällen das Recht, die Verschmelzung des Fonds mit einem anderen Luxemburger Investmentfonds (Teil 1 des Gesetzes vom 30. März 1988) zu beschliessen. Die Verschmelzung kann beschlossen werden, wenn das Nettovermögen des Fonds unter EUR 5 Millionen fällt und eine wirtschaftlich effiziente Verwaltung des Fondsvermögens nicht mehr gewährleistet werden kann oder wenn die wirtschaftliche und politische Situation sich ändert.

Die Anteilinhaber des Fonds haben vor der tatsächlichen Verschmelzung mit einem anderen Luxemburger Investmentfonds die Möglichkeit, aus dem Fonds durch die kostenlose Rücknahme ihrer Anteile auszuscheiden, und dies innerhalb des Monats nach Veröffentlichung des Fusionsbeschlusses durch die Verwaltungsgesellschaft.

Der Beschluss der Verwaltungsgesellschaft, den Fonds mit einem anderen Luxemburger Investmentfonds (Teil 1 des Gesetzes vom 30. März 1988) zu verschmelzen, wird im «Luxemburger Wort» veröffentlicht sowie in einer anderen Zeitung, die in den Vertriebsländern des Fonds veröffentlicht wird.

(6) Die Entscheidung, den Fonds mit einem anderen ausländischen Investmentfonds zu verschmelzen, obliegt den Anteilhabern des Fonds, wobei diese Entscheidung von den Anteilhabern einstimmig getroffen werden muss. Wenn diese Bedingung nicht erfüllt wird, sind nur diejenigen Anteilhaber an die Entscheidung gebunden, die für die Verschmelzung gestimmt haben. Bei allen anderen Anteilhabern wird davon ausgegangen, dass sie einen Antrag auf Rückkauf ihrer Anteile gestellt haben.

(7) Weder die Anteilhaber noch deren Erben, Gläubiger oder Rechtsnachfolger können die Auflösung oder die Teilung des Fonds beantragen.

Art. 17. Verjährung und Vorlegungsfrist.

(1) Forderungen der Anteilhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank verjähren 5 Jahre nach Entstehung des Anspruchs. Unberührt bleibt die in Artikel 16 Absatz (4) des Verwaltungsreglements enthaltene Regelung.

(2) Die Vorlegungsfrist für Ertragsscheine beträgt fünf Jahre ab der Veröffentlichung der jeweiligen Ausschüttungserklärung. Ausschüttungsbeträge, die nicht innerhalb dieser Frist angefordert werden, verfallen zugunsten des Fonds.

Art. 18. Änderung und Veröffentlichung des Verwaltungsreglements.

(1) Die Verwaltungsgesellschaft kann dieses Verwaltungsreglement mit Zustimmung der Depotbank jederzeit ganz oder teilweise ändern.

(2) Die erstmals gültige Fassung dieses Verwaltungsreglements sowie Änderungen desselben werden beim Handelsregister des Bezirksgerichts Luxemburg hinterlegt und im Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, dem Amtsblatt des Grossherzogtums Luxemburg («Mémorial») veröffentlicht und treten, soweit nicht anders bestimmt, am Tag ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Die Verwaltungsgesellschaft kann weitere Veröffentlichungen veranlassen.

Art. 19. Anwendbares Recht und Gerichtsstand, Vertragssprache, Inkrafttreten.

(1) Dieses Verwaltungsreglement unterliegt dem luxemburgischen Recht. Erfüllungsort ist der Sitz der Verwaltungsgesellschaft.

(2) Jeder Rechtsstreit zwischen Anteilhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank unterliegt der Gerichtsbarkeit des sachlich zuständigen Gerichts der Stadt Luxemburg. Die Verwaltungsgesellschaft und/oder die Depotbank können sich und den Fonds jedoch in Zusammenhang mit Forderungen von Anlegern aus anderen Ländern der Gerichtsbarkeit jener Länder unterwerfen, in denen Anteile angeboten und verkauft werden.

(3) Der deutsche Wortlaut des Verwaltungsreglements ist massgeblich. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank können jedoch von ihnen genehmigte Übersetzungen in Sprachen der Länder, in welchen Anteile angeboten und verkauft werden, für sich und den Fonds als verbindlich bezüglich solcher Anteile anerkennen, die an Anleger dieser Länder verkauft werden.

(4) Das vorliegende Verwaltungsreglement tritt am 13. August 2003 in Kraft.

Luxemburg, den 13. August 2003.

BERENBERG LUX INVEST S.A.	DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG
Société Anonyme	Société Anonyme
Die Verwaltungsgesellschaft	Die Depotbank
Unterschriften	Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 20 août 2003, réf. LSO-AH03734. – Reçu 46 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(050302.2//649) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 août 2003.

ARTRA S.A., Société Anonyme (en liquidation).

Siège social: L-1728 Luxembourg, 10, rue du Marché-aux-Herbes.
R. C. Luxembourg B 58.592.

Le bilan et l'annexe au 31 décembre 1998, ainsi que les autres documents et informations qui s'y rapportent, enregistrés à Luxembourg, le 4 août 2003, réf. LSO-AH00449, ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 3 juillet 2003.

Pour ARTRA S.A.
GENERAL ACCOUNTING & MANAGEMENT SERVICES LTD.
Le liquidateur
Signature

(046137.3//15) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

ARTRA S.A., Société Anonyme (en liquidation).

Siège social: L-1728 Luxembourg, 10, rue du Marché-aux-Herbes.
R. C. Luxembourg B 58.592.

Le bilan et l'annexe au 31 décembre 1999, ainsi que les autres documents et informations qui s'y rapportent, enregistrés à Luxembourg, le 4 août 2003, réf. LSO-AH00450, ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 3 juillet 2003.

Pour ARTRA S.A.

GENERAL ACCOUNTING & MANAGEMENT SERVICES LTD.

Le liquidateur

Signature

(046135.3//15) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

ARTRA S.A., Société Anonyme (en liquidation).

Siège social: L-1728 Luxembourg, 10, rue du Marché-aux-Herbes.
R. C. Luxembourg B 58.592.

Le bilan et l'annexe au 31 décembre 2000, ainsi que les autres documents et informations qui s'y rapportent, enregistrés à Luxembourg, le 4 août 2003, réf. LSO-AH00451, ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 3 juillet 2003.

Pour ARTRA S.A.

GENERAL ACCOUNTING & MANAGEMENT SERVICES LTD.

Le liquidateur

Signature

(046134.3//15) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

ARTRA S.A., Société Anonyme (en liquidation).

Siège social: L-1728 Luxembourg, 10, rue du Marché-aux-Herbes.
R. C. Luxembourg B 58.592.

Le bilan et l'annexe au 31 décembre 2001, ainsi que les autres documents et informations qui s'y rapportent, enregistrés à Luxembourg, le 4 août 2003, réf. LSO-AH00452, ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 3 juillet 2003.

Pour ARTRA S.A.

GENERAL ACCOUNTING & MANAGEMENT SERVICES LTD.

Le liquidateur

Signature

(046133.3//15) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

ARTRA S.A., Société Anonyme (en liquidation).

Siège social: L-1728 Luxembourg, 10, rue du Marché-aux-Herbes.
R. C. Luxembourg B 58.592.

Le bilan et l'annexe au 31 décembre 2002, ainsi que les autres documents et informations qui s'y rapportent, enregistrés à Luxembourg, le 4 août 2003, réf. LSO-AH00453, ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 3 juillet 2003.

Pour ARTRA S.A.

GENERAL ACCOUNTING & MANAGEMENT SERVICES LTD.

Le liquidateur

Signature

(046131.3//15) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

LOWE EUROPEAN PROPERTIES, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Registered office: L-2086 Luxembourg, 23, avenue Monterey.
R. C. Luxembourg B 75.310.

In the year two thousand three, on the eleventh of July.

Before Maître Joseph Elvinger, notary residing at Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg, undersigned.

Is held an Extraordinary General Meeting of the shareholders of LOWE EUROPEAN PROPERTIES, S.à r.l., a company having its registered office at L-2086 Luxembourg, 23 avenue Monterey, R. C. Luxembourg section B number 75.310, incorporated by deed established on the 30th of March 2000, published in the Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations number 554 of the 3rd of August 2000.

The meeting is presided by Miss Rachel Uhl, jurist, residing at Luxembourg.

The chairman appoints as secretary and the meeting elects as scrutineer Mr Patrick Van Hees, jurist, residing at Mesancy, Belgium.

The chairman requests the notary to record that:

I.- The shareholders present or represented and the number of shares held by each of them are shown on an attendance list which will be signed and here annexed as well as the proxies and registered with the minutes.

II.- As appears from the attendance list, the hundred (100) shares, representing the whole capital of the corporation, are represented so that the meeting can validly decide on all the items of the agenda.

III.- That the agenda of the meeting is the following:

Agenda:

1.- Increase of capital to the extent of GBP 880,600.-, in order to raise it from GBP 70,000.- to GBP 950,600.-, by creation and issue of 1,258 new shares of GBP 700.- each.

2.- Subscription and issue of the new shares.

3.- Restate the articles of association.

4.- Miscellaneous.

After the foregoing was approved by the meeting, the meeting unanimously takes the following resolutions:

First resolution

The meeting decides to increase the corporate capital by an amount of GBP 880,600.- (eight hundred eighty thousand and six hundred Pounds Sterling) so as to raise it from its present amount of GBP 70,000.- (seventy thousand Pounds Sterling) to GBP 950,600.- (nine hundred fifty thousand and six hundred Pounds Sterling), by the issue of 1,258 (thousand two hundred and fifty-eight) new shares having a par value of GBP 700.- (seven hundred Pounds Sterling) each.

Second resolution

The meeting, after having stated that the minority shareholders waived to their preferential subscription right, decides to admit to the subscription of the 1,258 new shares the majority shareholder;

Intervention - Subscription - Payment

Thereupon, the majority shareholder, represented by Miss Rachel Uhl, prenamed, by virtue of one of the aforementioned proxies;

declared to subscribe to the 1,258 new shares and to have them fully paid up by payment in cash, so that from now on the company has at its free and entire disposal the amount of GBP 880,600.- (eight hundred eighty thousand and six hundred Pounds Sterling), as was certified to the undersigned notary.

Third resolution

As a consequence of the foregoing resolutions, the meeting decides to amend Article six of the Articles of Incorporation to read as follows:

«**Art. 6.** The share capital is fixed at nine hundred fifty thousand and six hundred Pounds Sterling (GBP 950,600.-), represented by thousand three hundred and fifty-eight (1,358) shares of seven hundred Pounds Sterling (GBP 700.-) each.»

Expenses

The expenses, costs, remunerations or charges in any form whatsoever, which shall be borne by the company as a result of the present deed, are estimated at approximately fifteen thousand Euros.

There being no further business before the meeting, the same was thereupon adjourned.

Whereof the present notarial deed was drawn up in Luxembourg, on the day named at the beginning of this document.

The document having been read to the persons appearing, they signed together with Us, the notary, the present original deed.

The undersigned notary who understands and speaks English states herewith that on request of the above appearing persons, the present deed is worded in English followed by a French translation. On request of the same appearing persons and in case of discrepancies between the English and the French text, the English version will prevail.

Suit la traduction française:

L'an deux mille trois, le dix juillet.

Par-devant Maître Joseph Elvinger, notaire de résidence à Luxembourg, soussigné.

Se réunit l'assemblée générale extraordinaire des associés de la société à responsabilité limitée LOWE EUROPEAN PROPERTIES, S.à r.l., ayant son siège social à L-2086 Luxembourg, 23, avenue Monterey, R. C. Luxembourg section B numéro 75.310, constituée suivant acte reçu le 30 mars 2003, publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations numéro 554 du 3 août 2000.

L'assemblée est présidée par Mademoiselle Rachel Uhl, juriste, demeurant à Luxembourg.

Le président désigne comme secrétaire et l'assemblée choisit comme scrutateur Monsieur Patrick Van Hees, juriste, demeurant à Messancy, Belgique.

Le président prie le notaire d'acter que:

I.- Les actionnaires présents ou représentés et le nombre d'actions qu'ils détiennent sont renseignés sur une liste de présence, qui sera signée, ci-annexée ainsi que les procurations, le tout enregistré avec l'acte.

II.- Il appert de la liste de présence que les cent (100) actions, représentant l'intégralité du capital social sont représentées à la présente assemblée générale extraordinaire, de sorte que l'assemblée peut décider valablement sur tous les points portés à l'ordre du jour.

III.- L'ordre du jour de l'assemblée est le suivant:

Ordre du jour:

1.- Augmentation du capital social à concurrence d'un montant de GBP 880.600,- (huit cent quatre-vingt mille six cents Livres Sterling) pour le porter de son montant actuel de GBP 70.000,- (soixante-dix mille Livres Sterling) à GBP 950.600,- (neuf cent cinquante mille six cents Livres Sterling) par la création et l'émission de 1.258 (mille deux cent cinquante-huit) parts sociales nouvelles d'une valeur nominale de GBP 700,- (sept cents Livres Sterling) chacune.

2 - Souscription et émission des nouvelles parts sociales.

3.- Modification afférente des statuts.

4.- Divers.

Ces faits exposés et reconnus exacts par l'assemblée, cette dernière prend à l'unanimité les résolutions suivantes:

Première résolution

L'assemblée décide d'augmenter le capital social à concurrence de GBP 880.600,- (huit cent quatre-vingt mille six cents Livres Sterling) pour le porter de son montant actuel de GBP 70.000,- (soixante-dix mille Livres Sterling) à GBP 950.600,- (neuf cent cinquante mille six cents Livres Sterling), par l'émission de 1.258 (mille deux cent cinquante-huit) parts sociales nouvelles d'une valeur nominale de GBP 700,- (sept cents Livres Sterling) chacune.

Deuxième résolution

L'assemblée, après avoir constaté que les associés minoritaires ont renoncé à leur droit préférentiel de souscription, décide d'admettre à la souscription des 1.258 parts sociales nouvelles, l'associé majoritaire.

Intervention - Souscription - Libération

Ensuite l'associé majoritaire, représenté par Mademoiselle Rachel Uhl, prénommée, en vertu d'une des procurations dont mention ci-avant;

a déclaré souscrire aux 1.258 (mille deux cent cinquante-huit) parts sociales nouvelles, et les libérer intégralement en numéraire, de sorte que la société a dès maintenant à sa libre et entière disposition la somme de GBP 880.600,- (huit cent quatre-vingt mille six cents Livres Sterling), ainsi qu'il en a été justifié au notaire instrumentant.

Troisième résolution

Afin de mettre les statuts en concordance avec les résolutions qui précèdent, l'assemblée décide de modifier l'article six des statuts pour lui donner la teneur suivante:

«**Art. 6.** Le capital social est fixé à neuf cent cinquante mille six cents Livres Sterling (GBP 950.600,-), représenté par mille trois cent cinquante-huit (1.358) parts sociales d'une valeur nominale de sept cents Livres Sterling (GBP 700,-) chacune.»

Frais

Les frais, dépenses, rémunérations et charges sous quelque forme que ce soit, incombant à la société et mis à sa charge en raison des présentes, sont évalués sans nul préjudice à la somme de quinze mille euros.

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, la séance est levée.

Dont acte, passé à Luxembourg, les jour, mois et an qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite aux comparants, ils ont tous signé avec Nous notaire la présente minute.

Le notaire soussigné qui connaît la langue anglaise constate que sur demande des comparants le présent acte est rédigé en langue anglaise suivi d'une version française. Sur demande des mêmes comparants et en cas de divergences entre le texte anglais et le texte français, le texte anglais fera foi.

Signé: R. Uhl, P. Van Hees, J. Elvinger.

Enregistré à Luxembourg, le 18 juillet 2003, vol. 18CS, fol. 21, case 6. – Reçu 12.520,97 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 28 juillet 2003.

J. Elvinger.

(045508.3/211/119) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 4 août 2003.

LINDINGER HOLDING S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-5416 Ehnen, 127, route du Vin.

R. C. Luxembourg B 53.398.

L'an deux mille trois, le quatre juillet.

Par-devant Maître Joseph Elvinger, notaire de résidence à Luxembourg, soussigné.

Se réunit une assemblée générale extraordinaire des actionnaires de la société anonyme holding LINDINGER HOLDING S.A., ayant son siège social à L-5416 Ehnen, 127, route du Vin, R. C. Luxembourg section B numéro 53.398, constituée suivant acte reçu le 19 décembre 1995, publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, numéro 116 du 7 mars 1996.

L'assemblée est présidée par Monsieur Kim Lindinger, administrateur de sociétés, demeurant à Ehnen.

Le président désigne comme secrétaire Mademoiselle Rachel Uhl, juriste, demeurant à Kédange (France).

L'assemblée choisit comme scrutateur Monsieur Patrick Van Hees, juriste, demeurant à Messancy (Belgique).

Le président prie le notaire d'acter que:

I.- Les actionnaires présents ou représentés et le nombre d'actions qu'ils détiennent sont renseignés sur une liste de présence. Cette liste et les procurations, une fois signées par les comparants et le notaire instrumentant, resteront ci-annexées pour être enregistrées avec l'acte.

II.- Il ressort de la liste de présence que les 1.000 (mille) actions, représentant l'intégralité du capital social sont représentées à la présente assemblée générale extraordinaire, de sorte que l'assemblée peut décider valablement sur tous les points portés à l'ordre du jour, dont les actionnaires ont été préalablement informés.

III.- L'ordre du jour de l'assemblée est le suivant:

Ordre du jour:

1.- Conversion du capital social et du capital autorisé de la société en euros et modification afférente du premier et deuxième paragraphe de l'article 5 des statuts.

2.- Nominations statutaires.

Ces faits exposés et reconnus exacts par l'assemblée, les actionnaires décident ce qui suit à l'unanimité:

Première résolution

L'assemblée décide de changer la devise d'expression du capital social souscrit et de la comptabilité de francs luxembourgeois en euros au taux de conversion en zone euro, tel que fixé officiellement le 31 décembre 1999 à EUR 1,-=LUF 40,3399, obtenant ainsi le montant de EUR 247.893,52 (deux cent quarante-sept mille huit cent quatre-vingt-treize euros cinquante-deux cents) pour le capital social et le montant de EUR 1.239.467,62 (un million deux cent trente-neuf mille quatre cent soixante-sept euros soixante-deux cents) pour le capital autorisé.

Cette conversion est à considérer comme effective à la date du 20 juin 2002.

Deuxième résolution

Afin de mettre les statuts en concordance avec la résolution qui précède, l'assemblée décide de modifier le premier et le deuxième paragraphe de l'article 5 des statuts pour leur donner la teneur suivante:

«Le capital social est fixé à EUR 247.893,52 (deux cent quarante-sept mille huit cent quatre-vingt-treize euros cinquante-deux cents), représenté par 1.000 (mille) actions d'une valeur nominale de EUR 247,89 (deux cent quarante-sept euros quatre-vingt-neuf cents) chacune, entièrement libérées.

Le capital autorisé est fixé à EUR 1.239.467,62 (un million deux cent trente-neuf mille quatre cent soixante-sept euros soixante-deux cents), représenté par 5.000 (cinq mille) actions de EUR 247,89 (deux cent quarante-sept euros quatre-vingt-neuf cents) chacune.»

Troisième résolution

L'assemblée décide d'accepter la démission, avec décharge entière et définitive, comme administrateur de la société: Mademoiselle Susanne Jensen, employée privée, demeurant à Bertrange.

L'assemblée décide de nommer à sa place, comme nouvel administrateur:

Mademoiselle Viviane Koronowski, employée privée, née à Thionville (France) le 28 décembre 1969, demeurant à F-57100 Thionville (France), 2, Rue des Laminiers.

Son mandat prendra fin lors de l'assemblée générale annuelle statutaire de l'an 2007.

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, la séance est levée.

Dont acte, passé à Luxembourg, les jour, mois et an qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite aux comparants, ils ont tous signé avec Nous, notaire, la présente minute.

Signé: R. Uhl, P. Van Hees, K. Lindinger, J. Elvinger.

Enregistré à Luxembourg, le 10 juillet 2003, vol. 139S, fol. 67, case 9. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 22 juillet 2003.

J. Elvinger.

(044887.3/211/59) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} août 2003.

CREDIT SUISSE PORTFOLIO FUND MANAGEMENT COMPANY S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 5, rue Jean Monnet.

R. C. Luxembourg B 43.281.

Le bilan au 31 décembre 2002, enregistré à Luxembourg, le 31 juillet 2003, réf. LSO-AG08776, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 5 août 2003.

Les administrateurs ci-après ont été réélus par l'assemblée générale ordinaire du 12 mai 2003 et ce jusqu'à la prochaine assemblée générale ordinaire des actionnaires qui se tiendra en 2004.

- Heinrich Wegmann, Zurich.
- Raymond Melchers, Luxembourg.
- Agnes F. Reicke, Zurich.
- Jörg Schultz, Zurich.

KPMG AUDIT, Luxembourg a été réélu comme réviseur d'entreprise jusqu'à la prochaine assemblée générale ordinaire des actionnaires qui se tiendra en 2004.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 17 juillet 2003.

Certifié sincère et conforme

CREDIT SUISSE ASSET MANAGEMENT

FUND SERVICE (LUXEMBOURG) S.A.

J. Siebenaller / D. Breger

Enregistré à Luxembourg, le 31 juillet 2003, réf. LSO-AG08885. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(045601.3/736/24) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 5 août 2003.

BTM LUX MANAGEMENT S.A., Société Anonyme.

Registered office: L-1150 Luxembourg, 287-289, route d'Arlon.

R. C. Luxembourg B 49.759.

In the year two thousand and three, on the twenty-seventh day of June.

Before Us, Maître Jean-Paul Hencks, notary residing in Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg.

Was held an Extraordinary General Meeting of the shareholders of BTM LUX MANAGEMENT S.A. (the «Company»), incorporated in Luxembourg on January 4, 1995, by deed of Maître Edmond Schroeder, notary residing in Mersch, as published in the Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations No 156, on April 5, 1995.

The meeting was declared open at 14.15 and was presided over by Mr Masato Takase, Director and Executive Vice President of BANK OF TOKYO-MITSUBISHI (LUXEMBOURG) S.A., residing in L-1150 Luxembourg, 287-289, route d'Arlon, who appointed as Secretary of the meeting Mr Hidehito Yoshida, Vice President & Manager of BANK OF TOKYO-MITSUBISHI (LUXEMBOURG) S.A., residing in L-1150 Luxembourg, 287-289, route d'Arlon.

The meeting elected as scrutineer Mr Hermann Beythan, lawyer, residing in Luxembourg.

The Chairman declared and requested the notary to state that:

1) The shareholders and the number of shares held by each of them are listed on an attendance list signed by the shareholders present and represented and by the members of the bureau; this list and the proxies of the shareholders represented, initialed *ne varietur*, will remain attached to the original of these minutes in order to be registered with it.

2) It results from the said attendance list that all the shares of the Company are present or represented at the meeting which is therefore regularly constituted and may validly deliberate on all matters on the agenda, of which the shareholders have been informed before this meeting.

3 The agenda of the meeting is as follows:

Agenda:

1. To amend Article 3 of the articles of incorporation (the «Articles of Incorporation») to read as follows:

«The purpose of the Corporation is the administration and management of one or more investment funds and in respect of mutual funds, in addition, the issue of certificates or statements of confirmation evidencing undivided copropriorship interests in the funds.

The Corporation shall manage any activities connected with the management administration and promotion of these funds; it may on behalf of the funds enter into any contracts, purchase, sell, exchange and deliver any securities, process any registrations and transfer into the register of shares of debentures of any Luxembourg or foreign companies, and exercise on behalf of the funds and the holders of units or share of the funds, all rights and privileges, especially all voting rights attached to the securities constituting assets of the funds. The foregoing powers shall not be considered as exhaustive but only as exemplary.

The Corporation may, in general, carry on any activities deemed useful for the accomplishment of its object, remaining always within the limitations set forth by Chapter 14 of the December 20, 2002 law on undertakings for collective investment.»

2. To amend the first paragraph of Article 10 of the Articles of Incorporation to read as follows:

«Shareholders will meet upon call by the Board, pursuant to a notice setting forth the agenda sent by registered mail at least fifteen days prior to the meeting to each shareholder at the shareholder's address in the register of shareholders, and publicised in accordance with the requirements of law.»

3. To delete the third paragraph of Article 11 of the Articles of Incorporation.

4. To amend the last sentence of the third paragraph of Article 15 of the Articles of Incorporation to read as follows:

«The term «personal interest», as used in the preceding sentence, shall not include any relationship with or interest in any matter, position or transaction involving BANK OF TOKYO-MITSUBISHI (LUXEMBOURG) S.A. or any of its subsidiaries or affiliates or such other corporation or entity as may from time to time be determined by the Board.»

5. To amend Article 17 of the Articles of Incorporation to read as follows:

«The operations of the Corporation, including particularly its books and fiscal affairs and the filing of any tax returns or other reports required by the laws of Luxembourg, shall be supervised by an independent external auditor. The independent external auditor shall be elected by the annual general meeting of shareholders for a period ending at the date of the next annual general meeting of shareholders and until his successor is elected. The independent external auditor shall remain in office until he is reelected or until his successor is elected.

The independent external auditor in office may be removed at any time by the shareholders with or without cause.»

6. To acknowledge the conversion of the share capital from Luxembourg francs into euro, as decided by the extraordinary general meeting of the shareholders of the Company held on 31 December 2001, and to amend accordingly Article 5 of the Articles of Incorporation.

Thereupon and following full discussion, the general meeting unanimously adopted the following resolutions:

First resolution

Resolved to amend Article 3 of the Articles of Incorporation to read as follows:

«The purpose of the Corporation is the administration and management of one or more investment funds and in respect of mutual funds, in addition, the issue of certificates or statements of confirmation evidencing undivided copropriorship interests in the funds.

The Corporation shall manage any activities connected with the management administration and promotion of these funds; it may on behalf of the funds enter into any contracts, purchase, sell, exchange and deliver any securities, process any registrations and transfer into the register of shares of debentures of any Luxembourg or foreign companies, and exercise on behalf of the funds and the holders of units or share of the funds, all rights and privileges, especially all voting rights attached to the securities constituting assets of the funds. The foregoing powers shall not be considered as exhaustive but only as exemplary.

The Corporation may, in general, carry on any activities deemed useful for the accomplishment of its object, remaining always within the limitations set forth by Chapter 14 of the December 20, 2002 law on undertakings for collective investment.»

Second resolution

Resolved to amend the first paragraph of Article 10 of the Articles of Incorporation to read as follows:

«Shareholders will meet upon call by the Board, pursuant to a notice setting forth the agenda sent by registered mail at least fifteen days prior to the meeting to each shareholder at the shareholder's address in the register of shareholders, and publicised in accordance with the requirements of law.»

Third resolution

Resolved to delete the third paragraph of Article 11 of the Articles of Incorporation.

Fourth resolution

Resolved to amend the last sentence of the third paragraph of Article 15 of the Articles of Incorporation to read as follows:

«The term «personal interest», as used in the preceding sentence, shall not include any relationship with or interest in any matter, position or transaction involving BANK OF TOKYO-MITSUBISHI (LUXEMBOURG) S.A. or any of its subsidiaries or affiliates or such other corporation or entity as may from time to time be determined by the Board.»

Fifth resolution

Resolved to amend Article 17 of the Articles of Incorporation to read as follows:

«The operations of the Corporation, including particularly its books and fiscal affairs and the filing of any tax returns or other reports required by the laws of Luxembourg, shall be supervised by an independent external auditor. The independent external auditor shall be elected by the annual general meeting of shareholders for a period ending at the date of the next annual general meeting of shareholders and until his successor is elected. The independent external auditor shall remain in office until he is reelected or until his successor is elected.

The independent external auditor in office may be removed at any time by the shareholders with or without cause.»

Sixth resolution

Acknowledged the conversion of the share capital from Luxembourg Francs into Euro, as decided by the extraordinary general meeting of the shareholders of the Company held on 31 December 2001, and resolved to amend accordingly Article 5 of the Articles of Incorporation to read as follows:

«The corporate capital of the Company is set at three hundred seventy five thousand Euros (EUR 375,000.-) divided into fifteen thousand (15,000.-) shares in registered form with a par value of twenty-five Euros (EUR 25.-) per share, each fully paid-up.

The shares have all been entirely paid up by payment in cash, evidence of which was given to the undersigned notary. A register of shareholders shall be kept at the registered office of the Corporation. Such register shall set forth the name of each shareholder, his residence or elected domicile, the number of shares held by him, the amounts paid in on each such share, and the transfer of shares and the dates of such transfers.

The Corporation may issue registered certificates representing shares of the Corporation or share confirmations.

The transfer of a share shall be effected by a written declaration of transfer registered on the register of shareholders, such declaration or transfer to be dated and signed by the transferor and the transferee or by persons holding suitable powers of attorney to act therefore. The Corporation may also accept as evidence of transfer other instruments of transfer satisfactory to the Corporation.»

There being no further item on the agenda the chairman closed the meeting at 14.30 p.m.

The undersigned notary who speaks English, states herewith that at the request of the appearing persons the present deed is worded in English and followed by a French translation. In case of divergences between the English and French texts, the English version will prevail.

Suit la traduction française du procès-verbal qui précède:

L'an deux mille trois, le vingt-sept juin.

Par-devant nous Maître Jean-Paul Hencks, notaire de résidence à Luxembourg, Grand-Duché de Luxembourg.

S'est réunie l'assemblée générale extraordinaire de la société BTM LUX MANAGEMENT S.A. (la «Société»), constituée suivant acte du notaire Edmond Schroeder, alors de résidence à Mersch, en date du 4 janvier 1995, publié au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations n° 156 du 5 avril 1995.

L'assemblée est ouverte à 14.15 heures sous la présidence de Monsieur Masato Takase, Director and Executive Vice President of BANK OF TOKYO-MITSUBISHI (LUXEMBOURG) S.A., demeurant à L-1150 Luxembourg, 287-289, route d'Arlon, qui désigne comme secrétaire Monsieur Hidehito Yoshida, Vice President & Manager of BANK OF TOKYO-MITSUBISHI (LUXEMBOURG) S.A., demeurant à L-1150 Luxembourg, 287-289, route d'Arlon.

L'assemblée choisit comme scrutateur M. Hermann Beythan, avocat, demeurant à Luxembourg.

Ensuite, le président déclare et prie le notaire d'acter ce qui suit:

1) Les actionnaires et le nombre d'actions détenues par chacun d'eux sont renseignés sur la liste de présence signée par les actionnaires présents et représentés et par les membres du bureau; cette liste de présence et les procurations des actionnaires représentés, paraphées ne varietur resteront annexées à l'original de ce procès-verbal pour être enregistrées avec lui.

2) Il résulte de ladite liste de présence que toutes les actions de la Société sont présentes ou représentées à l'assemblée qui est ainsi régulièrement constituée et peut valablement délibérer sur les points de l'ordre du jour, sont les actionnaires ont été informés avant la présente assemblée.

3) L'ordre du jour est le suivant:

Ordre du jour:

1. Modification de l'article 3 des statuts de la Société (les «Statuts») qui aura la teneur suivante:

«L'objet de la société est l'administration et la gestion d'un ou de plusieurs fonds d'investissement, et en ce qui concerne des fonds communs de placement l'émission de certificats ou de confirmations représentant ou documentant des parts dans ces fonds.

La société se chargera de toutes actions en rapport avec l'administration, la direction et la promotion de ces fonds; elle pourra, pour compte de ces fonds, conclure tous contrats, acheter, vendre, échanger et délivrer toutes valeurs mobilières, procéder à toutes inscriptions et transferts à son nom et au nom des tiers dans les registres d'actions ou obligations de toutes sociétés luxembourgeoises ou étrangères et exercer pour le compte de ces fonds et des propriétaires de parts ou actions de ces fonds tous droits et privilèges, en particulier tous droits de vote attachés aux valeurs mobilières constituant les avoirs de ces fonds, cette énumération n'étant pas limitative, mais simplement exemplative.

La société pourra exercer toutes activités estimées utiles à l'accomplissement de son objet, en restant toujours dans les limites énumérées au Chapitre 14 de la loi du 20 décembre 2002 sur les organismes de placement collectif.»

2. Modification du premier paragraphe de l'article 10 des Statuts qui aura la teneur suivante:

«Les assemblées des actionnaires seront convoquées par le conseil, à la suite d'un avis énonçant l'ordre du jour, publié conformément à la loi et envoyé par lettre recommandée, au moins quinze jours avant l'assemblée, à tout actionnaire à son adresse portée au registre des actionnaires.»

3. Radiation du troisième paragraphe de l'article 11 des Statuts.

4. Modification de la dernière phrase du deuxième paragraphe de l'article 15 des Statuts qui aura la teneur suivante:

«Le terme «intérêt personnel», tel qu'il est utilisé à la phrase qui précède, ne s'appliquera pas aux relations ou aux intérêts qui pourront exister de quelque manière, en quelque qualité, ou à quelque titre que ce soit, en rapport avec BANK OF TOKYO - MITSUBISHI (LUXEMBOURG) S.A. ou leurs filiales ou sociétés affiliées, ou encore en rapport avec toute autre société ou entité juridique que le conseil pourra déterminer de temps à l'autre.»

5. Modification de l'article 17 des Statuts qui aura la teneur suivante:

«Les opérations de la société, comprenant notamment la tenue de sa comptabilité, les questions fiscales et l'établissement de toutes déclarations prévues par la loi luxembourgeoise, seront surveillées par un réviseur d'entreprises indépendant. Le réviseur d'entreprises indépendant sera élu par l'assemblée générale annuelle des actionnaires pour une période prenant fin le jour de la prochaine assemblée générale des actionnaires et jusqu'à l'élection de son successeur. Le réviseur d'entreprises indépendant restera en fonction jusqu'à sa réélection ou l'élection de son successeur.

Le réviseur d'entreprises indépendant en fonction peut être révoqué à tout moment, avec ou sans motif, par décision de l'assemblée des actionnaires.»

6. Approbation de la conversion du capital social de la Société du franc luxembourgeois en euro, telle que décidée par l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires de la Société du 31 décembre 2001, et modification de l'article 5 des Statuts de la Société afin de refléter la présente résolution.

Après délibération, l'assemblée a pris à l'unanimité la résolution suivante:

Première résolution

L'assemblée décide de modifier l'article 3 des Statuts de la Société qui aura la teneur suivante:

«L'objet de la société est l'administration et la gestion d'un ou de plusieurs fonds d'investissement, et en ce qui concerne des fonds communs de placement l'émission de certificats ou de confirmations représentant ou documentant des parts dans ces fonds.

La société se chargera de toutes actions en rapport avec l'administration, la direction et la promotion de ces fonds; elle pourra, pour compte de ces fonds, conclure tous contrats, acheter, vendre, échanger et délivrer toutes valeurs mobilières, procéder à toutes inscriptions et transferts à son nom et au nom des tiers dans les registres d'actions ou obligations de toutes sociétés luxembourgeoises ou étrangères et exercer pour le compte de ces fonds et des propriétaires de parts ou actions de ces fonds tous droits et privilèges, en particulier tous droits de vote attachés aux valeurs mobilières constituant les avoirs de ces fonds, cette énumération n'étant pas limitative, mais simplement exemplative.

La société pourra exercer toutes activités estimées utiles à l'accomplissement de son objet, en restant toujours dans les limites énumérées au Chapitre 14 de la loi du 20 décembre 2002 sur les organismes de placement collectif.»

Deuxième résolution

L'assemblée décide de modifier le premier paragraphe de l'article 10 des Statuts de la Société qui aura la teneur suivante:

«Les assemblées des actionnaires seront convoquées par le conseil, à la suite d'un avis énonçant l'ordre du jour, publié conformément à la loi et envoyé par lettre recommandée, au moins quinze jours avant l'assemblée, à tout actionnaire à son adresse portée au registre des actionnaires.»

Troisième résolution

L'assemblée décide d'enlever le troisième paragraphe de l'article 11 des Statuts de la Société.

Quatrième résolution

L'assemblée décide de modifier le troisième paragraphe de l'article 15 des Statuts de la Société qui aura la teneur suivante:

«Le terme «intérêt personnel», tel qu'il est utilisé à la phrase qui précède, ne s'appliquera pas aux relations ou aux intérêts qui pourront exister de quelque manière, en quelque qualité, ou à quelque titre que ce soit, en rapport avec BANK OF TOKYO - MITSUBISHI (LUXEMBOURG) S.A. ou leurs filiales ou sociétés affiliées, ou encore en rapport avec toute autre société ou entité juridique que le conseil pourra déterminer de temps à l'autre.»

Cinquième résolution

L'assemblée décide de modifier l'article 17 des Statuts de la Société qui aura la teneur suivante:

«Les opérations de la société, comprenant notamment la tenue de sa comptabilité, les questions fiscales et l'établissement de toutes déclarations prévues par la loi luxembourgeoise, seront surveillées par un réviseur d'entreprises indépendant. Le réviseur d'entreprises indépendant sera élu par l'assemblée générale annuelle des actionnaires pour une période prenant fin le jour de la prochaine assemblée générale des actionnaires et jusqu'à l'élection de son successeur. Le réviseur d'entreprises indépendant restera en fonction jusqu'à sa réélection ou l'élection de son successeur.

Le réviseur d'entreprises indépendant en fonction peut être révoqué à tout moment, avec ou sans motif, par décision de l'assemblée des actionnaires.»

Sixième résolution

L'assemblée décide d'approuver la conversion du capital social de la Société du franc luxembourgeois en euro telle que décidée par l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires de la Société du 31 décembre 2001 et décide de modifier l'article 5 des Statuts afin de lui donner la teneur suivante:

«Le capital social est fixé à trois cent soixante-quinze mille euros (EUR 375.000,-), représenté par quinze mille (15.000) actions nominatives avec une valeur nominale de vingt-cinq euros (EUR 25,-) par action, entièrement libérées.

Les actions ont toutes été entièrement libérées par paiement en espèces, ce dont il a été justifié au notaire soussigné.

Le registre des actionnaires sera tenu au siège social de la société. Ce registre contiendra le nom de chaque actionnaire, sa résidence ou son domicile élu, le nombre d'actions qu'il détient, la somme libérée pour chacune de ces actions ainsi que le transfert des actions et les dates de ces transferts.

La société pourra émettre des certificats nominatifs représentant les actions de la société ou des confirmations d'actions.

Le transfert d'une action se fera par une déclaration écrite de transfert portée au registre des actionnaires, cette déclaration de transfert devant être datée et signée par le cédant et le cessionnaire ou par des personnes détenant les pouvoirs de représentation nécessaires pour agir à cet effet. La société pourra également accepter en guise de preuve du transfert d'autres instruments de transfert jugés suffisants par la société.»

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, la séance est levée à 14.30 heures.

Le notaire soussigné qui parle l'anglais déclare que le présent acte a été dressé en anglais, suivi d'une traduction en français. En cas de divergences entre les textes anglais et français, le texte anglais fera foi.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, au siège de la société, date qu'en tête, et lecture faite, les membres du bureau ont signé avec le notaire.

Signé: M. Takese, H. Yoshida, H. Beythan, J.-P. Hencks.

Enregistré à Luxembourg, le 3 juillet 2003, vol. 139S, fol. 51, case 3. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 14 juillet 2003.

J.-P. Hencks.

(045431.3/216/231) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 4 août 2003.

BTM LUX MANAGEMENT S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1150 Luxembourg, 287-289, route d'Arlon.

R. C. Luxembourg B 49.759.

Le texte des statuts coordonnés a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, en date du 4 août 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

J.-P. Hencks.

(045433.3/216/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 4 août 2003.

INTERNATIONAL SAFETY HARD ALLOY CORPORATION S.A. HOLDING, Société Anonyme.

Siège social: L-2763 Luxembourg, 12, rue Sainte Zithe.

R. C. Luxembourg B 1.957.

Suite à l'assemblée générale ordinaire tenue en date du 8 mai 2003 il a été donné décharge aux administrateurs et au commissaire aux comptes pour l'exécution de leurs mandats pour l'exercice 2002.

Les mandats des administrateurs suivant:

- Monsieur André Meder, conseil fiscal, demeurant à L-1670 Senningerberg, 5A, Um Charly,
- Madame Monique Maller, conseil fiscal, demeurant à Grevenmacher, rue de Wecker,
- Madame Rita Harnack, conseil fiscal, demeurant à L-1272 Luxembourg, 68, rue de Bourgogne,

et le commissaire aux comptes:

- LUX-FIDUCIAIRE CONSULTING, L-2763 Luxembourg, 12, rue Ste. Zithe,

n'ayant pas été renouvelés lors de l'assemblée générale ordinaire tenue en date du 8 mai 2003, les administrateurs et le commissaire aux comptes ne manifestent pas le désir de garder leur poste d'administrateurs respectivement de commissaire aux comptes.

Par conséquent:

- Monsieur André Meder, conseil fiscal, demeurant à L-1670 Senningerberg, 5A, Um Charly,
- Madame Monique Maller, conseil fiscal, demeurant à Grevenmacher, rue de Wecker,
- Madame Rita Harnack, conseil fiscal, demeurant à L-1272 Luxembourg, 68, rue de Bourgogne,

et le commissaire aux comptes:

- LUX-FIDUCIAIRE CONSULTING, L-2763 Luxembourg, 12, rue Ste. Zithe,

sont à considérer comme démissionnaires depuis le 8 mai 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 8 mai 2003.

Signatures

Les administrateurs

Signature

Le Commissaire aux Comptes

Enregistré à Luxembourg, le 30 juillet 2003, réf. LSO-AG08375. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(045676.3/680/32) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 5 août 2003.

ARTIC HOLDING S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-2522 Luxembourg, 12, rue Guillaume Schneider.

R. C. Luxembourg B 74.510.

Le bilan au 31 décembre 2001, enregistré à Luxembourg, le 21 juillet 2003, réf. LSO-AG05804, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 23 juillet 2003.

Pour ARTIC HOLDING S.A.

KAUPTHING BANK LUXEMBOURG S.A.

Signature

(046022.3//13) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

BENELUX-MANAGEMENT S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2763 Luxembourg, 12, rue Sainte Zithe.

R. C. Luxembourg B 77.611.

Suite à l'assemblée générale ordinaire tenue en date du 8 mai 2003 il a été donné décharge aux administrateurs et au commissaire aux comptes pour l'exécution de leurs mandats pour l'exercice 2002.

Les mandats des administrateurs suivants:

- Madame Rita Harnack, Administrateur-Délégué, demeurant à L-1272 Luxembourg, 68, rue de Bourgogne,
- LAXA HOLDING S.A. ayant son siège social à L-2763 Luxembourg, 12, rue Ste. Zithe représentée par Monsieur Meder André demeurant à L-1670 Senningerberg, 5A, Um Charly,
- REMANSO FINANCE S.A. ayant son siège social à Tortola (British Virgin Island), Road Town, représentée par Madame Monique Maller demeurant à L-6795 Grevenmacher, 26, rue de Wecker,

et le mandat du commissaire:

- LUX-FIDUCIAIRE CONSULTING, S.à r.l. ayant son siège social à L-2763 Luxembourg, 12, rue Ste. Zithe, n'ayant pas été renouvelés lors de l'assemblée générale ordinaire tenue en date du 8 mai 2003, les administrateurs et le commissaire aux comptes ne manifestent pas le désir de garder leur poste d'administrateur respectivement de commissaire aux comptes.

Par conséquent:

les administrateurs:

- Madame Rita Harnack, Administrateur-Délégué, demeurant à L-1272 Luxembourg, 68, rue de Bourgogne,
- LAXA HOLDING S.A. ayant son siège social à L-2763 Luxembourg, 12, rue Ste. Zithe représentée par Monsieur Meder André demeurant à L-1670 Senningerberg, 5A, Um Charly,
- REMANSO FINANCE S.A. ayant son siège social à Tortola (British Virgin Island), Road Town, représentée par Madame Monique Maller demeurant à L-6795 Grevenmacher, 26, rue de Wecker,

et le commissaire aux comptes:

- LUX-FIDUCIAIRE CONSULTING, S.à r.l. ayant son siège social à L-2763 Luxembourg, 12, rue Ste. Zithe, sont à considérer comme démissionnaires depuis le 8 mai 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 8 mai 2003.

Signatures

Les administrateurs

Signature

Le Commissaire aux Comptes

Enregistré à Luxembourg, le 30 juillet 2003, réf. LSO-AG08358. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(045673.3/680/37) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 5 août 2003.

INTERNATIONAL COSMETICS S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2132 Luxembourg, 28, avenue Marie-Thérèse.

R. C. Luxembourg B 54.712.

Le bilan au 31 décembre 2002, enregistré à Luxembourg, le 30 juillet 2003, réf. LSO-AG08446, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 6 août 2003.

Signature.

(046312.3//10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

INTERNATIONAL COSMETICS S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2132 Luxembourg, 28, avenue Marie-Thérèse.

R. C. Luxembourg B 54.712.

Extrait des résolutions de l'Assemblée Générale Ordinaire tenue extraordinairement le 30 avril 2003

Nonobstant la perte nette totale au 31 décembre 2002, dépassant 100% du capital et conformément à l'article 100 de la loi du 31 août 1915, les actionnaires ont décidé, à l'unanimité, la continuation des activités de la société.

Pour la société

Signatures

Enregistré à Luxembourg, le 30 juillet 2003, réf. LSO-AG08437. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(046314.2//13) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

CLOVER HOLDING S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-2522 Luxembourg, 12, rue Guillaume Schneider.
R. C. Luxembourg B 80.128.

—
Le bilan au 31 décembre 2001, enregistré à Luxembourg, le 21 juillet 2003, réf. LSO-AG05801, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 23 juillet 2003.

Pour CLOVER HOLDING S.A.

KAUPTHING BANK LUXEMBOURG S.A.

Signature

(046025.3//13) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

HENDRIK HOLDING S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-2522 Luxembourg, 12, rue Guillaume Schneider.
R. C. Luxembourg B 76.236.

—
Le bilan au 31 décembre 2001, enregistré à Luxembourg, le 21 juillet 2003, réf. LSO-AG05779, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 23 juillet 2003.

Pour HENDRIK HOLDING S.A.

KAUPTHING BANK LUXEMBOURG S.A.

Signature

(046027.3//13) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

ACTUAL SIGN LUXEMBOURG S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-6776 Grevenmacher, 2, route National, 1.
R. C. Luxembourg B 57.687.

—
Le bilan au 31 décembre 2002, enregistré à Luxembourg, le 5 août 2003, réf. LSO-AH00943, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 30 juillet 2003.

Signature.

(046035.3//10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

LUND HOLDING S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-2522 Luxembourg, 12, rue Guillaume Schneider.
R. C. Luxembourg B 79.212.

—
Le bilan au 31 décembre 2002, enregistré à Luxembourg, le 21 juillet 2003, réf. LSO-AG05797, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 23 juillet 2003.

Pour LUND HOLDING S.A.

KAUPTHING BANK LUXEMBOURG S.A.

Signature

(046041.3//13) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

SOCIETE MIDI S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 67, boulevard de la Pétrusse.
R. C. Luxembourg B 44.467.

—
Le bilan au 31 décembre 2002, enregistré à Luxembourg, le 4 août 2003, réf. LSO-AH00397, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 5 août 2003.

Signature.

(046042.3//10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

LE SAN S.C., Société Civile familiale.
Siège social: L-1631 Luxembourg, 17, rue Glesener.

Procès-verbal des résolutions de l'assemblée des associés du 31 janvier 2003

Résolution unique

Les soussignés associés, représentant l'intégralité du capital social de la Société, décident à l'unanimité de transférer le siège social de la Société du 22-24, boulevard Royal, L-2449, au 17, rue Glesener, L-1631 Luxembourg.

Luxembourg, le 31 janvier 2003. C. Schmidt / G. Fleury / H. Schmidt / O. Schmidt.
Enregistré à Luxembourg, le 6 août 2003, réf. LSO-AH01044. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(046355.3/000/12) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

LEATHER INTERNATIONAL S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1219 Luxembourg, 17, rue Beaumont.
R. C. Luxembourg B 78.775.

Le bilan au 31 décembre 2002, enregistré à Luxembourg, le 30 juillet 2003, réf. LSO-AG08528, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.
Luxembourg, le 5 août 2003.

LEATHER INTERNATIONAL S.A.

G. Diederich / J-M. Heitz

Administrateurs

(046047.3//13) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

RAINBOW INVESTMENTS S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2449 Luxembourg, 8, boulevard Royal.
R. C. Luxembourg B 94.865.

STATUTS

L'an deux mille trois, le onze juillet.

Par-devant Maître Gérard Lecuit, notaire de résidence à Luxembourg.

Ont comparu:

1. DAMIDOV LIMITED, ayant son siège social à N°2 Commercial Centre Square, P.O. Box 71, Alofi, Niue,
 2. GORDON SHIPPING & CO, ayant son siège social à N°2 Commercial Centre Square, P.O. Box 71, Alofi, Niue,
- les deux ici représentées par Mademoiselle Rosanna Garbin, employée privée, demeurant professionnellement à Luxembourg,

en vertu de deux procurations sous seing privé données le 9 juillet 2003.

Lesquelles procurations resteront, après avoir été signées ne varietur par la comparante et le notaire instrumentant, annexées aux présentes pour être formalisées avec elles.

Lesquels comparants, représentés comme dit ci-avant, ont arrêté ainsi qu'il suit les statuts d'une société anonyme:

Dénomination - Siège - Durée - Objet - Capital

Art. 1. Il est formé entre les comparants et tous ceux qui deviendront propriétaires des actions ci-après créées une société anonyme, sous la dénomination de RAINBOW INVESTMENTS S.A.

Art. 2. Le siège social est établi à Luxembourg.

Il peut être créé, par simple décision du conseil d'administration, des succursales ou bureaux, tant dans le Grand-Duché de Luxembourg qu'à l'étranger.

Le siège social peut-être transféré en tout autre endroit du Grand-Duché de Luxembourg par une résolution de l'assemblée générale des actionnaires délibérant comme en matière de modification des statuts.

Lorsque des événements extraordinaires d'ordre politique, économique ou social, de nature à compromettre l'activité normale au siège social ou la communication aisée de ce siège avec l'étranger se produiront ou seront imminents, le siège social pourra être déclaré transféré provisoirement à l'étranger, sans que toutefois cette mesure ne puisse avoir d'effet sur la nationalité de la société, laquelle, nonobstant ce transfert provisoire du siège, restera luxembourgeoise.

Pareille déclaration de transfert du siège social sera faite et portée à la connaissance des tiers par l'un des organes exécutifs de la société ayant qualité pour l'engager pour les actes de gestion courante et journalière.

Art. 3. La durée de la société est illimitée.

Art. 4. La société pourra accomplir toutes opérations commerciales, industrielles ou financières, ainsi que tous transferts de propriétés immobiliers ou mobiliers.

La société a en outre pour objet la prise de participation, sous quelque forme que ce soit, dans des sociétés luxembourgeoises ou étrangères, l'acquisition par achat, souscription ou toute autre manière, ainsi que l'aliénation par vente,

échange ou de toute autre manière de valeurs mobilières, de créances, de toutes espèces, la gestion ou la mise en valeur du portefeuille qu'elle possédera, l'acquisition, la cession et la mise en valeur de brevets et de licences y attachés.

La société peut prêter ou emprunter avec ou sans garanties, elle peut participer à la création et au développement de toutes sociétés et leur prêter tous concours. D'une façon générale, elle peut prendre toutes mesures de contrôle, de surveillance et de documentation et faire toutes opérations qu'elle jugera utiles à l'accomplissement ou au développement de son objet.

Art. 5. Le capital social est fixé à trente-et-un mille euros (31.000,- EUR) représenté par trois cent dix (310) actions d'une valeur nominale de cent euros (100,- EUR) chacune.

Le capital autorisé est fixé à cent mille euros (100.000,- EUR) représenté par mille (1.000) actions d'une valeur nominale de cent euros (100,- EUR) chacune.

Le capital autorisé et le capital souscrit de la société peuvent être augmentés ou réduits par décision de l'assemblée générale des actionnaires statuant comme en matière de modification des statuts.

En outre, le conseil d'administration est, pendant une période de cinq ans, à partir de la publication des présents statuts, autorisé à augmenter en une ou plusieurs fois le capital souscrit à l'intérieur des limites du capital autorisé. Ces augmentations du capital peuvent être souscrites et émises avec ou sans prime d'émission ainsi qu'il sera déterminé par le conseil d'administration. Le conseil d'administration est spécialement autorisé à procéder à de telles émissions d'actions, sans réserver aux actionnaires antérieurs un droit préférentiel de souscription des actions à émettre. Le conseil d'administration peut déléguer tout administrateur, directeur, fondé de pouvoir ou toute autre personne dûment autorisée pour recueillir les souscriptions et recevoir paiement du prix des actions représentant tout ou partie de cette augmentation de capital.

Chaque fois que le conseil d'administration aura fait constater authentiquement une augmentation du capital souscrit, le présent article sera à considérer comme adapté à la modification intervenue.

Les actions peuvent être créées au choix du propriétaire, en titres unitaires ou en certificats représentatifs de plusieurs actions.

Les actions sont nominatives ou au porteur, au choix de l'actionnaire, à l'exception de celles pour lesquelles la loi prescrit la forme nominative.

La société peut, dans la mesure où et aux conditions auxquelles la loi le permet, racheter ses propres actions.

Administration - Surveillance

Art. 6. La société est administrée par un conseil composé de trois membres au moins, actionnaires ou non, nommés par l'assemblée générale qui fixe leur nombre et la durée de leur mandat, qui ne peut dépasser six ans, ils sont rééligibles et révocables à tout moment.

En cas de vacance d'une place d'administrateur pour quelque cause que ce soit, les administrateurs restants désignent un remplaçant temporaire. Dans ce cas, l'assemblée générale, lors de la première réunion, procède à l'élection définitive.

Art. 7. Le conseil d'administration désigne parmi ses membres un président. Il se réunit sur la convocation du président ou, à défaut, de deux administrateurs. En cas d'absence du président, la présidence de la réunion peut être conférée à un administrateur présent.

Le conseil d'administration ne peut délibérer que si la majorité de ses membres est présente ou représentée, le mandat entre administrateurs, qui peut être donné par écrit, télégramme, télex ou téléfax, étant admis.

En cas d'urgence, les administrateurs peuvent émettre leur vote par écrit, télégramme, télex ou téléfax.

Les décisions du conseil d'administration sont prises à la majorité des voix; en cas de partage, la voix de celui qui préside la réunion est prépondérante.

Art. 8. Les procès-verbaux des séances du conseil d'administration sont signés par les membres présents aux séances.

Les copies ou extraits de ces procès-verbaux, à produire en justice ou ailleurs, sont signés par le président ou par deux administrateurs.

Art. 9. Le conseil d'administration jouit des pouvoirs les plus étendus pour gérer les affaires sociales et pour effectuer les actes de dispositions et d'administration qui rentrent dans l'objet social.

Tout ce qui n'est pas réservé à l'assemblée générale par la loi ou les présents statuts est de la compétence du conseil d'administration.

Art. 10. Le conseil peut déléguer tout ou partie de ses pouvoirs concernant la gestion journalière soit à des administrateurs, soit à des tierces personnes, qui ne doivent pas nécessairement être actionnaires de la société en observant les dispositions de l'article 60 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales.

Le conseil peut également conférer tous mandats spéciaux, par procuration authentique ou sous signatures privées.

La délégation à un membre du conseil d'administration est subordonnée à l'autorisation préalable de l'assemblée générale.

Art. 11. La société est engagée en toutes circonstances par les signatures conjointes de deux administrateurs sans préjudice des décisions à prendre quant à la signature sociale en cas de délégation de pouvoirs et mandats conférés par le conseil d'administration en vertu de l'article 10 des statuts.

Art. 12. La société est surveillée par un ou plusieurs commissaires, actionnaires ou non, nommés par l'assemblée générale, qui fixe leur nombre et la durée de leur mandat.

Assemblée générale

Art. 13. L'assemblée générale régulièrement constituée représente l'universalité des actionnaires. Elle a les pouvoirs les plus étendus pour faire et ratifier les actes qui intéressent la société.

Art. 14. L'assemblée générale statutaire se réunit dans la commune du siège social, à l'endroit indiqué dans les convocations, le premier lundi du mois de novembre à 17.00 heures.

Si ce jour est un jour férié, l'assemblée est reportée au premier jour ouvrable suivant.

Les assemblées générales, même l'assemblée annuelle, pourront se tenir en pays étranger chaque fois que se produiront des circonstances de force majeure qui seront souverainement appréciées par le conseil d'administration.

Le conseil d'administration fixera les conditions requises pour prendre part aux assemblées générales.

Art. 15. Les convocations pour les assemblées générales sont faites conformément aux dispositions légales.

Chaque fois que tous les actionnaires sont présents ou représentés, et qu'ils déclarent avoir eu préalablement connaissance de l'ordre du jour, l'assemblée générale peut avoir lieu sans convocation préalable.

Tout actionnaire a le droit de vote en personne ou par mandataire, actionnaire ou non.

Chaque action donne droit à une voix.

Année sociale - Répartition des bénéfices

Art. 16. L'année sociale commence le premier juillet et finit le trente juin de l'année suivante.

Art. 17. Le bénéfice net est affecté à concurrence de cinq pour cent à la formation ou à l'alimentation du fonds de réserve légale. Ce prélèvement cesse d'être obligatoire lorsque et aussi longtemps que la réserve légale atteint dix pour cent du capital nominal.

L'assemblée décide souverainement de l'affectation du solde. Les dividendes éventuellement attribués sont payés aux endroits et aux époques déterminés par le conseil d'administration. L'assemblée générale peut autoriser le conseil d'administration à payer les dividendes en toute autre monnaie que celle dans laquelle le bilan est dressé et à déterminer souverainement le taux de conversion du dividende dans la monnaie du paiement effectif.

Le conseil d'administration est autorisé à effectuer la distribution d'acomptes sur dividendes en observant les prescriptions légales alors en vigueur.

La société peut racheter ses propres titres moyennant ses réserves libres, en respectant les conditions prévues par la loi.

Aussi longtemps que la société détient ces titres en portefeuille, ils sont dépouillés de leur droit de vote et de leur droit aux dividendes.

Dissolution - Liquidation

Art. 18. La société peut en tout temps être dissoute par décision de l'assemblée générale.

Lors de la dissolution de la société, la liquidation s'opérera par les soins d'un ou plusieurs liquidateurs, personnes physiques ou morales, nommées par l'assemblée générale qui déterminera leurs pouvoirs et leurs émoluments.

Dispositions particulières

Pour tous les points non spécifiés dans les présentes statuts, les parties se réfèrent et se soumettent aux dispositions de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales.

Dispositions transitoires

- 1) Le premier exercice social commence le jour de la constitution et se termine le 30 juin 2004.
- 2) La première assemblée générale ordinaire annuelle se tiendra en 2004.

Souscription - Libération

Les comparants ont souscrit un nombre d'actions et ont libéré en espèces les montants suivants:

Actionnaires	Capital souscrit	Capital libéré	Nombre d'actions
1)DAMIDOV LIMITED, préqualifiée	100,- EUR	100,- EUR	1
2)GORDON SHIPPING & CO, préqualifiée	30.900,- EUR	30.900,- EUR	309
Total:	31.000,- EUR	31.000,- EUR	310

Preuve de tous ces paiements a été donnée au notaire instrumentant de sorte que la somme de trente-et-un mille euros (31.000,- EUR) se trouve à la disposition de la société.

Déclaration

Le notaire soussigné de l'acte déclare avoir vérifié l'existence des conditions énumérées à l'article 26 de la loi sur les sociétés commerciales, et en constate expressément l'accomplissement.

Estimation des frais

Les parties ont évalué le montant des frais, dépenses, rémunérations et charges, sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la société ou qui sont mis à sa charge à raison de sa constitution, à environ mille deux cent cinquante euros (1.250,- EUR).

Assemblée Générale Extraordinaire

Et à l'instant les comparants préqualifiés, représentant l'intégralité du capital social, se sont constitués en assemblée générale extraordinaire à laquelle ils se reconnaissent dûment convoqués, et après avoir constaté que celle-ci était régulièrement constituée, ils ont pris, à l'unanimité les résolutions suivantes:

- 1.- Le nombre des administrateurs est fixé à trois et celui des commissaires à un.
- 2.- Sont appelés aux fonctions d'administrateurs:

a) MAJENTEL S.A., ayant son siège social à L-1881 Luxembourg, 3, avenue Guillaume Kroll, R.C. Luxembourg B 77.599,

b) CLEVERDAN S.A., ayant son siège social à L-1881 Luxembourg, 3, avenue Guillaume Kroll, R.C. Luxembourg B 77.594,

c) Monsieur Gabriel Jean, administrateur de société, né à Arlon (B), le 5 avril 1967, avec adresse professionnelle à L-1881 Luxembourg, 3, avenue Guillaume Kroll.

3.- Est appelée aux fonctions de commissaire:

MONTBRUN REVISION, S.à r.l., ayant son siège social à L-1528 Luxembourg, 5, boulevard de la Foire, R.C. Luxembourg B 67.501.

4.- L'adresse de la société est fixée à L-2449 Luxembourg, 8, boulevard Royal.

5.- La durée du mandat des administrateurs et du commissaire aux comptes sera d'une année et prendra fin à l'issue de l'assemblée générale des actionnaires qui se tiendra en 2004.

6.- L'assemblée autorise le conseil d'administration à déléguer la gestion journalière de la société ainsi que la représentation de la société en ce qui concerne cette gestion à un administrateur.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée à la comparante, celle-ci a signé le présent acte avec le notaire.

Signé: R. Garbin, G. Lecuit.

Enregistré à Luxembourg, le 15 juillet 2003, vol. 18CS, fol. 17, case 8.— Reçu 310 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour copie conforme délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 1^{er} août 2003.

G. Lecuit.

(046102.3/220/178) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

PA.M.E.LA S.A., PARTICIPATIONS MULTINATIONALES DANS LES PAYS DE L'EST ET LATINO-AMERICAINS, Société Anonyme.

Siège social: L-1371 Luxembourg, 223, Val Sainte Croix.
R. C. Luxembourg B 46.225.

L'an deux mille trois, le vingt-sept juin.

Par-devant Maître Jean-Paul Hencks, notaire de résidence à Luxembourg.

S'est tenue l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires de la société anonyme PARTICIPATIONS MULTINATIONALES DANS LES PAYS DE L'EST ET LATINO-AMERICAINS S.A., en abrégé PA.M.E.LA S.A., avec siège social à Luxembourg,

constituée suivant acte reçu par le notaire instrumentaire en date du 17 décembre 1993, publié au Mémorial C n° 114 du 28 mars 1994, et dont les statuts ont été modifiés suivant acte reçu par le notaire instrumentaire en date du 20 janvier 1994, publié au Mémorial C n° 181 du 9 mai 1994.

L'assemblée est présidée par Monsieur Farid Bentebbal, employé privé, demeurant à Luxembourg,

qui désigne comme secrétaire Madame Anne Francini, employée privée, demeurant à Luxembourg.

L'assemblée choisit comme scrutateur Mademoiselle Fabienne Stephany, employée privée, demeurant à Luxembourg.

Le bureau ainsi constitué, le président expose et prie le notaire d'acter ce qui suit:

I) L'ordre du jour de l'assemblée est conçu comme suit:

- 1) Dissolution de la société.
- 2) Mise en liquidation.
- 3) Nomination d'un liquidateur.
- 4) Fixation de ses pouvoirs.
- 5) Divers.

II) Il a été établi une liste de présence, renseignant les actionnaires présents et représentés ainsi que le nombre des actions qu'ils détiennent, laquelle, après avoir été signée par tous les actionnaires ou leurs mandataires et par les membres du bureau, sera enregistrée avec le présent acte ensemble avec le procurations paraphées ne varietur par les mandataires.

III) Il résulte de la liste de présence que toutes les actions sont présentes ou représentées à l'assemblée. Dès lors l'assemblée est régulièrement constituée et peut valablement délibérer sur l'ordre du jour, dont les actionnaires ont pris connaissance avant le présente assemblée.

IV) Après délibération, l'assemblée prend à l'unanimité des voix les résolutions suivantes:

Première résolution

L'assemblée générale décide la dissolution de la société et prononce sa mise en liquidation à partir de ce jour.

Deuxième résolution

L'assemblée générale décide de nommer comme liquidateur:

Monsieur Paolo Federici, homme d'affaires, né à Fabriano (Italie) le 13 avril 1928, demeurant à I-00178 Rome, Via Appia Antica, 280.

Le liquidateur aura les pouvoirs les plus larges pour l'exercice de ses fonctions, y compris ceux inscrits aux articles 144 à 148 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales.

Le liquidateur pourra accomplir tous les actes prévus à l'article 145 sans autorisation préalable de l'assemblée générale des actionnaires, même dans les cas où une telle autorisation est requise.

Le liquidateur est dispensé de dresser un inventaire des avoirs sociaux et il pourra s'en référer au bilan.

Pour des opérations particulières, il pourra déléguer, sous sa responsabilité, telle partie de ses pouvoirs qu'il déterminera à un ou plusieurs mandataires pour une période qu'il fixera.

Plus rien ne figurant à l'ordre du jour, Monsieur le Président lève la séance.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite aux comparants, les membres du bureau ont signé avec le notaire, aucun autre actionnaire n'ayant demandé à signer.

Signé: F. Bentebbal, A. Francini, F. Stephany, J.-P. Hencks.

Enregistré à Luxembourg, le 3 juillet 2003, vol. 139S, fol. 51, case 4. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 18 juillet 2003.

J.-P. Hencks.

(045406.3/216/55) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 4 août 2003.

SCATLUX S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1219 Luxembourg, 17, rue Beaumont.

R. C. Luxembourg B 47.366.

Le bilan au 31 décembre 2002, enregistré à Luxembourg, le 30 juillet 2003, réf. LSO-AG08532, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 5 août 2003.

Pour la SCATLUX S.A.

FIDUCIAIRE MANACO S.A.

M. Kara / A. Schaus

Administrateur / Directeur

(046048.3//14) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

FINONZO S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1219 Luxembourg, 17, rue Beaumont.

R. C. Luxembourg B 51.969.

Le bilan au 31 décembre 2002, enregistré à Luxembourg, le 30 juillet 2003, réf. LSO-AG08534, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 5 août 2003.

Pour la société FINONZO S.A.

FIDUCIAIRE MANACO S.A.

M. Kara / A. Schaus

Administrateur / Directeur

(046050.3//14) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

CORSO COMPUTER & SOFTWARE, G.m.b.H., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-6740 Grevenmacher, 3, rue du Stade.

R. C. Luxembourg B 54.355.

Le bilan au 31 décembre 2001, enregistré à Luxembourg, réf. LSO-AG02242, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 31 juillet 2003.

Signature.

(046184.3//10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

VEREINIGUNG DER APOSTOLISCHEN GEMEINDEN IM GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG,

A.s.b.l., Association sans but lucratif.

Gesellschaftssitz: L-3463 Dudelange, 6, rue Jean Eiffes.

AUFLÖSUNG

Nachtrag an die Demission vom 20. Dezember 2000 (22.1.2003 - Vol. 579 - fol. 32, case 7)

In der außerordentlichen Generalversammlung vom 20. Dezember 2000, wurden folgende Beschlüsse getroffen:

Démission des Vorstandes der VEREINIGUNG DER APOSTOLISCHEN GEMEINDEN IN LUXEMBURG, A.s.b.l. und das Ausscheiden aus der Gemeinschaft.

Finanzen: Der Restbetrag auf dem einzigen Konto der Post wurde überwiesen als «Don» an die Vereinigung VAGEU, A.s.b.l.

Die VEREINIGUNG DER APOSTOLISCHEN GEMEINSCHAFT IM G.H. LUXEMBURG, A.s.b.l. wurde aufgelöst, weil alle Mitglieder ausgetreten waren.

In Vertretung von dem ausgeschiedenen Vorstand

E. Clement

Schriftführer

Enregistré à Luxembourg, le 1^{er} août 2003, réf. LSO-AH00222. – Reçu 89 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(046086.3/000/20) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

TEODORA S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1219 Luxembourg, 17, rue Beaumont.

R. C. Luxembourg B 90.274.

Le bilan au 31 décembre 2002, enregistré à Luxembourg, le 30 juillet 2003, réf. LSO-AG08538, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 5 août 2003.

TEODORA S.A.

A. De Bernardi / G. Diederich

Administrateurs

(046051.3//13) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

STARBUILD HOLDING S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-1219 Luxembourg, 17, rue Beaumont.

R. C. Luxembourg B 78.198.

Le bilan au 31 décembre 2002, enregistré à Luxembourg, le 30 juillet 2003, réf. LSO-AG08543, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 5 août 2003.

Pour la société STARBUILD HOLDING S.A.

FIDUCIAIRE MANACO S.A.

M. Kara / A. Schaus

Administrateur / Directeur

(046055.3//14) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 août 2003.

CD 2000, GmbH, Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-9511 Wiltz, 77C, rue Aneschbach.

R. C. Luxembourg B 91.952.

Extrait du procès-verbal de l'Assemblée Générale des associés en date du 9 juillet 2003

«Les 500 parts sociales jusqu'alors détenues par M. Husein Cemalovic (245) et Nailj Destanovic (255) sont cédées avec effet immédiat en vertu de 3 conventions dont copies seront jointes au présent procès-verbal.

Désormais, les associés de la société CD 2000, GmbH, sont:

- M. Mirsad Rastoder, né le 1 ^{er} octobre 1966 à Radmanci-Berane (Montenegro) demeurant 101, rue de Differdange à L-4437 Soleuvre:	400 parts sociales
- Mme Izeta Merdovic épouse Rastoder, née le 1 ^{er} décembre 1966 à Pozegrmac-Priboj (Serbie), demeurant 101, rue de Differdange à L-4437 Soleuvre:	100 parts sociales»

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Pour la société

Signature

Enregistré à Luxembourg, le 28 juillet 2003, réf. LSO-AG07522. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D: Hartmann.

(901972.3/607/17) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Diekirch, le 4 août 2003.

SUN PAC B.V., Société à responsabilité limitée.

Registered office: Amsterdam.

Principal establishment: L-1855 Luxembourg, 46A, avenue J.F. Kennedy.
R. C. Luxembourg B 87.293.**DISSOLUTION**

In the year two thousand and three, on the eighteenth day of June, at Luxembourg.
Before Maître Gérard Lecuit, notary residing in Luxembourg, at 10 a.m.

There appeared:

for an extraordinary general meeting of the sole shareholder of the company SUN PAC B.V. société à responsabilité limitée, with registered office at 1077 ZX Amsterdam, Strawinskylaan 3105 7th floor (The Netherlands) and its main office and principal place of business at 46A, avenue J.F. Kennedy in L-1855 Luxembourg registered in the Trade and Companies Registry of Luxembourg under the number B 87.293 (the «Company»), incorporated pursuant to a deed of Maître Gérard Lecuit, notary residing then in Hesperange, on April 17, 2002, published in the Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, C N° 1231 of August 21, 2002.

SUN PAC PARTICIPATIONS, S.à r.l., with registered office at 46A, avenue J.F. Kennedy in L-1855 Luxembourg, being the sole shareholder of the Company,

hereby represented by Mrs Karima Hammouche, lawyer, residing in Luxembourg,
by virtue of a proxy given on June 13, 2003.

A copy of the said proxy, having been signed ne varietur by the proxyholder acting on behalf of the appearing party and the undersigned notary, shall remain attached to the present deed to be filed with such deed with the registration authorities.

The party, represented as stated here above, has requested the undersigned notary to record the following:

- that, pursuant to a share contribution and transfer agreement dated on May 24, 2002, duly accepted by the Company in conformity with article 190 of the Law of August 10, 1915 governing commercial companies, SUN PAC PARTICIPATIONS, S.à r.l., is the sole shareholder of the Company and has decided to dissolve the Company; A copy of the said share contribution and transfer agreement, after having been signed by the proxyholder of the appearing party and the notary, will remain attached to the present deed in order to be registered with it;
- that full discharge is granted to the managers of the Company for the exercise of their mandate;
- that SUN PAC FOODS LIMITED, a company incorporated under the laws of Ontario, having its registered office at 10 Sun Pac Boulevard Brampton, Ontario, Canada, is appointed as the liquidator of the Company;
- that SUN PAC FOODS LIMITED has the broadest powers foreseen by articles 144-148bis of the law on commercial companies;
- that SUN PAC FOODS LIMITED, in its capacity of liquidator of the Company, is charged to prepare a detailed inventory of the Company's assets and liabilities.

There being no further business, the meeting is terminated.

The undersigned notary, who knows English, states that on request of the appearing party, the present deed is worded in English, followed by a French version and in case of discrepancies between the English and the French text, the English version will be binding.

Whereof the present deed was drawn up in Luxembourg, on the day named at the beginning of this document.

The document having been read to the proxyholder of the appearing party, said proxyholder signed together with us, the notary the present original deed.

Suit la version française du texte qui précède:

L'an deux mille trois, le dix-huit juin à Luxembourg.

Par-devant Maître Gérard Lecuit, notaire de résidence à Luxembourg, à 10.00 heures.

A comparu:

Pour une assemblée générale extraordinaire de l'associé unique de la société SUN PAC B.V. société à responsabilité limitée, ayant son siège social à 1077 ZX Amsterdam, Strawinskylaan 3105 7th floor (The Netherlands) et son administration centrale et principal établissement au Luxembourg, à L-1855 Luxembourg, inscrite au Registre de Commerce et des Sociétés de Luxembourg sous le numéro B 87.293. (ci-après la «Société»), constituée suivant acte reçu par Maître Gérard Lecuit, notaire alors de résidence à Hesperange, suivant acte du 17 avril 2002, publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, N° 1231 du 21 août 2002,

SUN PAC PARTICIPATIONS, S.à r.l., avec siège social à Luxembourg, au 46A, avenue J.F. Kennedy, L-1855, étant l'associé unique de la Société SUN PAC B.V. société à responsabilité limitée,

ici représentée par Madame Karima Hammouche, juriste, demeurant à Luxembourg en vertu d'une procuration donnée le 13 juin 2003.

Une copie de ladite procuration restera, après avoir été signée ne varietur par la comparante et le notaire instrumentant, annexée aux présentes pour être soumise aux formalités de l'enregistrement et du timbre.

Lequel comparant a requis le notaire instrumentant d'acter:

- que, en vertu d'un transfert de parts daté du 24 mai 2003, dûment accepté par la société, en conformité avec l'article 190 de la loi du 10 août 1915, relative aux sociétés commerciales, SUN PAC PARTICIPATIONS, S.à r.l., est le seul associé de la Société, et décide de prononcer la dissolution de la Société; Une copie dudit transfert restera annexée aux présentes pour être formalisée avec elles.

- que décharge pleine et entière est accordée aux gérants pour l'exercice de leurs mandats;
- que SUN PAC FOODS LIMITED, une société de droit de l'Ontario, Canada, ayant son siège social à 10 Sun Pac Boulevard Brampton, Ontario, Canada, est nommée liquidateur de la Société;
- que le liquidateur a les pouvoirs les plus étendus prévus par les articles 144 à 148bis des lois coordonnées sur les sociétés commerciales;
- que SUN PAC FOODS LIMITED en sa qualité de liquidateur de la Société, est chargée de préparer un inventaire détaillé des actifs et passifs de la Société.

Plus rien n'étant fixé à l'ordre du jour, la séance est levée.

Le notaire soussigné, qui a personnellement connaissance de la langue anglaise, déclare que la comparante l'a requis de documenter le présent acte en langue anglaise, suivi d'une version française, et en cas de divergence entre le texte anglais et le texte français, le texte anglais fera foi.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée à la comparante, celle-ci a signé le présent acte avec le notaire.

Signé: K. Hammouche, G. Lecuit.

Enregistré à Luxembourg, le 24 juin 2003, vol. 139S, fol. 41, case 1. – Reçu 12 euros.

Le Receveur ff. (signé): T. Kirsch.

Pour copie conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 18 juillet 2003.

G. Lecuit.

(045669.3/220/83) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 5 août 2003.

ERSTE EUROPÄISCHE PFANDBRIEF- UND KOMMUNALKREDITBANK S.A., Société Anonyme.
US\$ 45,000,000.

Floating Rate, Lettres de Gage
 Publiques due 2008
 ISIN: XS0171959728

CORRECTION NOTICE

For the period from July 15, 2003 to October 15, 2003 the Notes will carry an interest rate of 1.105630 % per annum with an interest amount of US\$ 127,147.45 per US\$ 45,000,000 Outstanding Amount.

The relevant interest payment date will be October 15, 2003.

BNP PARIBAS
 SECURITIES SERVICES
 (04296/950/14)

ERSTE EUROPÄISCHE PFANDBRIEF- UND KOMMUNALKREDITBANK S.A., Société Anonyme.
Euro 110,000,000.

Floating Rate, Lettres de Gage
 Publiques due 2005
 ISIN: XS0171282568

CORRECTION NOTICE

For the period from July 15, 2003 to October 15, 2003 the Notes will carry an interest rate of 2.129000% per annum with an interest amount of Euro 598,485.56 per Euro 110,000,000 Outstanding Amount.

The relevant interest payment date will be October 15, 2003.

BNP PARIBAS
 SECURITIES SERVICES
 (04297/950/14)

ALGER SICAV, Société d'Investissement à Capital Variable.

Registered office: L-1855 Luxembourg, 49, avenue J.F. Kennedy.
 R. C. Luxembourg B 55.679.

As the Extraordinary General Meeting of Shareholders of ALGER SICAV (the «Company») held on 27th August 2003 could not validly deliberate due to lack of quorum, Shareholders of the Company are hereby invited to attend an

EXTRAORDINARY GENERAL MEETING

(the «Meeting») which will be held on 1st October, 2003 at 3.00 p.m. (Luxembourg time) at the registered office of the Company 49, avenue J. F. Kennedy, L-1855 Luxembourg to deliberate and vote on the following agenda:

Agenda:

1. to replace the reference to Luxembourg Francs by the reference to Euro and amend paragraph 2 of Article 5 of the Articles of Incorporation of the Company accordingly.
2. to allow the Company to invest in markets other than the United States and therefore amend paragraphs 3, 4 and 5 Article 16 of the Articles of Incorporation of the Company to read as follows:
 «In the determination and implementation of the Company's investment policy, the Board may cause the assets of the Company to be invested in
 (i) transferable securities admitted to official listing on a stock exchange in any country of the American continents, Europe, Asia, Oceania, and Africa; and/or
 (ii) transferable securities dealt in on another regulated market which operates regularly and is recognized and open to the public (a «Regulated Market») in any country of the American continents, Europe, Asia, Oceania, and Africa; and/or
 (iii) recently issued transferable securities, provided that the terms of issue include an undertaking that application will be made for admission to official listing on a stock exchange or Regulated Market in any country of the American continents, Europe, Asia, Oceania and Africa and such admission is secured within a year of issue.
 The Company may invest up to a maximum of 35 per cent of the net assets of each class in transferable securities issued or guaranteed by a member State of the European Union (a «Member State») or its local authorities, by any country of the American continents, Europe, Asia, Oceania, and Africa or by public international bodies of which one or more Member States are members.
 The Company may further invest up to 100 per cent of the net assets of each class of Shares, in accordance with the principle of risk of spreading, in transferable securities issued or guaranteed by a Member State, by its local authorities or by any country of the American continents, Europe, Asia, Oceania, and Africa or by public international bodies of which one or more member States are members, provided such class holds securities from at least six different issues and securities from one issues do not account for more than 30% of the net assets of such class.»
3. To amend article 28 of the Articles of Incorporation of the Company, to permit the Board of the Company to decide to liquidate one Class of Shares, not only if the net assets of such Class fall below U.S. Dollar 5,000,000, but also to the equivalent in any other currency.

Shareholders of the Company should not that item 2 of the agenda aims greater flexibility for investment in relation to the potential creation within the Company of new sub-funds in the future and that it is not intended to change the current investment policies and practices of the existing sub-funds of the Company.

Shareholders are informed that the full text of the proposed amendments to Articles of Incorporation is available at the registered office of the Company.

No quorum is required for this Meeting. The passing of each extraordinary resolution requires the consent of 2/3 of the votes of the shareholders present or represented at the Meeting.

Shareholders may vote in person or by proxy.

Shareholders who are not able to attend this Meeting and wish to vote at the Meeting by proxy have to return their proxy to the Company's registered office at 49, avenue J. F. Kennedy, L-1855 Luxembourg before 5 p.m. on the day preceding the Meeting. Proxies validly received for the meeting held on 27th August 2003 remain valid for this Meeting and any reconvened meeting of shareholders with the same agenda. Proxy forms are available from the Company's registered office upon request.

All costs related to this extraordinary general meeting (or any adjournment thereof) will be borne by FRED ALGER MANAGEMENT, INC. and not the Company.

I (04311/755/54)

On behalf of the Board of Directors.

RELIANT INTERNATIONAL CORPORATION S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 70, Grand-rue.
R. C. Luxembourg B 29.831.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le 19 septembre 2003 à 14.00 heures au siège de la société.

Ordre du jour:

1. Présentation et discussion des comptes au 31 décembre 2002.
2. Rapport de gestion du Conseil d'Administration.
3. Rapport du Commissaire aux Comptes.
4. Décharge aux organes de la société.
5. Décision sur l'affectation du résultat.
6. Elections.
7. Divers.

I (04182/698/17)

Le Conseil d'Administration.

NOMINA S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 70, Grand-rue.
R. C. Luxembourg B 32.409.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le 19 septembre 2003 à 11.00 heures au siège de la société.

Ordre du jour:

1. Présentation et discussion des comptes au 31 décembre 2002.
2. Rapport de gestion du Conseil d'Administration.
3. Rapport du Commissaire aux Comptes.
4. Décharge aux organes de la société.
5. Décision sur l'affectation du résultat.
6. Elections.
7. Divers.

I (04183/698/17)

Le Conseil d'Administration.

BEPOFICO S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2453 Luxembourg, 5, rue Eugène Ruppert.
R. C. Luxembourg B 39.920.

Lors de l'assemblée générale ordinaire de la société BEPOFICO S.A., tenue le 30 juillet 2003, il n'a pas pu être délibéré sur le point 5 à l'ordre du jour, à savoir la «Question de la dissolution anticipée de la société conformément à l'article 100 de la loi du 10 août 1915», par défaut de quorum de présence suffisant.

Dès lors, en vue de délibérer sur ce point, Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

qui se tiendra le 17 septembre 2003 à 16.00 heures au siège social avec pour ordre du jour:

Ordre du jour:

1. Question de la dissolution éventuelle de la société conformément à l'article 100 de la loi du 10 août 1915.
2. Divers.

II (03967/655/15)

Le Conseil d'Administration.

POLYMONT INTERNATIONAL S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1728 Luxembourg, 3, rue Guillaume Kroll.
R. C. Luxembourg B 62.922.

Nous avons l'honneur de convoquer Mesdames et Messieurs les actionnaires de POLYMONT INTERNATIONAL S.A., société anonyme, en

ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui aura lieu au 14, rue du Marché aux Herbes, L-1728 Luxembourg, le mercredi 10 septembre 2003 à 10.00 heures, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Approbation des rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes au 31 décembre 2002.
2. Approbation du Bilan et du Compte de Profits & Pertes au 31 décembre 2002 et affectation du résultat.
3. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes pour l'exercice de leur mandat au 31 décembre 2002.
4. Acceptation de la démission de Monsieur Mark van Santen en tant qu'Administrateur de la société avec effet immédiat.
5. Accord de décharge pleine et entière à Monsieur Mark van Santen pour l'exécution de son mandat.
6. Acceptation de la nomination de Madame Ariane Slinger, administrateur de sociétés, née le 26 juillet 1963 à Menton, France, demeurant au 1, rue Micheli-du-Crest, CH-1205 Genève, Suisse, en tant qu'Administrateur de la société avec effet immédiat. Madame Ariane Slinger continuera le mandat de son prédécesseur.
7. Divers.

Les actionnaires qui veulent être représentés devront déposer les procurations au siège social de la société 3 jours francs avant la date de l'assemblée.

Luxembourg, le 7 août 2003.

POLYMONT INTERNATIONAL S.A.

représentée par A. Noullet

Administrateur

II (04047/000/29)

FIDAM, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-2449 Luxembourg, 14, boulevard Royal.
R. C. Luxembourg B 89.058.

La première Assemblée Générale Extraordinaire, convoquée pour le 11 août 2003, n'ayant pas obtenu le quorum de présence requis, le Conseil d'Administration a l'honneur de convoquer les Actionnaires de la SICAV FIDAM à

l'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

qui se tiendra le mercredi 17 septembre 2003 à 11.00 heures au siège social, afin de délibérer sur l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

- * Adapter la SICAV aux dispositions de la loi luxembourgeoise du 20 décembre 2002 relative aux organismes de placement collectif.

Pour pouvoir assister à l'Assemblée, les détenteurs d'actions au porteur doivent déposer leurs actions, au moins cinq jours francs avant l'Assemblée, auprès de:

BANQUE DE LUXEMBOURG,
Société Anonyme
14, boulevard Royal
L-2449 Luxembourg.

Les Actionnaires sont informés que l'Assemblée n'a pas besoin de quorum pour délibérer valablement. Les résolutions, pour être valables, doivent réunir les deux tiers au moins des voix des Actionnaires présents ou représentés.

Le projet de texte des statuts coordonnés est à la disposition des Actionnaires pour examen au siège social de la Sicav.
II (04052/755/22) Le Conseil d'Administration.

SOCIETE FINANCIERE L.DAPT, Société Anonyme.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 3B, boulevard du Prince Henri.
R. C. Luxembourg B 17.728.

Messieurs les Actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

de la société, qui se tiendra le 9 septembre 2003 à 15.00 heures au siège avec pour

Ordre du jour:

- Rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire;
- Approbation du bilan et du compte de Profits et Pertes arrêtés au 30 juin 2003;
- Affectation du résultat au 30 juin 2003;
- Quitus aux administrateurs et au commissaire;
- Ratification de la nomination du commissaire aux comptes par l'AGE du 31 janvier 2003;
- Divers.

Pour assister à cette Assemblée, Messieurs les Actionnaires sont priés de déposer leurs titres cinq jour francs avant l'Assemblée au Siège Social.

Le Conseil d'Administration

Signature

II (04169/000/20)
